



Anträge

**zum Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Stuttgart**

23. Januar 2016

Inhaltsverzeichnis / Berichterstatter

| Inhalt | Berichterstatter/in | Seite |
|---|---|--------------|
| Baden-Württemberg leben | Martin Rosemann Daniela Harsch | 2 |
| Starke Wirtschaft – Gute Arbeit | Daniela Harsch Sebastian Weigle | 4 |
| Fachkräfte sichern | Sarah Pawlowski Ralf Spörkel | 19 |
| Bildung, die allen gerecht wird | Julien Bender Dorothea Kliche-Behnke | 25 |
| Zeit für Familie | Julien Bender Luisa Boos | 35 |
| Gesund und lange leben in Baden-Württemberg | Ralf Spörkel Jonas Weber | 39 |
| Gut und gemeinsam leben in Baden-Württemberg | Lina Seitzl Christian Soeder | 43 |
| Exzellente forschen und studieren | Igor Gilitschenski Gabi Rolland | 55 |
| Integration gestalten | Judith Marvi Jonas Weber | 65 |
| Flucht und Asyl – human handeln | Dorothea Kliche-Behnke Judith Marvi | 68 |
| Weltoffen im Herzen Europas | Raphael Pfaff Lina Seitzl | 72 |
| Baden-Württemberg: sicher und gerecht | Luisa Boos Christian Soeder | 75 |
| Beteiligung leben | Dorothea Kliche-Behnke Sabine Leber-Hoischen | 83 |
| Mobilitätsland Baden-Württemberg | Benjamin Köpfle Raphael Pfaff | 85 |
| Innovation und Klimaschutz durch saubere Energien | Birte Könnecke Gabi Rolland | 88 |
| Landwirtschaft stärken | Birte Könnecke Gabi Roland | 91 |
| Verlässlicher Verbraucherschutz | Birte Könnecke Lina Seitzl | 92 |
| Solide Finanzen | Birte Könnecke Martin Rosemann | 93 |
| Für unser moderne und gerechtes Baden-Württemberg | Martin Rosemann Daniela Harsch | 96 |
| Weitere Anträge | NN | 97 |
| | | |

**Regierungsprogramm
Baden-Württemberg leben**

Regierungsprogramm

5

Baden-Württemberg ist ein modernes und traditionsbewusstes Land. Baden-Württemberg ist zugleich wirtschaftlich stark und von gesellschaftlichem Zusammenhalt geprägt. Die Bürgerinnen und Bürger unsres Landes sind ebenso heimatverbunden wie weltoffen. Schaffenskraft, familiäre Verantwortung und ehrenamtliches Engagement zeichnen die Baden-Württemberginnen und Baden-Württemberger aus. Ob Sportvereine, Feuerwehr oder Musikvereine, ob Sozialverbände, Kirchengemeinden oder Flüchtlingshilfe, ob Wohnbauprojekte, Teilautomodell oder Energiegenossenschaften – Baden-Württemberg ist beim Ehrenamt spitze.

10

15

20

25

Unser Land ist geprägt von wunderschönen Landschaften und pulsierenden Städten. Eine starke Industrie und ein innovativer Mittelstand haben unser Land erfolgreich gemacht. Hinzu sind ebenso industrienah wie soziale Dienstleistungen getreten. Wissenschaftliche Exzellenz verbindet sich mit hochqualifiziertem Handwerk. Auf dieser Grundlage ist Baden-Württemberg europäisch und international verflochten.

30

Vor fünf Jahren, 2011, haben die Menschen in Baden-Württemberg für einen Politikwechsel gestimmt. Sie haben den Weg frei gemacht für ein moderneres, ein gerechteres, ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg. Sie haben uns ihr Vertrauen geschenkt, auf diesem Weg voran zu gehen.

35

~~Menschen~~ *Bürgerinnen und Bürger*

40

Wir haben Wort gehalten. Wir haben Chancengleichheit zum Prinzip unseres Bildungssystems gemacht und für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt. Wir haben nicht nur über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geredet, sondern die Kinderbetreuung massiv ausgebaut, damit Vereinbarkeit auch endlich einfacher wird. Wir haben mit Unternehmen und

45

50 Sozialpartnern für Innovationskraft und
bessere Arbeitsbedingungen gesorgt. Denn
unser Standort wird nur stark bleiben, wenn ~~Standort~~ *Land*
es sich für Unternehmen und Beschäftigte gut
schaffen lässt. Und wir haben den Haushalt
unseres Landes in Ordnung gebracht – weil es
55 unser Anspruch ist, Politik für kommende
Generation statt auf ihre Kosten zu machen.

Fünf Jahre nach dem Wechsel steht Baden-
Württemberg glänzend da! Die
60 Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand
seit 17 Jahren. Unsere Wirtschaft ist in den
vergangenen Jahren stetig gewachsen und
hervorragend aufgestellt, die Chancen der
Digitalisierung zu nutzen. Kein Bundesland
65 investiert mehr in Forschung und
Entwicklung, keine Region in Europa ist
innovativer. Diese Stärke verdankt das Land
seinen Bürgerinnen und Bürgern – und einer
Landesregierung, die nach dem Wechsel die
70 richtigen Akzente gesetzt hat. Wir wollen
diesen Weg weiter gehen. Dabei vertrauen
wir auf die Meinungen der Menschen im
Land. Deshalb ist auch dieses Programm aus
den Ideen vieler Bürgerinnen und Bürger
75 entstanden, die wir im Rahmen unseres
Baden-Württemberg Dialoges beteiligt
haben.

Wir stehen für gute Arbeit, faire Löhne und
80 Tariftreue. Gemeinsam mit den Unternehmen
und Beschäftigten stellen wir die Weichen für
die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts. Es
geht uns aber nicht nur um Wachstum,
sondern auch um Teilhabe. Alle und vor
85 allem junge Menschen sollen etwas aus ihren
Begabungen machen können – unabhängig
von Geschlecht, Herkunft und sozialem
Hintergrund. Deswegen werden wir die
Ausbildungsgarantie für jeden jungen
90 Menschen in Baden-Württemberg einführen.

Wir machen mehr Zeit für die Familie
möglich, denn die Familie in all ihrer Vielfalt
ist das starke Fundament unserer
95 Gesellschaft. Wir schreiben dabei keine
Lebensmodelle vor – wir wollen, dass die
Menschen ihren individuellen
Familienwunsch leben können. Dafür geben
wir den Eltern in Baden-Württemberg ein
100 Versprechen: Wir schaffen verlässliche
Ganztagsangebote für alle Kinder und führen

den Unternehmen ~~und~~ den Beschäftigten *und*
ihren Gewerkschaften stellen ...

die Ganztagsgarantie ein – vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag.

105 Wir werden weiterhin konsequent dafür
eintreten, dass Talent und Leistung über den
Bildungserfolg entscheiden und nicht
Einkommen oder Herkunft der Eltern. Wir
garantieren Bildung auf hohem Niveau für
110 alle Schülerinnen und Schüler in Baden-
Württemberg – in Gemeinschaftsschulen,
Realschulen, Gymnasien und den
Hochschulen im Land: Mit zusätzlichen
Lehrerinnen und Lehrern, mitinklusiven
115 Lernkonzepten und ohne Studiengebühren.

Die Landtagswahl fällt in bewegte Zeiten.
Zweifellos fordern die steigenden
Flüchtlingszahlen Baden-Württemberg, aber
120 sie bergen auch Chancen für unsere
Gesellschaft. Wir Sozialdemokratinnen und
Sozialdemokraten spielen die hier Lebenden
nicht gegen jene aus, die bei uns Zuflucht
suchen. Stattdessen eröffnen wir den Weg
125 zum Spracherwerb, in unser Bildungssystem
und auf den Arbeitsmarkt, damit die neu zu
uns Kommenden all ihre Potentiale in unserer
Gesellschaft entfalten können. Wir schaffen
mehr bezahlbaren Wohnraum, damit alle
130 Menschen in Baden-Württemberg ein
bezahlbares Zuhause finden. Für unsere
Kommunen – in denen Zusammenhalt
vorbildlich gelebt wird – sind wir ein
verlässlicher Partner und sorgen dafür, dass
135 Städte und Gemeinden ihre Aufgaben
bürgernah erfüllen können. Wir sind die
Partei für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir leben Baden-Württemberg.

140

Starke Wirtschaft – Gute Arbeit

Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches und
wirtschaftlich starkes Land. „Made in Baden-
145 Württemberg“ ist zu einem weltweiten
Qualitätsmerkmal geworden. Unser Ziel ist,
dass alle Menschen an dieser Stärke und dem
daraus resultierenden Wohlstand teilhaben
können. Deswegen ist unser Verständnis von
150 Wirtschaftspolitik ein breites: Wir verbessern
die Bedingungen, die Betriebe für
wirtschaftlichen Erfolg benötigen. Umsätze
und Erträge der Unternehmen kommen nicht
von selbst. Sie wurden von den Beschäftigten

~~Deswegen ist ... breites:~~ *Deshalb haben wir
ein umfassendes Verständnis von
Wirtschaftspolitik: Wir ...*

155 erwirtschaftet, die ihre Kenntnisse,
Qualifikation und Erfahrung einbringen und
die deshalb einen Anspruch auf einen fairen
Anteil an den Gewinnen haben, die sie
erwirtschaften. Erfolgreiche Unternehmen
160 nutzen den Sachverstand ihrer Beschäftigten
und binden sie in Entscheidungsprozesse mit
ein. In unserer Regierungszeit haben wir
gezeigt: Wirtschaftlicher Erfolg und gute
Arbeitsbedingungen gehören zusammen.
165 Wirtschaftspolitik ist nur dann erfolgreich,
wenn sie dazu beiträgt, gute und sichere
Arbeit zu fördern.

Die Zahl der Erwerbstätigen liegt auf
170 Rekordniveau und wir haben die geringste
Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Seit 2011
ist unsere Wirtschaft beständig gewachsen
und dieser Aufschwung setzt sich auch
weiterhin fort. Das liegt auch daran, dass in
175 keiner anderen europäischen Region ein so
hoher Anteil der Wirtschaftsleistung in
Forschung und Entwicklung investiert wird.
In Baden-Württemberg gibt es im Verhältnis
zur Bevölkerung die meisten
180 Weltmarktführer. Gleichzeitig haben wir
erreicht, dass dieser Aufschwung auch bei
den Beschäftigten im Land ankommt. Wir
haben Baden-Württemberg zum Musterland
für gute Arbeit gemacht. Wir haben faire
185 Löhne durchgesetzt und prekäre
Beschäftigung zurückgedrängt. Das
Tariftreuegesetz und der Mindestlohn sind
Ergebnisse unserer Politik.

190 Die Wirtschaftspolitik der SPD setzt auf den
Dialog: Wir haben zahlreiche Bündnisse und
Allianzen ins Leben gerufen, die sich mit
wichtigen Zukunftsfragen unserer Wirtschaft
beschäftigen. Für uns ist es
195 selbstverständlich, dass die Beschäftigten
dabei nicht vergessen, sondern einbezogen
werden. Gewerkschaften arbeiten daher
gleichberechtigt mit den Vertretern der mit den *Vertreterinnen und Vertretern*
Unternehmen und den Wirtschaftskammern
200 zusammen. Deshalb wird die SPD in
Regierungsverantwortung die
Gewerkschaften als wichtigen Partner der
Landesregierung weiterhin in ihre Vorhaben
einbinden und beteiligen.

205 **Guter Lohn für gute Arbeit**

210 Wer in Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit leben und an der Gesellschaft teilhaben können. Mit dem neuen Landestariftreue- und Mindestlohngesetz haben wir erreicht, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das Land und die Kommunen nur die Unternehmen Berücksichtigung finden, die ihren Beschäftigten Tarif- oder Mindestlöhne bezahlen. Hiervon profitieren nicht nur die Beschäftigten, sondern vor allem auch mittelständische Betriebe, die dadurch mehr Chancen am Markt erhalten und nicht mehr von Billigkonkurrenz verdrängt werden können. Zudem haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass auf Bundesebene endlich ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt wurde und dem Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit sowie Werkverträgen entgegengewirkt.

230 Mit uns wird es keine Aufweichung der Tariftreue- und Mindestlohngesetze geben. Das Mindestentgelt von 8,50 Euro des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes werden wir unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Land in regelmäßigen Abständen überprüfen und anpassen. Auch stehen wir dazu, dass der Mindestlohn für alle Menschen im Land gilt. Ausnahmen für Flüchtlinge lehnen wir entschieden ab. Mit der SPD wird es keine Beschäftigten erster und zweiter Klasse in Baden-Württemberg geben.

Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung

245 Mit der SPD in Regierungsverantwortung hat sich der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg hervorragend entwickelt. Um aber auch diejenigen zu unterstützen, die nicht von dieser positiven Entwicklung profitieren konnten, haben wir das „Landesprogramm für gute und sichere Arbeit“ auf den Weg gebracht. Das Programm fördert unabhängige Beratungszentren und unterstützt insbesondere Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Jugendliche, Ältere sowie Migrantinnen und Migranten dabei, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Über 10.000 Menschen wurde so bereits der Schritt in eine Ausbildung oder auf den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht. Diese erfolgreiche

Arbeitsmarktpolitik werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen und hierfür erneut ein Landesarbeitsmarktprogramm auflegen.

265 *Dazu gehört auch weiterhin öffentlich geförderte Beschäftigung.*

Gleiche Chancen für Frauen und Männer

270 Noch immer werden Frauen oft schlechter entlohnt als ihre männlichen Kollegen und bei Beförderungen übergangen. So betragen die Verdienstunterschiede bei gleicher Qualifikation und Erfahrung in Deutschland bis zu 8 Prozent zum Nachteil der Frauen.

~~So betragen die Verdienstunterschiede bei gleicher Qualifikation und Erfahrung in Deutschland bis zu 8 Prozent zum Nachteil der Frauen.~~ *So gibt es nach wie vor eklatante Verdienstunterschiede zum Nachteil der Frauen, auch bei gleicher Tätigkeit, Qualifikation und Erfahrung. Wir treten ...*

Wir treten für gleiche Chancen für Frauen und Männer ein. Deshalb geht das Land als einer der größten Arbeitgeber in Baden-Württemberg mit gutem Beispiel voran. Mit dem neuen Chancengleichheitsgesetz schaffen wir Gleichstellung im öffentlichen Dienst und bringen mehr Frauen in Führungspositionen. Darüber hinaus verpflichten wir jede personalverwaltende Dienststelle mit 50 oder mehr Beschäftigten, ihre Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenanteile bis hin zu paritätischer Besetzung auf allen Ebenen in einem Chancengleichheitsplan festzulegen. In Stadt- und Landkreisen sowie Städten ab 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wird es künftig hauptamtliche Chancengleichheitsbeauftragte geben. Im Bund haben wir uns erfolgreich für mehr Entgeltgleichheit eingesetzt.

~~Mit dem neuen Chancengleichheitsgesetz schaffen wir Gleichstellung im öffentlichen Dienst und bringen mehr Frauen in Führungspositionen.~~ *haben wir die Voraussetzungen für Gleichstellung im öffentlichen Dienst und mehr Frauen in Führungspositionen geschaffen. Darüber hinaus verpflichten wir damit ...*

Wir werden auch in Zukunft für die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen eintreten. Dabei wollen wir in der kommenden Legislaturperiode insbesondere die klassischen Frauenberufe attraktiver machen und auch hier Aufstiegschancen durch Qualifizierung und die Entstehung neuer Berufsbilder ermöglichen. Die Schaffung von Entgeltgleichheit werden wir als Ziel in die Landesverfassung aufnehmen und uns dafür einsetzen, dass Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten zukünftig ihre Aktivitäten zur Sicherung von Entgeltgleichheit offenlegen müssen. Weiter werden wir hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte

315 auch in großen Kreisstädten verbindlich
einführen.

Inklusion verwirklichen

320 Arbeit ist eine wesentliche Grundlage für
gesellschaftliche Teilhabe. Das gilt
insbesondere auch für Menschen mit
Behinderung. Deshalb haben wir mit der
„Initiative Inklusion“ mehr Ausbildungs- und
325 Arbeitsplätze für schwerbehinderte
Menschen geschaffen und damit Artikel 27
der UN-Behindertenrechtskonvention über
das Recht auf Arbeit für Menschen mit
Behinderungen umgesetzt. Durch intensive
330 Kooperation von Land, Integrationsamt und
Agentur für Arbeit haben wir die Vermittlung
von schwerbehinderten Menschen in den
Arbeitsmarkt verbessert. Auch als Land
gehen wir mit gutem Beispiel voran. Mehr als
335 fünf Prozent der Beschäftigten in der
Landesverwaltung sind Menschen mit
Behinderung.

Für junge Menschen mit Einschränkungen
werden wir ein flächendeckendes System des
340 Übergangs von der Schule ins Arbeitsleben
aufbauen. Dabei wollen wir die
Ausbildungswege gemeinsam mit den
Tarifpartnern beispielsweise durch
Teilqualifizierungs-, Paten- und
345 Unterstützermodule konsequent
weiterentwickeln. Wir werden
Behindertenwerkstätten als Schutzräume
erhalten und gleichzeitig die Durchlässigkeit
auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erhöhen.
350 Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass
das Land weiter Vorbild für die Integration
von Menschen mit Behinderungen bleibt.
Unser Ziel ist es, den Anteil der Beschäftigten
mit Behinderungen in der Landesverwaltung
355 deutlich zu erhöhen.

Handwerk und Mittelstand stärken

360 Der Mittelstand mit seinen vielen
Weltmarktführern und Hidden Champions“
ist das Markenzeichen der baden-
württembergischen Wirtschaft. Er schafft
365 Arbeitsplätze, wo Großunternehmen sie
oftmals abbauen. Das Handwerk ist der

370 wichtigste Ausbildungsträger der Wirtschaft
und qualifiziert einen großen Teil der
Nachwachskräfte für die Industrie. Deshalb
haben wir Handwerk und Mittelstand ins
Zentrum unserer Wirtschaftsförderung
gestellt und die Förderprogramme des Landes
entsprechend ausgerichtet. Mit dem
375 "Beauftragten des Landes für Mittelstand und
Handwerk" haben wir einen direkten
Ansprechpartner für die Unternehmen
geschaffen und einen Mittelstandsbeirat
eingrichtet. Auf europäischer Ebene haben
wir uns nachhaltig für den Erhalt des
380 Meisterbriefes eingesetzt.

385 Die SPD wird den Mittelstand auch künftig in
den Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung
stellen. Die Marke "Handwerk aus Baden-
Württemberg" werden wir gemeinsam mit
den Verbänden und Unternehmen verstärkt
390 auch international als Qualitätsmerkmal
etablieren und Handwerksbetriebe beim
Schritt zum Exportbetrieb unterstützen –denn
Handwerksqualität aus Baden-Württemberg
ist weltweit gefragt. Auf europäischer Ebene
werden wir uns weiterhin für den Erhalt des
395 Meisterbriefes und gegen weitere
Aufweichungen qualitätssichernder
Maßnahmen im Handwerk einsetzen.

400 Mit dem Wunsch nach besseren
Verdienstaussichten verbunden entscheiden
sich viele junge Menschen vermehrt für ein
Studium. Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit
von beruflicher und akademischer
Ausbildung. Deshalb wollen wir den Weg,
405 über die Ausbildung einen
Meisterabschluss zu erlangen, künftig
attraktiver gestalten. Dafür werden wir die
teils hohen Gebühren bei der
Meisterausbildung *mit Hilfe von*
410 *Landesmitteln im Dialog mit den Betrieben*
und ihren Verbänden und Innungen
~~gemeinsam mit den Betrieben~~ absenken.
Darüber hinaus wollen die Förderkonditionen
des Meister-BAföG weiter verbessern und
415 hierzu einen Meister-Bonus nach dem
erfolgreichen Abschluss einführen.

420 **Industrielle Produktion erhalten – Industrielle Produktion erhalten –**
Beschäftigung sichern **Beschäftigung sichern**

Baden-Württemberg ist die industrielle Herzkammer Deutschlands und eines der wichtigsten Industriezentren Europas. Die Industrie sorgt für Wohlstand, Beschäftigung und reduziert die Krisenanfälligkeit unseres Standorts. Mit einer dialogorientierten Wirtschaftspolitik setzt Baden-Württemberg über die Grenzen des Landes hinaus Maßstäbe für eine moderne und nachhaltige Industriepolitik. Diese ist gekennzeichnet von hoher Wertschätzung für die Industrie und der dort Beschäftigten, Offenheit für industrielle Belange, Technologie- und Innovationsfreundlichkeit, Kooperationsbereitschaft und wechselseitigem Vertrauen. Im Dialog mit Industrie, Gewerkschaften und Verbänden haben wir die „Industrieperspektive 2025“ erarbeitet, die die weitere Entwicklung unseres Industriestandorts in zentralen Handlungsfeldern definiert. In der kommenden Legislaturperiode werden wir die „Industrieperspektive 2025“ konsequent umsetzen. Darüber hinaus werden wir ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Industrieansiedlung und für mehr gesellschaftliche Akzeptanz der Industrie entwickeln.

Wir stehen an der Seite der Automobilindustrie und ihrer Beschäftigten. Sie ist einer der Grundpfeiler unseres Wohlstandes und unserer Zukunftsfähigkeit. Mit konsequenter Förderung neuer Mobilitätskonzepte und innovativer, umweltfreundlicher Antriebstechnologien werden wir Arbeitsplätze auch in der Zukunft sichern.

465 **Handwerk und Mittelstand stärken** ~~**Handwerk und Mittelstand stärken**~~

Der Mittelstand mit seinen vielen Weltmarktführern und „Hidden Champions“ ist das Markenzeichen der baden-württembergischen Wirtschaft. Er schafft Arbeitsplätze, wo Großunternehmen sie oftmals abbauen. Das Handwerk ist der wichtigste Ausbildungsträger der Wirtschaft

475 und qualifiziert einen großen Teil der
Nachwachskräfte für die Industrie. Deshalb
haben wir Handwerk und Mittelstand ins
Zentrum unserer Wirtschaftsförderung
gestellt und die Förderprogramme des Landes
entsprechend ausgerichtet. Mit dem
480 „Beauftragten des Landes für Mittelstand und
Handwerk“ haben wir einen direkten
Ansprechpartner für die Unternehmen
geschaffen und einen Mittelstandsbeirat
eingerrichtet. Auf europäischer Ebene haben
wir uns nachhaltig für den Erhalt des
485 Meisterbriefes eingesetzt.

Die SPD wird den Mittelstand auch künftig in
den Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung
stellen. Die Marke „Handwerk aus Baden-
490 Württemberg“ werden wir gemeinsam mit
den Verbänden und Unternehmen verstärkt
auch international als Qualitätsmerkmal
etablieren und Handwerksbetriebe beim
Schritt zum Exportbetrieb unterstützen – denn
495 Handwerksqualität aus Baden-Württemberg
ist weltweit gefragt. Auf europäischer Ebene
werden wir uns weiterhin für den Erhalt des
Meisterbriefes und gegen weitere
Aufweichungen qualitätssichernder
500 Maßnahmen im Handwerk einsetzen.

Mit dem Wunsch nach besseren
Verdienstaussichten verbunden entscheiden
sich viele junge Menschen vermehrt für ein
505 Studium. Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit
von beruflicher und akademischer
Ausbildung. Deshalb wollen wir den Weg,
über die Ausbildung einen Meisterabschluss
zu erlangen, künftig attraktiver gestalten.
510 Dafür werden wir die teils hohen Gebühren
bei der Meisterausbildung gemeinsam mit
den Betrieben absenken. Darüber hinaus
wollen die Förderkonditionen des Meister-
BAföG weiter verbessern und hierzu einen
515 Meister-Bonus nach dem erfolgreichen
Abschluss einführen.

Industrie 4.0 – Auf dem Weg zum smarten Standort

520 Wir erleben derzeit eine zunehmende
Digitalisierung der Wirtschaft, die als
„Industrie 4.0“ bezeichnet wird und zu
rapiden Innovationsprozessen führt.
525 Hierdurch ändern sich die Produktion und die

Abläufe in den Unternehmen, bestehende Geschäftsmodelle werden in Frage gestellt. Wir begreifen die Industrie 4.0 als Chance, Produktion und Beschäftigung im Land zu sichern und unseren Vorsprung im internationalen Standortwettbewerb auszubauen. Damit Baden-Württemberg hier Vorreiter bleibt, haben wir die „Allianz Industrie 4.0“ gegründet. Gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften bündeln wir das vorhandene Know-how im Land und entwickeln gemeinsam Projekte zur Umsetzung und Stärkung der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg. Gleichzeitig haben wir die Mittel für wirtschaftsnahe Forschungsprojekte im Themenfeld Industrie 4.0 und die Förderung des Kommunikations- und Informationstechnologie Standortes Baden-Württemberg deutlich erhöht.

Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg an der Spitze der Industrie 4.0 zu halten und unseren Standortvorteil weiter auszubauen. Die „Allianz Industrie 4.0“ werden wir gemeinsam mit den Kammern in den Regionen, Partnern aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften weiterentwickeln. Wir werden die Forschung und den Technologietransfer in kleine und mittlere Unternehmen stärken und die Digitalisierung in Dienstleistungen und Handwerk fördern. Auch neue Geschäftsmodelle, insbesondere im Bereich der „Shared Economy“, werden wir mit Blick für deren Verbrauchernutzen ... für auf deren Verbrauchernutzen Nutzen und wirtschaftliches Potential begleiten. Um für Verbraucherinnen und Verbraucher und Fach- und Nachwuchskräfte auf die Anforderungen der Industrie 4.0 vorzubereiten, fördern wir 2016 die Einrichtung von fünfzehn „Lernfabriken 4.0“ ... Einrichtung von landesweit fünfzehn ... im an beruflichen Schulen im ganzen Land. ~~ganzen Land.~~ Damit gewährleisten wir praxisnahe Lernumgebungen und schaffen es gleichzeitig, dass auch kleine und mittlere Betriebe die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Dies wollen wir fortsetzen.

Digitale Infrastruktur ausbauen

Mit der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft muss auch die digitale Infrastruktur im Land ausgebaut werden. Denn insbesondere für Unternehmen im

580 ländlichen Raum ist die Breitbandversorgung
ein entscheidender Standortfaktor. Deshalb
haben wir die digitale Infrastruktur im Land
erweitert und Baden-Württemberg beim
Ausbau des schnellen Internet mit an die
Spitze der Flächenländer geführt.

585

*Als Technologie setzen wir dabei auf den
Ausbau mittels Glasfaseranschlüssen in den
Haushalten (sog. fibre to the Home).*

590 So stellen wir sicher, dass auch Unternehmen
in der Fläche die Chancen der Digitalisierung
nutzen können.

595 Damit ganz Baden-Württemberg von der
Digitalisierung profitieren kann, werden wir
unsere Breitbandoffensive fortführen und die
örtliche Breitbandversorgung in den Katalog
der kommunalen Daseinsvorsorge
aufnehmen. Weiter werden wir die
600 Kommunen durch Änderungen im
Haftungsrecht dabei unterstützen, offenes W-
LAN umzusetzen.

~~Weiter werden wir die Kommunen durch
Änderungen im Haftungsrecht dabei
unterstützen, offenes W-LAN umzusetzen.~~
*Weiter werden wir eine Bundesratsinitiative
für Änderungen im Haftungsrecht starten, um
Kommunen dabei zu unterstützen, offenes W-
LAN umzusetzen.*

605

Digitalisierung zum Wohle der Beschäftigten gestalten

610

Die Digitalisierung bietet viele Chancen für
die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder
neue Formen des altersgerechten Arbeitens.
Durch die Verflechtung von Arbeitszeit und
615 Freizeit birgt sie neben allen Chancen aber
auch große Herausforderungen. So können
unkontrollierte Datensammlungen,
Mitarbeiterüberwachung und ständige
Erreichbarkeit gravierende Folgen haben.
620 Flexibilität braucht klare Regeln. Wir nehmen
die Veränderungen der Arbeitswelt durch die
zunehmende Digitalisierung auf und gestalten
sie zum Wohle der Menschen. Das bedeutet,
im Dialog mit allen Beteiligten der
625 Arbeitswelt, die Regeln für die Gestaltung
und Erfassung der Arbeitszeit anzupassen,
neue Modelle der Qualifizierung in Aus- und
Weiterbildung zu erproben und gute
Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten
630 durchzusetzen.

*...durchzusetzen. Wir unterstützen
Überlegungen des Bundesarbeitsmini-*

635 So nutzen wir die Chancen für eine gute
Entwicklung der Arbeitswelt von morgen.

**Gute Arbeit im Dienstleistungssektor
stärkt unseren Standort**

640 Der Dienstleistungssektor in Baden-
Württemberg trägt mit 60 Prozent zur
Wertschöpfung und mit 67 Prozent zur
Beschäftigung im Land bei. Im
645 Gesundheitswesen, im Handel, in Kitas, in
sozialen Einrichtungen und in vielen weiteren
öffentlichen und privaten
Dienstleistungsbereichen arbeiten täglich
Millionen Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer oft direkt für und mit den
650 Menschen im Land. Damit gute Arbeit auch
im Dienstleistungsbereich selbstverständlich
wird, tritt die SPD für die Weiterentwicklung
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes und
die Verbesserung der Arbeitsbedingungen
655 auch überall dort ein, wo der Staat selbst
Arbeitgeber ist: Befristungen dürfen nur eine
begründete Ausnahme sein, insbesondere die
Berufe im sozialen Bereich müssen
aufgewertet werden. Wir wollen die
660 Rahmenbedingungen für gute
Dienstleistungen schaffen. Mit Blick auf den
wichtigen Einzelhandel wollen wir daher das
Ladenöffnungsgesetz hinsichtlich dessen
Nutzens auf die Vielfalt des Handels, auf die
665 Beschäftigten und die Gesellschaft
evaluieren.

Auch im Dienstleistungssektor eröffnen
670 Digitalisierung und Vernetzung große
Chancen für Wachstum und Innovation.
Bereits heute ist die digitale Durchdringung
vieler Dienstleistungsbranchen weit
vorangeschritten, etwa in der
Telekommunikation, bei den IT-Services, in
675 der Kultur- und Kreativwirtschaft, bei
Banken und Versicherungen und in der
Logistik. Das eröffnet innovative
Geschäftsmodelle einerseits, andererseits
geraten etablierte Anbieter, beispielsweise in
680 der Musik- und Medienbranche, im
Versandhandel oder im Transport- und
Hotelgewerbe, unter erheblichen Druck.

Das eröffnet innovative Geschäftsmodelle,
deren Chancen wir nutzen werden. ~~einerseits,
andererseits geraten etablierte Anbieter,
beispielsweise in der Musik- und
Medienbranche, im Versandhandel oder im
Transport- und Hotelgewerbe, unter
erheblichen Druck.~~

685 Wir werden in Regierungsverantwortung
weiterhin dafür sorgen, dass ein starker
Dienstleistungssektor auch künftig Stütze für
Wertschöpfung und Beschäftigung in Baden-
Württemberg bleibt. Dafür werden wir die
690 Unternehmen im Land bei der Anpassung an
den digitalen Wandel unterstützen, die sich
gemeinsam mit ihren Beschäftigten den
Herausforderungen stellen und sich und ihre
Belegschaften fit machen für die Arbeit der
695 Zukunft. Dabei wollen wir auch die
sogenannten hybriden Dienstleistungen, also
innovative Verknüpfungen von Produkt und
Dienstleistungen stärken.

700 Auch die Regional- und Strukturförderung
muss der gewachsenen Bedeutung des
Dienstleistungssektors Rechnung tragen und
durch gezielte regionale
Strukturförderungspolitik die Bildung von
705 Dienstleistungsnetzwerken fördern. Neue
Herausforderungen, wie sie etwa mit der
Digitalisierung, dem demografischen Wandel
oder der Integration von Flüchtlingen
verbunden sind, erfordern die Suche nach
710 neuen Lösungen und müssen durch
entsprechende Forschung unterstützt werden.
Deshalb werden wir den Ausbau der
Dienstleistungsforschung unterstützen.

715 **Tüftler und Denker fördern – ~~Startups Tüftler und Denker fördern –~~
Unternehmertum ermöglichen** **Unternehmertum ermöglichen**

Die vielen Startup-Unternehmen in Baden-
Württemberg entwickeln neue Ideen, erfinden
720 bestehende Branchen neu, stärken die
Innovationskraft unseres Standorts und ~~Standorts~~ Landes
und schaffen Arbeitsplätze. Damit aus den
„Einpersonenernehmen“ von heute die
Weltmarktführer von morgen werden, haben
725 wir eine Gründungsoffensive für Baden-
Württemberg gestartet und beleben den Ruf
des Gründerlandes Baden-Württemberg neu.
Wir haben den Zugang zu einer fundierten
Existenzgründerberatung vereinfacht und
730 unterstützen junge, innovative Unternehmen
bei Forschung und Entwicklung mit neuen
Innovationsgutscheinen. Wir haben die
landesweite Wettbewerbsreihe „Elevator
Pitch BW“ initiiert, die Gründerinnen und
735 Gründern eine attraktive Plattform bietet, um
ihre Geschäftsideen einem breiten Publikum
zu präsentieren. Gemeinsam mit Partnern aus

740 der Wirtschaft haben wir den
Wagniskapitalfonds „VC Fonds Baden-
Württemberg“ aufgelegt und unterstützen
Unternehmen bei der Finanzierung. Mit
„gruendung-bw.de“ haben wir eine neue
745 Plattform geschaffen, um die Gründerszene
im Land weiter zu vernetzen. Unsere Politik
zeigt Erfolg: Bei der „Überlebensquote“ und
der Beschäftigungswirksamkeit von Startups
belegt Baden-Württemberg mittlerweile
bundesweit einen Spitzenplatz.

750 Diesen Weg wollen wir fortsetzen und die
Gründungsoffensive ausbauen. Neben den
Gründungen von Startups werden wir den
Fokus auch auf Ausgründungen aus
755 Unternehmen legen und damit den
Mittelstand weiter stärken. Damit verfolgen
wir das Ziel, dass gute Ideen, die in den
Unternehmen, in denen sie entwickelt
wurden, nicht verwirklicht werden können,
nicht verloren gehen. Gemeinsam mit der L-
760 Bank werden wir eine Wagniskapitalstrategie
entwickeln, um Unternehmen im Land vor
allem in der Wachstumsphase noch stärker zu
unterstützen. Dabei werden wir den
erfolgreichen „VC Fonds Baden-
765 Württemberg“ als Teil dieser
Wagniskapitalstrategie weiter ausbauen.

Wirtschaftsnahe Forschung stärken

770 Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler ... Tüftler und ~~Erfinder, der Ingenieure und~~
und Erfinder, der Ingenieure und ~~Industriepioniere~~ Denker, der Erfinderinnen
775 Industriepioniere. Grundlage hierfür ist eine und Erfinder, der Ingenieurinnen und
in Deutschland und Europa einzigartige Ingenieure.
Forschungslandschaft mit führenden
780 Hochschulen, Universitäten und
Forschungseinrichtungen sowie das
Technologietransfersystem aus Instituten,
Wirtschaftsorganisationen und Steinbeis-
Zentren. Wir haben die Forschungsförderung
auf die Wachstumfelder nachhaltige
785 Mobilität, Umwelttechnik, Gesundheit,
Informations- und Kommunikationstechnik
fokussiert. Die Grundfinanzierung der zwölf
wirtschaftsnahen Forschungsinstitute haben
wir auf Festbetragsfinanzierung umgestellt
und gewährleisten diesen so eine bessere
Planbarkeit. Wir haben eine neue
Landesagentur für Leichtbau gegründet und
die Landesagentur „Biopro“ auf
790 Gesundheitswirtschaft ausgeweitet. Darüber

hinaus haben wir den Technologietransfer forciert, beispielsweise mit der Technologietransferinitiative „innBW“.

795 Gute Ideen brauchen aber auch Nachahmer in
der gesamten Wirtschaft. Deswegen setzen
wir auf Schaufensterprojekte und gezielte
Förderung, damit neue Technologien
800 schneller bekannt und vor allem breiter
eingesetzt werden. Die Kooperation der
Forschungsinstitute mit den Hochschulen für
angewandte Wissenschaften werden wir in
den kommenden fünf Jahren ausweiten und
805 eine Landesinitiative Elektromobilität III auf
den Weg bringen. Darüber hinaus werden wir
einen Fokus auf die Entwicklung von
altersgerechten Assistenzsystemen (Ambient
Assisted Living) legen, deren Förderung wir
beispielsweise durch Kooperationsmodelle
810 mit öffentlichen Einrichtungen gezielt
vorantreiben werden.

Kreativwirtschaft fördern und Medien stärken

815 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein
wichtiger Wirtschaftsfaktor und
Innovationsmotor in Baden-Württemberg.
Deswegen haben wir für Kleinunternehmen
820 sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler aus
Kultur- und Kreativwirtschaft einen
Innovationsgutschein eingeführt, der
Unternehmen beim Markteintritt unterstützt.
Die erfolgreiche Gutscheinförderung werden
825 wir fortführen und ausbauen. Darüber hinaus
wollen wir uns im Bund für ein zeitgemäßes
Urheberrecht einsetzen, das einen besseren
Ausgleich zwischen den Interessen der
Verbraucher und der Industrie schafft. Auch
830 werden wir neue Wege der Filmförderung
prüfen.

*Interessen der Verbraucherinnen und
Verbraucher, der Kreativen und der Industrie.*

835 Mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk,
den lokalen und regionalen Rundfunksendern
sowie den lokalen Tageszeitungen haben wir
ein qualitativ hohes publizistisches Angebot,
das wir erhalten und sichern wollen.

Gastronomie und Tourismus stärken

840 Der Tourismus und die Gastronomie sind
wichtige Wirtschaftszweige in Baden-
Württemberg. Die beiden Branchen haben

845 mehr Beschäftigte als die Automobilindustrie
im Land und sichern vor allem im ländlichen
Raum Beschäftigung und Wirtschaftskraft.
Die hohe Qualität und die Arbeit mit
regionalen Produkten machen die
850 Gastronomie und den Tourismus im Land zu
wichtigen Aushängeschildern und
Wirtschaftsfaktoren unseres Landes. Wir
stehen für eine nachhaltige Tourismuspolitik.
Deshalb haben wir unsere
Tourismusförderung verstärkt auf die
855 Verknüpfung von wirtschaftlichen, sozialen
und ökologischen Aspekten ausgerichtet. Wir
haben die Mittel für das Tourismus-
Marketing erhöht und mit dem Nationalpark
Schwarzwald eine zusätzliche Attraktion
860 geschaffen. Mit Erfolg: Die Besucherzahlen
in Baden-Württemberg steigen.

Wir werden den Tourismus im Land auch in
Zukunft darauf ausrichten, Soziales,
865 Ökologie und Ökonomie miteinander zu
verbinden. Wir werden uns dafür einsetzen,
dass die touristischen Infrastrukturen im Land
verstärkt auf die Bedürfnisse von Seniorinnen
und Senioren und die besonderen
870 Anforderungen von Menschen mit
Behinderungen abgestimmt werden. Mit
besseren ÖPNV-Anbindungen, überregional
angelegten Bonus- und Verbundkarten, sowie
flächendeckenden Rad- und Wanderwegen
875 werden wir die Attraktivität unserer
touristischen Angebote in Baden-
Württemberg weiter steigern. Wir behalten
die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten
und Auszubildenden im Blick und werden
880 uns weiter für gute Arbeitsbedingungen, faire
Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse
einsetzen.

Arbeitsschutz stärken

885 Beschäftigte haben einen Anspruch auf ein
gesundes Arbeitsumfeld und Schutz vor
Überlastung. Deshalb haben wir gemeinsam
mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und
890 Berufsgenossenschaften ein Bündnis für
„Arbeit und Gesundheit in Baden-
Württemberg“ geschlossen. Wir haben mehr
Beschäftigte für den Arbeitsschutz eingestellt
und beim Landesgesundheitsamt eine
895 Kompetenzstelle „Arbeitsmedizin,
Arbeitspsychologie,

900 Gesundheitsmanagement“ geschaffen. Wir
werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass
Beschäftigte, Unternehmen und weitere
Partner im Rahmen von kommunalen
Gesundheitsdialogen passende Maßnahmen
zur betrieblichen Gesundheitsförderung vor
Ort planen und sich an der Umsetzung in der
Region beteiligen. Darüber hinaus werden
905 wir den technischen und den medizinischen
Arbeitsschutz weiter stärken.

Fachkräfte sichern

910 Die Stärke unseres Standorts verdanken wir
vor allem den fähigen Händen und den klugen
Köpfen, den Fachkräften in unserem Land,
die Tag für Tag Außergewöhnliches leisten.
915 Viele Unternehmen machen sich aber Sorgen,
ob sie in wenigen Jahren noch ausreichend
qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
finden werden. Der drohende
Fachkräftemangel bewirkt ein Umdenken in
vielen Unternehmen. Sie lernen: Gute
920 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind kein
Kostenfaktor, sondern Voraussetzung für den
wirtschaftlichen Erfolg.

925 Deshalb haben wir die „Fachkräfteallianz“ ins
Leben gerufen, um mit den Unternehmen, ... Unternehmen, *Gewerkschaften,*
Verbänden und Kammern Fachkräfte zu Verbänden und
gewinnen und den Menschen im Land die
Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
930 Gemeinsam stärken wir die berufliche
Bildung, verbessern den Übergang von der
Schule in den Beruf, ermöglichen
lebenslanges Lernen und etablieren eine echte
Willkommenskultur für ausländische
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. So
935 sichern wir Fachkräfte und bauen unseren
Spitzenplatz bei der niedrigsten
Jugendarbeitslosigkeit in Europa weiter aus.
Alle jungen Menschen sollen die Chance
erhalten, ihre Begabungen zu entfalten –
940 unabhängig von Geschlecht, Herkunft und
sozialem Hintergrund. Unser Ziel für die
kommende Wahlperiode ist eine
Ausbildungsgarantie für jeden jungen
Menschen in Baden-Württemberg.

945

Gemeinsam für die berufliche Bildung

Mit dem von uns ins Leben gerufenen
„Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg“

950 wurde die Kooperation des Landes mit
Gewerkschaften, Unternehmen und
Verbänden auf neue Füße gestellt. Das
Ausbildungsbündnis hat zum Ziel, die
955 Übergänge junger Menschen von der Schule
in den Beruf zu gestalten, die Attraktivität
und Qualität der Berufsausbildung zu steigern
und die betriebliche Ausbildung für die
Zukunft weiter zu stärken. Mit dem
Ausbildungsbündnis setzen wir die
960 erfolgreiche Zusammenarbeit aller Akteure
im Bereich der Ausbildung fort und werden
es zukunftsfähig weiterentwickeln. Um dem
Fachkräftemangel in der Pflege
entgegenzuwirken, haben wir den
965 Ausbildungsfonds für Pflegeberufe
eingeführt. Damit fördern alle Krankenkassen
in Baden-Württemberg die Ausbildung der
nichtärztlichen Heilberufe. Wir unterstützen
weiter die generalistische Ausbildung im
970 Pflegebereich und die Aufwertung der Pflege.

Berufliche Schulen stärken

975 Die fast 300 beruflichen Schulen im Land
leisten einen großen Beitrag für Wirtschaft
und Gesellschaft. Dort werden junge
Menschen ausgebildet, erreichen eine
Berufsqualifikation und erhalten die
Möglichkeit, höhere allgemeine
980 Schulabschlüsse zu erwerben. Inzwischen
wird fast jede zweite
Hochschulzugangsberechtigung an einer
beruflichen Schule erreicht und fast jedes
dritte Abitur an einem beruflichen
985 Gymnasium. Wie keine Landesregierung
zuvor haben wir die beruflichen Schulen
gestärkt. Wir haben 150 weitere
Eingangsklassen an den beruflichen
Gymnasien geschaffen und das strukturelle
990 Unterrichtsdefizit auf den bisher niedrigsten
Stand gesenkt. Mit der Einführung von
Englisch als Pflichtfach in über 160 Schulen
sind wir einen wichtigen Schritt im Bereich
der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
995 gegangen. Durch die erfolgreiche AZAV-
Zertifizierung (Zertifizierung nach der
Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung
Arbeitsförderung) können nun über 100
berufliche Schulen geförderte
1000 Umschülerinnen und Umschüler aufnehmen
und für eine Ausbildung gewinnen. Damit
verfügt Baden-Württemberg über mehr

zertifizierte öffentliche berufliche Schulen als jedes andere Bundesland.

1005

Wir werden die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen noch weiter verstärken und die Lehrerversorgung verbessern. Dabei werden wir auch zusätzliche

1010

Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge – auch mit weiterentwickelten pädagogischen Konzepten – einrichten. Wir werden die regionale Schulentwicklung der beruflichen Schulen in Abstimmung mit Schulträgern und

1015

Ausbildungsbetrieben weiter vorantreiben und dort, wo Schülerinnen und Schüler im Blockunterricht beschult werden, die Rahmenbedingungen deutlich verbessern. Ziel ist eine paritätische Finanzierung, damit

1020

Auszubildende keine Kosten für ihre Unterbringung zu tragen haben. Als ersten Schritt werden wir ab dem Ausbildungsjahr 2016/2017 eine Drittelfinanzierung einführen. An der weiteren Umsetzung der

1025

Empfehlungen der Enquete-Kommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, halten wir fest. Ebenso möchten wir die Eigenverantwortung von

1030

beruflichen Schulen stärken.

Übergang von der Schule in den Beruf verbessern

1035

Damit mehr Jugendlichen der direkte Einstieg in eine Ausbildung gelingt, haben wir in Modellregionen ein Konzept für die Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf eingeführt. Der neue

1040

Bildungsgang „duale Ausbildungsvorbereitung“ (AVdual) richtet sich an Jugendliche, die nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden und weiteren

1045

Förderbedarf haben. Wichtiger Bestandteil sind Betriebspraktika, um den Jugendlichen den Einstieg in eine betriebliche Ausbildung zu erleichtern. Unser Ziel ist es, dieses betriebsorientierte

1050

Übergangssystem zwischen Schule und Beruf zukünftig landesweit zu etablieren.

Für die betriebliche Ausbildung werben

1055

Um mehr junge Menschen für eine betriebliche Ausbildung zu begeistern, haben wir die Ausbildungskampagne „gutausgebildet.de“ initiiert, bei der in Videoclips Berufe online vorgestellt werden. Darüber hinaus werben im Rahmen der Initiative „Ausbildungsbotschafter“ speziell geschulte Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter aus 150 Berufen an den Schulen und vermitteln den Jugendlichen die Chancen und Vorteile einer betrieblichen Ausbildung aus erster Hand. Mit mehrsprachigen Materialien und Werbemaßnahmen sprechen wir besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Eltern an, um gezielt über die „Chance Ausbildung“ zu informieren.

Diese erfolgreichen Initiativen werden wir zukünftig fortsetzen und weiter ausbauen. Zudem werden wir uns dafür stark machen, dass jungen Menschen, die ihr Studium abbrechen wollen, die Möglichkeiten der betrieblichen Ausbildung als Alternative aufgezeigt werden. Dazu gehört die Anerkennung von erbrachten Studienleistungen in der betrieblichen Ausbildung.

1085 **Ausbildung für alle und bis zum Abschluss**

Unser Ziel ist es, daß jeder junge Mensch in Baden-Württemberg die Chance erhält, eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden, haben wir 2012 das Modellprojekt „Abbruch vermeiden – Ausbildung begleiten“ auf den Weg gebracht. Kern ist die sozialpädagogische Begleitung Auszubildender bei instabilen Ausbildungsverhältnissen und die Schulung betrieblicher Ausbilderinnen und Ausbilder in Konfliktmanagement. Um die betriebliche Ausbildung besonders für junge Menschen in speziellen Lebenssituationen attraktiver zu machen, haben wir die Möglichkeiten für die Teilzeit- und Spätausbildung erweitert. Diese Möglichkeiten werden wir bedarfsgerecht ausbauen. Darüber hinaus werden wir stufenweise Ausbildungsmodelle als Alternative zur ungelernten Beschäftigung stärken.

Potentiale der Vielfalt heben

- 1110 Wir haben eine echte Willkommenskultur etabliert, damit Zugewanderte schnell auf unserem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Dafür haben wir die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verbessert und mit dem Landesanererkennungsgesetz endlich einen Rechtsanspruch auf die Prüfung ausländischer Berufsqualifikationen geschaffen. Wir haben ein Netz kostenloser Beratungsstellen aufgebaut und die Zuständigkeiten für Anerkennungsverfahren gebündelt. So stellen wir sicher, dass die Potentiale gut ausgebildeter Migrantinnen und Migranten nicht wie in der Vergangenheit in starren Anerkennungsverfahren verloren gehen. Mit den „Welcome Centern“ haben wir zentrale Anlaufstellen für internationale Fachkräfte und die Unternehmen im Land geschaffen, die nach qualifizierten Arbeitskräften suchen.
- 1115
- 1120
- 1125
- 1130

~~Willkommenskultur~~ Willkommensstruktur
~~Zugewanderte~~ Eingewanderte

- Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, die Potentiale der Zuwanderung aktiv zu erschließen. Dafür werden wir die Zahl der „Welcome Center“ in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 verdoppeln. Das Netz kostenloser Beratungsstellen für die berufliche Anerkennung werden wir weiter ausbauen und die zuständigen Stellen bedarfsgerecht verstärken. Auch das Sprachkursangebot für Migrantinnen und Migranten werden wir stärker fördern.
- 1135
- 1140

~~Zuwanderung~~ Einwanderung

Mehr Frauen für MINT-Berufe begeistern

- 1145 In den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik („MINT“) ist der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt. Um die Innovationskraft unseres Standorts zu erhalten, ist guter Nachwuchs in diesen Bereichen essentiell.
- 1150
- 1155
- 1160

~~In den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik („MINT“) ist der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt. ... Standorts-Landes zu erhalten, ist guter Nachwuchs in diesen den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik essentiell.~~

Viele Frauen erwerben hervorragende schulische Qualifikationen für den MINT-Bereich, ihr Anteil an den entsprechenden Ausbildungs- und Studiengängen ist jedoch zu niedrig. Dadurch gehen unserem Standort wichtige Potentiale verloren. Deshalb haben wir 2011 das Bündnis „Frauen in MINT-Berufen“ erfolgreich etabliert und mehr

~~Viele Frauen erwerben hervorragende schulische Qualifikationen für den MINT-Bereich, ihr Anteil an den entsprechenden Ausbildungs- und Studiengängen ist jedoch zu niedrig. Das spiegelt sich jedoch nicht durch einen entsprechenden Anteil in den genannten Ausbildungs- und Studiengängen~~

Frauen für eine Ausbildung- oder Studium im MINT-Bereich begeistert. Diesen Weg werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen. *wieder. Dadurch ... Standort Land ... wichtige ...*

Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen

Wir haben die Weiterbildung im Land gestärkt. Denn nur mit Weiterqualifizierung, Anerkennung von Abschlüssen und Qualifizierungschancen, insbesondere für An- und Ungelernte, werden wir innovativ bleiben und zukunftssichere Arbeitsplätze erhalten. Daher haben wir mit dem Bildungszeitgesetz eine gesetzliche Grundlage und Anreize zur berufsbegleitenden Weiterbildung geschaffen. Viele Beschäftigte haben nun den Anspruch auf eine bezahlte Freistellung zur Weiterbildung und zur Stärkung des Ehrenamtes von fünf Arbeitstagen pro Jahr.

Zusammen mit der Wirtschaft und den Bildungsträgern haben wir im Land einen beruflichen Weiterbildungsmarkt geschaffen, der auf den Grundsätzen der Träger- und Methodenvielfalt, der Flexibilität und des Wettbewerbs beruht. Dadurch wurde ein innovatives, aktuelles, zielgruppen- und bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot geschaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Forderung nach „lebensbegleitendem Lernen“ auch mit tatsächlichen Angeboten erfüllt wird. Die Einführung der Bildungszeit war dabei nur ein erster Schritt. Unser Ziel ist es, dass Beschäftigte einen Anspruch auf Bildungsteilzeit haben, beispielsweise um neben ihrer Beschäftigung ein **berufsbegleitendes** Studium aufnehmen zu können. Dafür werden wir die Möglichkeit prüfen, die Ansprüche aus der Bildungszeit „anzusparen“ und am Stück für Weiterbildung einzusetzen. Zukünftig soll die Bildungszeit auch für Auszubildende gelten.

Auch haben wir die Zuschüsse für die Weiterbildung jedes Jahr schrittweise erhöht und gegenüber 2011 mehr als verdoppelt und im Kampf gegen Analphabetismus wichtige Akzente gesetzt. Wir werden auch weiterhin die landesseitige Förderung der Volkshochschulen sowie weiterer

1215 Weiterbildungsträger am Bundesschnitt ausrichten.

Bildung, die allen gerecht wird

1220 Kinder sind unsere Zukunft und eine gute Bildung ist das Wichtigste, was wir ihnen mit auf den Weg geben können. Alle Kinder und Jugendlichen sollen ihre Talente und Begabungen optimal entfalten und den für sie passenden Bildungsabschluss erlangen können. Trotz einer leistungsstarken und motivierten Lehrerschaft hat unser Schulsystem in der Vergangenheit ungerechte Ergebnisse erbracht. Wir haben das Bildungssystem in Baden-Württemberg verändert und mehr Chancengleichheit verwirklicht. Ein leistungsorientiertes und gleichzeitig sozial gerechtes Bildungssystem nützt dem Einzelnen und unserem Land gleichermaßen. Denn unsere Gesellschaft braucht jeden jungen Menschen. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre Potenziale optimal entfalten können und so gerechte Chancen auf beruflichen Erfolg, gesellschaftliche Teilhabe und Wohlstand haben.

Kinder sind unsere Zukunft und *es ist besonders wichtig, dass wir Ihnen eine gute Bildung auf ihren Weg mitgeben können.* ~~eine gute Bildung ist das Wichtigste, was wir Ihnen mit auf den Weg geben können.~~

1225
1230
1235
1240

1245 In der vergangenen Legislaturperiode haben wir das baden-württembergische Bildungssystem weiterentwickelt, damit die Bildungsgerechtigkeit verbessert und das Leistungsniveau gesichert. Den Kultusetat haben wir in den vergangenen fünf Jahren um 1,4 Milliarden Euro aufgewertet – ein Plus von 15 Prozent im Vergleich zu 2011. Erstmals in der Geschichte des Landes wird die zehn Milliardenmarke übertroffen. Als Regierungspartei wird die SPD auch weiterhin für Chancengleichheit in unserem Bildungssystem eintreten und dafür sorgen, dass sich alle Kinder und Jugendlichen bestmöglich entfalten können. Zukünftige finanzielle Spielräume im Landeshaushalt werden wir nutzen, um weitere Investitionen im Bildungsbereich zu tätigen. Alle anstehenden bildungspolitischen Maßnahmen werden wir daran messen, ob sie die Chancen der jungen Generation verbessern und sichern. Die Mitverantwortung des Bundes für die Bewältigung gesamtgesellschaftlicher

Erstmals in der Geschichte des Landes ~~wird die zehn Milliardenmarke übertroffen.~~ *werden mehr als zehn Milliarden Euro in die Bildung investiert.*

Herausforderungen werden wir konsequent einfordern.

1270

... einfordern und uns daher für die Abschaffung des Kooperationsverbots einsetzen.

Die richtigen strukturellen Weichenstellungen sind getroffen. Jetzt geht es darum, den eingeschlagenen bildungspolitischen Kurs konsequent fortzusetzen und die Qualität des Bildungssystems weiter zu verbessern.

1275

1280 **Frühkindliche Bildung ausbauen**

Durch eine frühe Förderung unterstützen wir die kindliche Entwicklung und legen den Grundstein für späteren schulischen Erfolg.

1285

Deshalb haben wir die frühkindliche Bildung verbessert und die Kita-Plätze ausgebaut. Mit dem Pakt für Familien mit den Kommunen haben wir den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz oder einen Platz in der

1290

Kindertagespflege für Ein- bis Dreijährige umgesetzt. Die Landeszuschüsse für die Kommunen haben wir verdreifacht. So sorgen wir für beste Bildungschancen von Anfang an. Mit Erfolg: Heute besuchen im

1295

Südwesten über 50 Prozent mehr unter Dreijährige eine Kindertageseinrichtung als noch unter der Vorgängerregierung im Jahr 2010. Bei der Zahl der Plätze haben wir

1300

Baden Württemberg von ganz hinten in die Spitzengruppe aller Bundesländer geführt. Auch mit Blick auf die Qualität des Angebots belegt Baden-Württemberg mittlerweile im Ländervergleich den Spitzenplatz.

1305

Wir haben das Konzept der Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf (SPATZ) verbessert und mit mehr Mitteln ausgestattet. So ermöglichen wir kleinere Gruppen, erhöhen die Qualität

1310

der Sprachbildung und ermöglichen mehr Zeit für jedes einzelne Kind. In Kitas mit besonders hohem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund haben wir die Gruppengröße halbiert. Klar ist: Der Ausbau

1315

erhöht auch den Bedarf an qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern. Deshalb haben wir mit neuen Konzepten wie beispielweise der praxisintegrierten Ausbildung „PIA“ noch mehr Menschen und vor allem mehr

1320

Männer für den Beruf der Erzieherin und des Erziehers begeistert.

1325 Diesen erfolgreichen Weg werden wir auch in
Zukunft fortsetzen. Wir werden den
quantitativen wie qualitativen Ausbau der
frühkindlichen Bildung weiter vorantreiben.
Der Orientierungsplan muss in den
kommenden Jahren stufenweise umgesetzt
1330 werden. Eine Steigerung des
gesellschaftlichen Stellenwerts und die
Attraktivität des Berufs der Erzieherin und
des Erziehers sowie der Kindertagespflege
werden wir weiter befördern.

1335 **Verlässliche Ganztagsangebote schaffen**

1340 Damit die Ganztagsangebote nicht nach der
Kita enden, haben wir die Voraussetzungen
dafür geschaffen, dass sich möglichst viele
Grundschulen sowie Grundstufen von
Förderschulen zu Ganztagschulen
weiterentwickeln können. Ob eine
Ganztagschule gewünscht wird, können die
1345 Kommunen vor Ort entscheiden. Vor Ort
wird auch entschieden, ob es eine
Ganztagschule in Wahlform oder eine
verbindliche sein soll. Den jahrzehntelangen
Schulversuch der Vorgängerregierung haben
1350 wir beendet und im Einverständnis mit den
kommunalen Spitzenverbänden verlässliche
Rahmenbedingungen geschaffen. Wir stehen
für eine rhythmisierte Ganztagschule und
betrachten die Einbindung außerschulischer
1355 Partner als wichtigen Baustein. An dem
erfolgreichen Instrument der Monetarisierung
zur Finanzierung qualitativ hochwertiger
Kooperationsangebote halten wir fest. ...

~~An dem erfolgreichen~~ *Zur Finanzierung
halten wir an dem erfolgreichen Instrument
der Monetarisierung von Lehrerstunden zur*

1360 Ganztagschule organisieren wir ohne
zusätzliche Kosten für die Eltern.

1365 Die Kinder profitieren sehr von der
zusätzlichen Zeit zum Lernen in einem
abwechslungsreichen Umfeld. Deshalb
werden wir den Weg zu flächendeckenden
Ganztagsangeboten fortsetzen. Unser Ziel ist
es, dass sich bis zum Jahr 2023 70 Prozent der
Grundschulen zu Ganztagschulen
weiterentwickeln. Allen Eltern in Baden-
1370 Württemberg geben wir ein Versprechen: Wir
schaffen verlässliche Bildungsangebote für
alle Kinder – wir führen die Ganztagsgarantie
ein, vom ersten Geburtstag bis zum letzten

1375 Schultag. So streben wir in den kommenden
Jahren auch eine gesetzliche Verankerung der
Ganztagsschule an allen weiterführenden
Schulen an. Wo immer vor Ort
Ganztagsangebote gewünscht werden, sollen
diese möglich sein.

1380

Grundschule

1385 Die Grundschule ist der Ort, an dem alle Kinder ihre grundlegende Bildung erhalten.
Deren Qualität ist für die weitere Bildungsbiografie maßgeblich.

~~Die Grundschule ist der Ort, an dem alle Kinder ihre grundlegende Bildung erhalten.
Deren Qualität ist für die weitere Bildungsbiografie maßgeblich~~

1390

Die Qualität der Grundschule ist für die weitere Bildungsbiografie aller Kinder maßgeblich. Denn hier erlernen sie wesentliche schulische Kernkompetenzen.

1395 Deshalb werden wir die Grundschule in der kommenden Legislaturperiode noch stärker in den Mittelpunkt unserer Bildungspolitik rücken.

Deshalb werden wir ...

1400 Seit diesem Schuljahr erhalten die Grundschulen im Land erstmals Poolstunden, um Kinder mit Sprachförderbedarf, Schwierigkeiten beim Lesen, Rechtschreiben oder in Mathematik gezielter fördern zu können. So können Lehrerinnen und Lehrer den unterschiedlichen Stärken und Lernentwicklungen der Kinder besser gerecht werden und die Kinder bis zum Übergang in die weiterführenden Schulen möglichst individuell begleiten. Die Möglichkeiten individueller Förderung in der Grundschule werden wir – auch durch zusätzliche
1405 Lehrerstellen – weiter ausbauen. Unser Ziel ist, dass die Wege zum nächsten Grundschulstandort für alle Kinder kurz bleiben.

1415 Für uns zählt der Wille der Eltern. Deshalb haben wir die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft und damit den Eltern das Entscheidungsrecht für die Wahl der weiterführenden Schule gegeben. Verbunden damit ist eine umfassende Beratung der Eltern. An dieser Praxis werden wir auch zukünftig festhalten und den Dialog von Eltern und Grundschule weiter stärken. Die weiterführenden Schulen
1420 unterstützen wir dabei, dass sie die Potenziale ihrer Schülerinnen und Schüler in der 5.
1425

1430 Klassenstufe schnell und differenziert erfassen können. Die verpflichtende Vorlage der Grundschulempfehlung ist deshalb weder erforderlich noch sinnvoll.

Schulstrukturen den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen

1435 Eltern wünschen sich eine verlässliche Schulinfrastruktur mit hoher Qualität und
1440 möglichst wohnortnahen Angeboten. Dies wollen wir auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels mit insgesamt sinkenden Schülerzahlen gewährleisten. Mit der Einführung der regionalen Schulentwicklung haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, damit die jungen
1445 Menschen trotz rückläufiger Schülerzahlen in erreichbarer Nähe alle Bildungsabschlüsse erwerben können. Damit ist uns ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem zukunftsfähigen Schulsystem gelungen. Über
1450 90 Prozent der Dialog- und Beteiligungsverfahren, die im Rahmen der regionalen Schulentwicklung durchgeführt wurden, konnten im Konsens mit allen Beteiligten abgeschlossen werden. Diesen
1455 erfolgreichen Weg werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

1460 Wir haben bei der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2011 ein stark gegliedertes Schulsystem vorgefunden, das den Anforderungen der modernen Gesellschaft, vor allem aber denen des demografischen Wandels, immer schlechter gerecht wurde. Wie auch viele andere
1465 Bundesländer und Staaten haben wir uns für eine Weiterentwicklung in Richtung integrativer Bildungsgänge – Schulen, in denen verschiedene Bildungsabschlüsse möglich sind – entschieden. Wir orientieren
1470 uns an einem zukünftigen Schulsystem aus zwei Säulen – dem etablierten Gymnasium einerseits und integrativ angelegten Bildungsgängen andererseits. Moderne pädagogische Konzepte machen es möglich,
1475 mit heterogenen Gruppen in integrativen Bildungsgängen erfolgreich arbeiten zu können.

1480 Diese werden wir weiterhin gezielt unterstützen. Eltern, Schüler und Lehrer ... Eltern, *Schülerinnen und* Schüler, sollen auf verlässliche Schulstrukturen im *Lehrerinnen* und Lehrer sollen ... Land vertrauen können. Sie dürfen nicht immer wieder verunsichert werden, wie es in

1485 Baden-Württemberg grundsätzlich und dauerhaft schulpolitisch weiter geht. Deshalb werden wir unser Angebot für einen Schulfrieden nach der Landtagswahl ein drittes Mal erneuern.

1490

Weiterführende Schulen

Die Gymnasien, die die erste Säule des Systems weiterführender Schulen darstellen, ~~erste Säule des Systems weiterführender Schulen darstellen~~, bieten ...

1495 bieten einen anerkannten achtjährigen Bildungsgang zur Hochschulreife. Wir stehen uneingeschränkt zu unseren Gymnasien, weil sie für viele Schülerinnen und Schüler den passenden Weg zum Abitur darstellen. Auch

1500 die Gymnasien im Land werden von pädagogischer Innovation profitieren, deren Qualität nicht nur gesichert, sondern stetig ausgebaut wird. Ziel muss sein, dass das Leistungsniveau an baden-

1505 württembergischen Gymnasien auf hohem Niveau liegt und diese den nationalen wie internationalen Vergleich nicht scheuen müssen. Durch zusätzliche Poolstunden und durch einen neuen Bildungsplan haben wir

1510 die Qualität an den Gymnasien bereits gestärkt, diesen Weg wollen wir weitergehen und – durch Ressourcen abgesichert – noch bessere Möglichkeiten der individuellen pädagogischen Begleitung schaffen. Eine

1515 pauschale Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren ist aufgrund der eingeleiteten Weiterentwicklung nicht notwendig und auch nicht sinnvoll. Eltern, die einen neunjährigen Bildungsgang präferieren, können unter

1520 anderen, ebenso attraktiven Wegen wählen. *Fast jedes dritte Abitur wird bereits heute an einem beruflichen Gymnasium erworben.*

1525 Die Gemeinschaftsschule, die im Jahr 2012 eingeführt wurde, bietet allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche individuelle Förderung, ein breites Spektrum unterschiedlicher Anforderungsniveaus und die Möglichkeit, sämtliche Schulabschlüsse

1530 zu erreichen. Mit der Gemeinschaftsschule ermöglichen wir längeres gemeinsames Lernen und werden der Vielfalt der Kinder

1535 und Jugendlichen mit all ihren unterschiedlichen Begabungen gerecht. Die Schülerinnen und Schüler lernen nicht nur miteinander, sondern auch voneinander und entwickeln dadurch wichtige soziale Kompetenzen. Außerdem verhindert das Konzept der Gemeinschaftsschule
1540 Schulschließungen vor allem im ländlichen Raum. Landesweit gibt es derzeit über 270 öffentliche Gemeinschaftsschulen mit über 35.000 Kindern im Unterricht. Am weiteren bedarfsorientierten Ausbau der
1545 Gemeinschaftsschule und an der Möglichkeit, auf Antrag der Schulträger gymnasiale Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen einzurichten, werden wir in jedem Fall festhalten.
1550 Daneben bestehen für Absolventen der Gemeinschaftsschulen nach Klasse 10 ausgezeichnete Möglichkeiten, den Weg zum Abitur an beruflichen Gymnasien fortzusetzen.
1555

...festhalten. Dabei werden wir den besonderen Bedarf des ländlichen Raums berücksichtigen. Daneben ...

1560 Eine weitere attraktive Schulart, die sich in Richtung integrativ angelegter Bildungsgänge entwickelt, ist die Realschule. Die Realschulen bieten zukünftig neben dem Realschulabschluss auch den Hauptschulabschluss an. Sie werden damit der Heterogenität in ihrer Schülerschaft besser gerecht und leisten ebenfalls einen
1565 Beitrag, dass flächendeckend Schulen vorhanden sind, die den Weg zu allen Schulabschlüssen ermöglichen. Den unterschiedlichen Lernanforderungen im Klassenverband begegnet die Realschule unter anderem mit binnen-differenzierten Lehr- und Lernkonzepten. Damit die
1570 Realschulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden können, haben wir begonnen, die Ressourcenausstattung nachhaltig zu verbessern. Bereits in diesem Schuljahr haben wir die Poolstunden an den Realschulen erhöht, um die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Diese werden wir bis zum Schuljahr 2017/2018 auf
1575 zehn Poolstunden je Zug weiter erhöhen. Damit die Weiterentwicklung der Realschulen gelingt, werden wir umfassende Fortbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer der über 400 Realschulen im Land anbieten.
1580
1585

1590 Wo Hauptschulen/Werkrealschulen nachgefragt werden, erhalten sie auch weiterhin unsere ganze Unterstützung. Kein funktionierender Schulstandort wird gegen den Willen des Schulträgers aufgegeben. Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob sich die jeweilige Schule in Richtung integrativer Bildungsgänge in der zweiten Säule ~~in der zweiten Säule~~ weiterentwickeln möchte und kann.

1595 **Medienbildung**

1600 In allen Schulen streben wir eine stärkere, altersgerechte Förderung der Schülerinnen und Schüler im Bereich der Medienkompetenz und informationstechnischen Grundbildung an.

1605 **Privatschulen**

1610 Schulen in freier Trägerschaft bereichern unsere Bildungslandschaft. Deshalb gestalten wir die Finanzierung gerecht und nachhaltig. Wir haben die Landeszuschüsse für den laufenden Betrieb seit 2011 insgesamt von 671 Millionen auf 867 Millionen in 2016 um knapp 200 Millionen Euro erhöht. So haben wir Kostendeckungsgrade erreicht, die in früheren Legislaturperioden in weiter Ferne waren. An einer angemessenen finanziellen Unterstützung werden wir auch in Zukunft festhalten. Die Aufträge aus dem jüngsten Urteil des Staatsgerichtshofs werden wir – in Abstimmung mit den Privatschulverbänden –
1620 umsetzen.

Gute Unterrichtsversorgung an unseren Schulen

1625 Eine verlässliche Unterrichtsversorgung an allen Schulen ist die Grundlage guter Bildung. Deshalb haben wir trotz rückläufiger Schülerzahlen zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und die fest installierte Krankheitsvertretungsreserve erhöht. Auch die Einstellungschancen von Junglehrerinnen und -lehrern haben wir verbessert. Wir werden dafür sorgen, dass die Unterrichtsversorgung auf dem erreichten hohen Niveau bleibt und dass sich ergebende Spielräume für weitere Verbesserungen genutzt und auf die verschiedenen Schularten gerecht verteilt werden. Ferner sind wir

1640 bestrebt, die Krankheitsreserve weiter zu erhöhen.

Gute Lehrerinnen und Lehrer legen den Grundstein

1645 An unseren Schulen unterrichten hervorragende und motivierte Lehrerinnen und Lehrer. Sie sind das Fundament unserer erfolgreichen Bildungslandschaft und maßgebliche Erfolgsgaranten für den
1650 Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler. Um die Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich zu qualifizieren, haben wir die Lehrerbildung weiterentwickelt und flexibler gestaltet. Zum vergangenen Wintersemester wurden alle Lehramtsstudiengänge auf
1655 Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt. Zudem haben wir entschieden, dass sich die zukünftige Besoldung von Sekundarstufenlehrern einheitlich nach A13
1660 richtet.

Wir werden die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern und dabei die Themen Inklusion, individuelle
1665 Förderung, Medienbildung und den Bildungsplan in den Vordergrund stellen. Gesundheitsprävention für Lehrerinnen und Lehrer ist uns ein wichtiges Anliegen. Ferner werden wir Haupt- und
1670 Werkrealschullehrkräften die Möglichkeit zu einer beruflichen Weiterqualifizierung eröffnen. Zum besseren Austausch von Lehr- und Lernmaterialien haben wir eine „Digitale Bildungsplattform“ auf den Weg gebracht,
1675 die wir in der kommenden Legislaturperiode ausbauen und erweitern werden.

Schule als Ort der Toleranz und Vielfalt

1680 Unsere Schulen in Baden-Württemberg sollen Orte der Toleranz, des Respekts und der gegenseitigen Wertschätzung sein. Dies ist ein wichtiger Beitrag für ein friedvolles Miteinander in unserer Gesellschaft. Deshalb
1685 haben wir die Bildungspläne in Baden-Württemberg in einem umfangreichen Beteiligungsprozess weiterentwickelt und die Inhalte an die gesellschaftliche Realität und zukünftige Herausforderungen angepasst. Mit
1690 einer neuen Leitperspektive setzen wir Impulse für mehr Toleranz und Akzeptanz im

Hinblick auf Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Darüber hinaus haben wir das Modellprojekt zum islamischen Religionsunterricht ausgeweitet, um jungen Musliminnen und Muslimen auch in den Schulen die Möglichkeit zu geben, sich intensiv mit ihrer Religion auseinanderzusetzen.

Die SPD steht dazu, dass Kinder und Jugendliche sich mit der Vielfalt in einer modernen Gesellschaft auseinandersetzen und dabei eine wertschätzende Haltung gegenüber Mitmenschen entwickeln können sollen. Wir streben weiterhin den stufenweisen Ausbau von Ethik als Fach in den allgemeinen Schulen an. Wir werden uns auch für den Ausbau des islamischen Religionsunterrichts einsetzen. Ferner werden wir dafür sorgen, dass die Themen Flucht, Asyl, Gewalt und Krieg in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen dem Alter der Kinder und Jugendlichen entsprechend aufgearbeitet werden und dass dabei auch die Friedensbildung ihren Platz findet. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche über Fluchtursachen aufgeklärt werden und lernen, aus welchen Gründen Menschen in Deutschland Schutz suchen. Dazu gehört auch, dass in den Kindertagesstätten und Schulen Vorurteilen entgegengetreten wird und eine offene Diskussion über die Herausforderungen in unserer Gesellschaft erfolgt.

Beste Bildung für alle

Alle Kinder und Jugendlichen, die zu uns nach Baden-Württemberg kommen, sollen frühzeitig die Möglichkeit haben, ihre Schulpflicht einzulösen. Wir werden bei steigender Zahl von Flüchtlingen die Formen und den Umfang der Förderangebote entsprechend ausbauen. Auch in die Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung werden wir weiter intensiv investieren. Schon jetzt haben wir Mittel für über 1100 neue Lehrerstellen bereitgestellt. Wir werden auch zukünftig dafür sorgen, mit flexiblen Maßnahmenpaketen schnelle und bedarfsgerechte Unterstützung

~~Alle Kinder und Jugendlichen, die zu uns nach Baden-Württemberg kommen, sollen frühzeitig die Möglichkeit haben, ihre Schulpflicht einzulösen.~~

1745 bereitzustellen, die vor Ort bei den Schulen ankommt, um Flüchtlingskindern und - jugendlichen einen guten Start zu ermöglichen.

1750 **Inklusion verwirklichen**

Wir haben die gesetzliche Grundlage für die Inklusion geschaffen. Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung gehören in die Mitte unserer Gesellschaft und nicht an ihren Rand. Dies gilt für den Bereich der frühkindlichen Bildung und für den Schulbereich im Besonderen. Aufgrund unserer Schulgesetzänderung haben Eltern von Kindern mit Behinderung jetzt die Wahlmöglichkeit, ob ihr Kind eine allgemeine Schule oder ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum besuchen soll. Wir wollen, dass Eltern von Kindern mit Behinderung zwischen qualitativ vergleichbaren Angeboten entscheiden können. Deshalb stellen wir sicher, dass ein hohes Niveau sonderpädagogischer Angebote an allgemeinen Schulen geschaffen und die Qualität der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren erhalten wird. Daher werden wir Schulträger auch weiterhin beim Ausbau inklusiver Angebote unterstützen und das Netzwerk inklusiv arbeitender Schulen bedarfsorientiert ausbauen.

Gebührenfreies Studium

1780 Damit der Zugang zu höchster Bildung nicht vom Einkommen oder Herkunft der Eltern abhängt, haben wir die Studiengebühren in Baden-Württemberg abgeschafft. Den Hochschulen wurden die Einnahmen

1785 komplett ersetzt. Mit der SPD wird es auch in Zukunft keine Studiengebühren an den Hochschulen geben.

Zeit für Familie

1790 Baden-Württemberg hat mit uns eine Landesregierung, die so offen und modern ist, wie die Menschen im Land. Wir erkennen die Vielfalt unserer Gesellschaft nicht nur an,

1795 sondern sehen in ihr eine Bereicherung. Egal ob „klassische“ Familie, alleinerziehend oder Patchwork Familie – die SPD hat die Zeichen

1800 der Zeit erkannt und beantwortet nicht die Fragen der Vergangenheit, sondern gestaltet Zukunft. Für uns ist Familie der Ort, an dem Menschen füreinander eintreten. Der Ort, an dem man füreinander sorgt, unabhängig von sexueller Orientierung, Staatsangehörigkeit und anderen persönlichen Eigenschaften.

1805 Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen ihren individuellen Familienwunsch leben können.

1810 Viele Frauen und Männer wollen oder müssen gleichermaßen neben der Erfüllung des Kinderwunsches arbeiten und ihre Existenz gemeinsam sichern. Gerade junge Familien wollen sich sowohl die täglichen Aufgaben, als auch die schönen Momente partnerschaftlich teilen. Für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Widerspruch. Im Gegenteil: Wir gestalten politisch die Voraussetzungen dafür, Arbeit, Familie und Freizeit in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Damit Väter mehr Zeit für ihre Kinder haben, Frauen ihre Qualifikationen in die Arbeitswelt einbringen können und besser vor Altersarmut geschützt sind, die Kinder Vater und Mutter gleichermaßen erleben können und die Unternehmen im Land zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen.

1815

1820

1825

1830 **Verlässliche Ganztagsangebote für alle Kinder**

1835 Kind und Karriere dürfen sich nicht ausschließen. Noch immer liegt die Verantwortung für die Kindererziehung in unserer Gesellschaft vor allem bei den Frauen und noch immer ist es nach einer Familienphase schwierig, zurück in den Beruf zu finden. Dabei gab es noch nie so viele hervorragend qualifizierte Frauen in unserem Land. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, haben wir die Kinderbetreuung und die Ganztagschulen in Baden-Württemberg massiv ausgebaut. Mit dem Pakt für Familien haben wir die Mittel für die Kleinkinderbetreuung mehr als versiebenfacht. Damit unterstützen wir die Städte und Gemeinden bei der Schaffung qualitativ hochwertiger Betreuungsplätze. Sowohl mit Blick auf die Zahl der Betreuungsplätze als auch hinsichtlich der

1840

1845

1850

Qualität belegt Baden-Württemberg mittlerweile im Bundesvergleich einen Spitzenplatz. Von der besseren Kinderbetreuung profitieren Frauen im Besonderen. Vor allem für alleinerziehende Mütter, die am Arbeitsmarkt oft benachteiligt sind, senkt eine gute Kinderbetreuung das Armutsrisiko nachweislich. Damit Ausbildung und Familie besser miteinander in Einklang gebracht werden können, haben wir zudem die Teilzeitausbildung ausgebaut und verbessern damit die Berufschancen Alleinerziehender.

1855

1860

1865 Für die kommende Legislaturperiode geben wir den Eltern in Baden-Württemberg eine Garantie: Wir schaffen verlässliche Ganztagsangebote für alle Kinder und führen die Ganztagsgarantie ein, vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag. Dafür werden wir die Kitas ausbauen, deren Qualität weiter verbessern und die Öffnungszeiten bedarfsorientiert verlängern. Für Schulkinder werden wir den Ausbau der Ganztagschulen konsequent fortsetzen, sodass bis 2023 70 Prozent der Grundschulen im Land Ganztagsunterricht anbieten. Darüber hinaus werden wir mit unseren Partnern in den Kommunen die Angebote der Ferienbetreuung in erreichbarer Nähe verbessern, denn Kinder haben nicht ohne Grund mehr Freizeit als arbeitende Erwachsene. Damit schließen wir eine wichtige Lücke im Betreuungssystem für unsere Kinder.

1870

1875

1880

1885

Familien finanziell unterstützen: Kita- und Kindergartengebühren abschaffen

1890 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung von Familien ein. Denn finanzielle Sicherheit ist eine wichtige Grundlage der Entscheidung für Kinder. Um Familien weiter spürbar zu entlasten, werden wir in der kommenden Legislaturperiode schrittweise die Beitragsfreiheit für die Kindergärten und Kindertagesstätten im Land einführen. Darüber hinaus werden wir uns im Bund für eine finanzielle Besserstellung von Alleinerziehenden einsetzen. Denn diese haben es meist besonders schwer, Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen. Wir wollen den steuerlichen Entlastungsbetrag für

1895

1900

1905 Alleinerziehende durch einen Zuschlag zum Kindergeld ersetzen. Dieser soll 100 Euro im Monat für das erste Kind und 20 Euro für alle weiteren Kinder betragen.

1910 **Eltern unterstützen – Zeit für Familie schaffen**

1915 Kinder machen Freude. Aber sie machen auch viel Arbeit, vor allem im Haushalt. Wir wollen, dass Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können und weniger Zeit für Haushaltstätigkeiten aufwenden müssen. Deshalb werden wir über eine gezielte staatliche Förderung mehr bezahlbare und legale Angebote im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen unterstützen. Damit werden wir die Familien entlasten, den Schwarzmarkt bekämpfen und im Sinne guter Arbeit mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen.

1930 Eine Familie zu gründen, ist für viele Paare ein großer Schritt. Wir werden Familienlotsen etablieren und damit die Beratungsinfrastruktur für Familien ausbauen. Gemeinsam mit den Kommunen sollen diese beratend tätig sein und unnötige Behördengänge oder Recherchen nach Unterstützungsangeboten ersparen. Das Beratungsangebot soll sich von familienpolitischen Angeboten vor Ort über Fragen zu Kinder- und Elterngeld, Ärzten und Familienbildung bis hin zu Elternberatung oder Familienhilfen erstrecken.

1940 **Familie geht uns alle an**

1945 Unser Ziel bleibt es die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbs- und Familienleben für Frauen und Männer weiter zu verbessern. Wir wollen die Menschen im Land dabei unterstützen, Anspruch und Wirklichkeit besser miteinander in Einklang zu bringen und Familien-, Haushalts- und Erwerbsarbeit fairer aufzuteilen. Als Land werden wir mit gutem Beispiel vorangehen und Väter aktiv ermutigen, Elternzeit auch über die bisher üblichen zwei Monate hinaus zu nehmen. Wir sind davon überzeugt, dass diese „Vätermonate“ auch eine Bereicherung für Arbeitgeber sind, da die Mitarbeiter mit

~~Arbeitgeber~~ die Unternehmen

1960 neuen, wertvollen Erfahrungen an den Arbeitsplatz zurückkommen. Mit einer Änderung des Beamtenrechts werden wir auch Führungskräften flexible Arbeitsmodelle wie Teilzeit oder Homeoffice ermöglichen.

Ehe für alle

1965 Wir orientieren unsere Familienpolitik an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir wollen den Menschen kein Lebensmodell vorschreiben. Deshalb haben wir dafür
1970 gesorgt, dass gleichgeschlechtliche Paare auch in Baden-Württemberg endlich in einem würdigen Rahmen – also auf dem Standesamt – ihre Lebenspartnerschaft schließen können. Auch im öffentlichen Recht wurden
1975 homosexuelle Lebenspartnerschaften gleichgestellt: Verpartnerte Beamtinnen und Beamten werden im Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsbereich nun gleich behandelt wie ihre verheirateten Kolleginnen und
1980 Kollegen. Wir werden die Gleichstellung im Land auch zukünftig weiter vorantreiben. Auf Bundesebene werden wir uns für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einsetzen.

Gesund und lange leben in Baden-Württemberg

1990 Unser Ziel ist eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige gesundheitliche und medizinische Versorgung in Baden-Württemberg. Wir sichern die ärztliche Versorgung und schaffen die Rahmenbedingungen für leistungsfähige
1995 Krankenhäuser. Durch neue und ambulante Ansätze fördern wir die Pflege im Land und sorgen dafür, dass ältere und auf Unterstützung angewiesene Menschen
2000 möglichst lange im heimischen Umfeld versorgt werden können.

2005 Bei all unseren gesundheitspolitischen Überlegungen steht der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb stärken wir die Bürger- und Patientenorientierung im Gesundheitswesen. In Gesundheitsdialogen haben wir zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie relevanten Akteuren des

2010 Gesundheitswesens einen „Zukunftsplan
Gesundheit“ entwickelt. Für die Umsetzung
dieses Gesundheitsleitbildes haben wir eine
Landesgesundheitskonferenz eingerichtet,
2015 die das Dach der gesundheitspolitischen
Gremien im Land bildet. Hinzu kommen die
kommunalen Gesundheitskonferenzen, die in
den Land- und Stadtkreisen eingerichtet
wurden und den Diskussionsprozessen über
kommunale Gesundheitsziele
2020 sektorenübergreifend Raum geben.

Den Weg des Dialoges werden wir fortsetzen.
Wir werden Bürgerdialoge auf örtlicher,
regionaler und Landesebene führen, damit die
2025 Menschen im Land ihre Interessen auch
weiterhin in unser Gesundheitswesen
einbringen können. Die Kommunen werden
wir dabei unterstützen, die Angebote
Prävention und Gesundheitsförderung unter
2030 dem Dach des öffentlichen
Gesundheitswesens auszubauen. Um
Patientinnen und Patienten, Pflegenden und
ihren Angehörigen einen Sprecher für ihre
Interessen und Belange zu geben, werden wir
2035 das Amt eines Landespatienten- und
Pflegebeauftragten einrichten.

Medizinische Versorgung sicherstellen

2040 Die ärztliche Versorgung in Baden-
Württemberg durch Haus- und Fachärzte ist
umfassend und gut. Allerdings gehen in den
nächsten Jahren viele Ärztinnen und Ärzte in
den Ruhestand. In manchen Gegenden,
2045 insbesondere im ländlichen Raum, ist es vor
allem im hausärztlichen Bereich schwierig,
eine Praxisnachfolge zu finden. Um dem
entgegenzuwirken haben wir das
„Förderprogramm Landärzte“ wesentlich
2050 ausgebaut. Damit unterstützen wir gezielt die
Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten in
unterversorgten Gebieten und tragen so zu
einer Verbesserung der ambulanten
hausärztlichen Versorgung im Land bei.
2055 Darüber hinaus wollen wir mehr jungen
Menschen mit einer Leidenschaft für den
Arztberuf den Zugang zum Medizinstudium
ermöglichen, um den Ärztemangel
insbesondere im ländlichen Raum zu
2060 beheben. Deshalb wollen wir der Abiturnote

Deshalb wollen wir *die Anzahl der
Studienplätze erhöhen und der Abiturnote ...*

als Zulassungskriterium künftig weniger Gewicht beimessen.

2065

Die Hebammen im Land leisten einen wertvollen Beitrag für die Gesundheit der Jüngsten und deren Mütter. Die Begleitung vor, während und nach der Geburt ist

2070

unverzichtbar für einen guten und gesunden Start ins Leben. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die freiberuflich tätigen Hebammen diese wichtige Arbeit auch zukünftig leisten können. Im Bund werden

2075

wir darauf hinwirken, Lösungswege zu erarbeiten, die zukünftig die flächendeckende Versorgung durch Hebammen sicherzustellen.

...Lösungswege für das Problem der hohen Haftpflichtversicherungsprämien zu erarbeiten ...

2080

Gute Krankenhäuser

Zu einem guten Gesundheitswesen gehört vor allem eine gute Krankenhausversorgung. Wir haben den von den Vorgängerregierungen

2085

über viele Jahre hinweg aufgebauten Antragsstau abgebaut und die Mittel für den Krankenhausbau um mehr als 35 Prozent aufgestockt. Ergebnis unserer Politik ist eine

2090

leistungsfähige und wirtschaftliche Krankenhausversorgung, die deutschlandweit Maßstäbe setzt: Kein Bundesland hat eine geringere Zahl an Krankenhausfällen und niedrigere Krankenhausbehandlungskosten pro Kopf. Auch den Etat für die Zentren für

~~und wirtschaftliche~~

2095

Psychiatrie haben wir deutlich erhöht.

Wir werden die Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg auch in Zukunft weiterentwickeln. Unser Ziel ist eine regional abgestimmte sektorenübergreifende Planung, die sich am Versorgungsbedarf ausrichtet und dabei ambulante und stationäre Angebote stärker verzahnt. Die

2100

Krankenhausfinanzierung werden wir weiter stärken und die Mittel für den Krankenhausbau weiter bedarfsgerecht aufstocken.

2105

Gute Pflege

2110

Ältere Menschen sollen ihr Lebensumfeld selbstbestimmt und in Würde gestalten können, selbstverständlich auch dann, wenn sie auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind. Deshalb schaffen wir Pflege- und

2115

Unterstützungsangebote, die sich in das vertraute Lebensumfeld einfügen und ein Höchstmaß an Häuslichkeit, Normalität und Privatheit bieten. Wir unterstützen die Menschen dabei, auch im Alter oder bei Behinderungen mitten im Leben zu bleiben.

Mit dem neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz ist Baden-Württemberg Vorreiter: Unsere neue Regelung fördert eine nie dagewesene Vielfalt von Wohn- und Versorgungsformen, vor allem unterschiedliche Formen ambulant betreuter Wohngemeinschaften. Eine neue landesweite Beratungsstelle unterstützt die Kommunen und Kreise vor Ort beim Auf- und Ausbau ambulant betreuter Wohngemeinschaften. Mit einer Neufassung der Landesbauordnung schaffen wir mehr Barrierefreiheit und legen fest, dass bei Neubauvorhaben für Wohngebäude mit mehr als zwei Wohnungen alle Wohnungen einer Etage barrierefrei erreichbar sein müssen.

Der Bedarf an wohnortnaher Beratung zu Fragen der Pflege ist groß. Deshalb haben wir uns für die Einrichtung von Pflegestützpunkten eingesetzt. Als zentrale Anlaufstellen beraten diese Pflegebedürftige und Angehörige Pflegebedürftiger kostenlos rund um das Thema Pflege und koordinieren Hilfs- und Unterstützungsangebote bei der wohnortnahen Betreuung und Versorgung. Darüber hinaus haben wir das Modellprojekt „Präventive Hausbesuche“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Initiative suchen eigens geschulte Beraterinnen und Berater ältere Menschen zuhause auf, um bereits zu einem möglichst frühen Zeitpunkt über konkrete Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren.

Unser Ziel ist es, alten Menschen ein langes und möglichst selbstständiges Leben zu ermöglichen. Deswegen haben wir das Landes-Geriatriekonzept grundlegend überarbeitet und legen den Schwerpunkt auf den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“. Daneben setzen wir auf eine Stärkung der ambulanten Strukturen vor Ort.

Auch in Zukunft werden wir es älteren und auf Hilfe angewiesenen Menschen

ermöglichen, im vertrauten Umfeld zu
2170 bleiben, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind.
Nach dem Grundsatz: „So viel
Selbstständigkeit wie möglich, soviel Hilfe
wie nötig“, werden wir die beratenden Hilfen
2175 bei der Wohnungsanpassung ausbauen und
mehr individuell gestaltbare Wohnformen für
ältere Menschen als Alternative zum Alten-
oder Pflegeheim schaffen. Wir werden mehr
wohnnah ^{gemeinschaftliche}
Wohnformen mit ^{ambulanten}
2180 Versorgungsstrukturen etablieren und uns
zudem für einen weiteren Ausbau der
Pflegestützpunkte einsetzen.

2185 **Gut und gemeinsam leben in Baden-Württemberg**

Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig,
offen und sozial. Sie ist geprägt von
2190 beispiellosem bürgerschaftlichen
Engagement – fast jeder Zweite im Land
engagiert sich in seiner Freizeit ehrenamtlich
für andere. Diesen Zusammenhalt wollen wir
erhalten und stärken. Wir schaffen mehr
2195 bezahlbaren Wohnraum für alle, damit auch
junge Familien und Menschen mit kleinem
Geldbeutel ein Zuhause in unseren Städten
finden, das sie sich leisten können. Wir
stärken den ländlichen Raum und sorgen für
2200 gleichwertige Lebensverhältnisse in der
Fläche. Wir bekämpfen Diskriminierung und
verwirklichen Inklusion, um kein Potential
unserer Gesellschaft ungenutzt zu lassen. Wir
stärken den Sport als wichtige Brücke
2205 zwischen Menschen unterschiedlicher
Generation und Herkunft. Wir sorgen dafür,
dass der Zugang zu Kunst und Kultur allen
Menschen im Land offen steht.

*...Inklusion, um Teilhabe für alle zu
ermöglichen und kein*

2210 **Bezahlbares Wohnen**

Baden-Württembergs Städte und Gemeinden
sind bunt und dynamisch. Sie geben
Millionen Menschen Raum zu leben, zu
2215 arbeiten und sich zu entfalten. Diese Vielfalt
setzt verfügbaren Wohnraum und bezahlbare
Mieten voraus. In vielen Groß- und
Universitätsstädten ist die Lage am
Wohnungsmarkt jedoch angespannt.
2220 Dramatische Mieterhöhungen sind keine
Seltenheit. Die SPD ist die Partei für

2225 bezahlbaren Wohnraum! Alle Menschen im Land – jüngere wie ältere, mit kleinem oder größerem Geldbeutel, Familien mit Kindern oder Alleinstehende, Studierende und Auszubildende, Flüchtlinge und Zuwanderer – sollen in Baden-Württemberg in allen Teilen unserer Städte und Gemeinden ein Zuhause finden, das sie sich leisten können.

~~Zuwanderer~~ *Einwanderinnen und Einwanderer*

2230 Wir setzen uns dafür ein, bestehenden Wohnraum zu erhalten und neuen Wohnraum zu schaffen.

2235 ...schaffen. *Die bewährten Instrumente der Städtebaulichen Erneuerung tragen bereits bisher in erheblichem Umfang zur Verbesserung und der bedarfsgerechten Anpassung des Wohnungsbestandes bei. Sie ermöglichen den Kommunen in Sanierungsgebieten sehr zeitnah die Schaffung von Wohnraum insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch Umnutzung, Modernisierung, Flächenaktivierung (z.B. auf Gewerbebrachen oder militärischen Konversionsflächen) und die Aktivierung von Leerstandsimmobilien. Wir sehen die Erhaltung und Aufwertung des Wohnungsbestandes als wichtigen Schwerpunkt der Städtebauförderung.*

2245

2250 Deshalb haben wir die Landeswohnraumförderung verstärkt auf soziale Aspekte ausgerichtet und deutlich aufgestockt. 2015 lag das Fördervolumen über 60 Prozent höher als noch im Jahr 2010. Dabei haben wir die Förderung preisgünstiger Mietwohnungen in den Mittelpunkt gestellt und die hierfür zur Verfügung stehenden Finanzmittel fast verdreifacht. So entstehen gerade in Ballungszentren, in denen preiswerter Wohnraum besonders knapp ist, neue Mietwohnungen. Diese Offensive für bezahlbaren Wohnraum haben wir nochmals erweitert. Das heißt, dass wir neben einer zusätzlichen Erhöhung der Landeswohnraumförderung auch Lockerungen im Baurecht und bei der Raumplanung ermöglichen wollen. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von sozial gebundenem Wohnungsbau wieder einzuführen, um mehr privates Kapital für

~~Deshalb haben wir~~ *Wir haben die ...*

2255

2260

2265

2270

2275 den Wohnungsbau zu mobilisieren. Damit
Vermieterinnen und Vermieter die
Maklerprovision nicht mehr wie bisher
einfach auf Mieterinnen und Mieter
umwälzen können, haben wir uns im Bund für ... , haben wir ~~uns~~ im Bund ~~für~~ die
2280 die Einführung des „Bestellerprinzips“ Einführung des „Bestellerprinzips“
eingesetzt. eingesetzt durchgesetzt.

In der kommenden Legislaturperiode wollen
wir den von uns initiierten
2285 Wohnungsbaugipfel zu einem landesweiten
„Pakt für bezahlbares Wohnen“
weiterentwickeln. In diesem Pakt wollen wir
gemeinsam mit allen Beteiligten
2290 Vereinbarungen zur Landesförderung von
preiswerten Mietwohnungen und zu
ehrgeizigen Neubauzielen erreichen.

Bei der Weiterentwicklung der
Landesförderung werden wir den Fokus auf
2295 eine effektivere Förderung preiswerter
Mietwohnungen legen. Dazu werden wir
unter anderem den Vorschlag prüfen, den
Wohnungsneubau mit direkten Zuschüssen
zu fördern, um das bestehende
2300 Förderinstrument des zinslosen Darlehens zu
ergänzen. Bei der Weiterentwicklung der
Landeswohnraumförderung wollen wir
zudem die Förderbedingungen für Klein- und
Kleinstwohnungen verbessern und die
2305 Umsetzung von Mehrgenerationenkonzepten
unterstützen. Auch das Instrument des
Erwerbs von Miet- und Belegungsrechten im
Bestand wollen wir weiterentwickeln. Dabei
haben wir besonders die zahlreichen in den
2310 letzten Jahren ausgelaufenen
Sozialbindungen im Blick, von denen sich
viele auf diesem Weg wieder aufleben lassen.

Dort, wo Wohnungen besonders knapp sind,
2315 haben wir gehandelt und die Instrumente, die
uns der Bund an die Hand gegeben hat,
konsequent umgesetzt. Dies gilt sowohl für
die reduzierte Kappungsgrenze bei
bestehenden Mietverhältnissen, mit der
2320 Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren
auf maximal 15 Prozent begrenzt werden, wie
auch für die Mietpreisbremse bei
Wiedervermietungen, mit der die Miete für
neue Mieterinnen und Mieter auf maximal 10
2325 Prozent über der ortsüblichen
Vergleichsmiete begrenzt wird. Die

Gebietskulissen dafür werden wir bei Bedarf neu justieren.

2330

Lebensräume gestalten – Quartiere aufwerten

2335 Wir haben die Städtebauförderung des Landes deutlich erhöht. Insgesamt werden 2011-2016 über eine Milliarde Euro den Städten und Gemeinden im Land für deren zukunftsorientierte Entwicklung zur Verfügung stehen. Für die Umnutzung militärischer Konversionsflächen wurden 2340 2014 und 2015 insgesamt fast 20 Mio. Euro Städtebauförderungsmittel an Kommunen bewilligt.

2345

2350

2355

2360

2365

2370

2375

2380

Quartiere und Ortskerne leben von den Ideen und Initiativen der dort ansässigen Menschen, Läden, Vereine und Verbände. Sie sind Knotenpunkte für Gewerbetreibende und können ein fruchtbarer Boden für Kreative, Gründerinnen und Gründer sowie Tüftlerinnen und Tüftler sein. Unsere Stadt- und Quartiersentwicklung hat zum Ziel, die

Wir haben die *hohe* Städtebauförderung des Landes *verstetigt und erreicht, dass die Bundesfinanzhilfen, insbesondere für das Bund-Länder-Förderprogramm "Soziale Stadt"* deutlich erhöht wurden. Insgesamt wurden 2011 ~~1164~~ - 2016 ~~über eine~~ rd. 750 Mio. Euro Landesmittel und 330 Mio. ~~Milliarde~~ Euro Bundesmittel den Städten und Gemeinden im Land für deren zukunftsorientierte Entwicklung zur Verfügung stehen. Für die Umnutzung militärischer Konversionsflächen wurden 2014 und 2015 *davon* insgesamt ~~fast 20~~ rd. 19 Mio. Euro Städtebauförderungsmittel an Kommunen bewilligt. *Ein erheblicher Teil dieser Mittel fließt in die Sicherung und Aufwertung des Wohnungsbestandes sowie des Wohnumfeldes. Dabei kommen immer stärker benachteiligte Ortsteile in den Blickpunkt, in denen sich hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Bildungsniveau mit städtebaulichen Defiziten überlagern. Das Land stellt seit 2015 jährlich 1 Mio. Euro freie Finanzhilfen ein, mit denen auch nichtinvestive Städtebauförderung betrieben wird. Damit wird dem Wunsch vieler Städte und Gemeinden Rechnung getragen, auch die Einrichtung von Verfügungsfonds und den Einsatz von Quartiersmanagerinnen und -managern zu unterstützen. Die bewährten Förderschwerpunkte der Stadterneuerung zur Stärkung bestehender Zentren, der Sicherung und Erhalt denkmalpflegerischer Bausubstanz, die Anpassung vorhandener Strukturen an den demographischen Wandel und die Unterstützung des Klimawandels helfen unseren Kommunen jeden Tag aufs Neue.*

Verwirklichung dieser Ideen und Initiativen zu ermöglichen. Deshalb haben wir ein Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiativen auf den Weg gebracht. Damit schaffen wir zum ersten Mal in Baden-Württemberg die Voraussetzungen für sogenannte „Business Improvement Districts“ bzw. „Urban Improvement Districts“. So können Grundstückseigentümer in privater Verantwortung zur Steigerung der Attraktivität eines Quartiers beitragen. Mit unserem Landesprogramm „Gemeinsam sind wir bunt“ fördern wir Modellprojekte in Städten und Gemeinden, die erproben, wie ein solidarisches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft verbessert werden kann. Diesen erfolgreichen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen und dabei insbesondere Leuchtturmprojekte in der Quartiers- und Stadtentwicklung verstärkt fördern.

2405 Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum

Der ländliche Raum in Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine starke mittelständische Wirtschaft und die Vielfalt einzigartiger Landschaften aus. Gleichzeitig stehen wir – durch Globalisierung, demografischen Wandel, wirtschaftliche Konzentrationsprozesse oder den Klimawandel – vor besonderen Herausforderungen in der Fläche. Ziel unserer Politik ist es, den ländlichen Raum weiter zu stärken und für Familien und Wirtschaft attraktiv zu halten. Dafür braucht es die Unterstützung des Landes in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir begreifen den Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse als Aufgabe für die gesamte Landespolitik. Wir haben die Mittel für den Breitbandausbau im Vergleich zur Schwarz-Gelben Vorgängerregierung verdreifacht. Damit haben wir „weiße Flecken“ der Breitbandversorgung in Stadt und Land beseitigt und eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum geschaffen. Darüber hinaus unterstützen wir Gemeinden

2435 und interkommunale Projekte mit dem
Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum
(ELR) bei der Strukturentwicklung. Hier
haben wir neue Schwerpunkte gesetzt und
fördern verstärkt den Erhalt der Ortskerne,
2440 wohnortnaher Grundversorgung und die
Sicherung von Arbeitsplätzen in kleinen und
mittleren Unternehmen. Zudem macht unsere
Schulpolitik nicht nur unser Bildungssystem
gerechter, sondern ist zugleich
2445 strukturpolitisch sinnvoll: Ein Netz von
Ganztags- und Gemeinschaftsschulen stärkt
die Bildungslandschaft im ländlichen Raum
und sichert den Erhalt weiterführender
Schulen in der Fläche. Die Ausstattung der
2450 Volkshochschulen haben wir verbessert und
die Kinderbetreuung ausgebaut. Unsere
Tourismusförderung sowie unsere
Maßnahmen zum Ausbau des Nahverkehrs
kommen überwiegend dem ländlichen Raum
zugute.

2455 Ob medizinische Versorgung, Verkehrs- und
Kommunikationsnetze oder bei der
Bereitstellung von Gütern des täglichen
Bedarfs – wir werden den ländlichen Raum in
2460 der kommenden Jahren weiter stärken.

Ehrenamt unterstützen

2465 Unsere Gesellschaft ist offen und hilfsbereit.
Das zeigt sich vor allem daran, dass sich 41
Prozent der Bevölkerung freiwillig und
unentgeltlich für andere engagieren. Damit
sind wir Spitze in Deutschland. Die SPD steht
an der Seite der Ehrenamtlichen. Deshalb
2470 haben wir die „Engagementstrategie Baden-
Württemberg“ entwickelt, mit der wir
bürgerschaftliches Engagement stärken und
dem Ehrenamt einen verlässlichen Rahmen
bieten.

2475 Mit dem „Kompass Seniorenpolitik“ haben
wir eine zukunftsweisende Anleitung für die
Nutzung der Potentiale und Fähigkeiten der
älteren Generationen geschaffen. Darüber
2480 hinaus stärken wir das Engagement von
Älteren und Menschen mit
Migrationshintergrund mit der Initiative
„Mittendrin“. Die Mittel für das Freiwillige
Soziale Jahr (FSJ) haben wir erhöht und dafür
2485 gesorgt, dass die Förderung des Ehrenamts als

Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen wurde.

2490 Besonders große Hilfsbereitschaft erleben wir vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation. Deshalb haben wir das Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt“ aufgelegt, mit dem wir jene unterstützen, die sich für die Flüchtlinge im Land engagieren.

2495 Als zentrales Element einer solidarischen Gesellschaft werden wir das ehrenamtliche Engagement auch in Zukunft bestmöglich unterstützen. Dafür werden wir die

2500 entsprechenden Rahmenbedingungen weiter verbessern und unsere bewährten Programme zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements fortführen. Darüber hinaus werden wir weitere Verbesserungen beim

2505 Bildungszeitgesetz prüfen, um den vielen Vereinen und Ehrenamtlichen im Land mehr Qualifizierung und Weiterbildung zu ermöglichen.

2510 **Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt bekämpfen**

Wir wollen nicht hinnehmen, dass Menschen im reichen Baden-Württemberg unter Armut und Ausgrenzung leiden. Deshalb setzen wir den von uns eingeführten Prozess der Armuts- und Reichtumsberichterstattung fort und die im ersten Bericht aufgeführten Maßnahmen weiter um.

2520 Wir stehen für eine Gesellschaft, die jede Form von Benachteiligung oder Diskriminierung bekämpft. Deshalb haben wir ein landesweites Netzwerk für

2525 Antidiskriminierung eingerichtet und fördern die neu geschaffene Vernetzungs- und Anlaufstelle zur Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei der

2530 „Landesgemeinschaft Offene Jugendbildung e.V.“. Mit der Initiative für Akzeptanz und gleiche Rechte haben wir einen landesweiten Aktionsplan entwickelt, um Vorurteile gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgendern, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ) abzubauen. Wir werden auch in Zukunft jede

2535 Form von Diskriminierung bekämpfen. Dafür werden wir unsere gute Zusammenarbeit mit

2540 allen gesellschaftlichen Akteuren fortführen
und eine unabhängige
Antidiskriminierungsstelle des Landes
schaffen.

2545 Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form, sei es ~~Gewalt gegen Frauen~~ in jeglicher Form ...
häusliche Gewalt, Zwangsheirat oder
Zwangsprostitution und Menschenhandel
wollen wir stärker bekämpfen. Die Inhalte des
2550 neuen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen
sind dazu für uns richtungsweisend. Für eine
Fortschreibung des Aktionsplanes werden wir
uns einsetzen.

*Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für
eine einheitliche Finanzierung der Frauen-
und Kinderschutzhäuser ein.*

2555 **Inklusion verwirklichen**

In Baden-Württemberg leben rund 1,5
2560 Millionen Menschen mit Behinderungen,
davon sind fast eine Million Bürgerinnen und
Bürger als schwerbehindert anerkannt. Sie
gehören in die Mitte unserer Gesellschaft und
müssen in allen Lebensbereichen
gleichberechtigt und selbstbestimmt
2565 teilhaben können. Mit dem
Landesbehindertengleichstellungsgesetz
haben wir bundesweit eines der modernsten
Gleichstellungsgesetze geschaffen. Damit
verbessern wir die Barrierefreiheit im Land,
2570 sorgen für eine effektivere Durchsetzung der
Rechte von Menschen mit Behinderungen
und stärken die Vertretung ihrer Interessen.
Wir haben Stadt- und Landkreise verpflichtet,
Behindertenbeauftragte zu bestellen und
2575 geben Familien damit einen verlässlichen
Ansprechpartner vor Ort. Wir beteiligen den
Landesbehindertenbeirat frühzeitig bei allen
Gesetzen und Verordnungen, die die Belange
von Menschen mit Behinderungen
2580 berühren. Auch zukünftig werden wir das
Netz der kommunalen
Behindertenbeauftragten weiter ausbauen.
Wir wollen flächendeckend
Beteiligungsformen von Anfang an bei der
2585 Gewährung von Hilfen etablieren, z.B. in
Hilfeplankonferenzen. Eine unabhängige
Beratung auch von Betroffenen für
Betroffene (Peer-Counseling) ist uns dabei
ein wichtiges Anliegen.

2590 Wir werden die Barrierefreiheit in Baden-
Württemberg weiter verbessern. Dafür

2595 werden wir den barrierefreien Zugang zu
öffentlichen Gebäuden, Straßen und Plätzen,
Nahverkehr, Medien und kulturellem Leben
in einem neuen Infrastrukturprogramm
umsetzen. Ein Landeskompetenzzentrum
Barrierefreiheit unter dem Dach der
2600 Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe soll
dazu beitragen, die fachlichen Aspekte
umfassend abzudecken. Darüber hinaus
werden wir die Schaffung barrierefreien
Wohnraumes beschleunigen und den
barrierefreien Tourismus ausbauen.

2605 Alle Unterstützungsleistungen für Menschen
mit Behinderungen sollen aus einer Hand
kommen. Wir setzen uns dafür ein, dass vor
Ort zusätzliche Mittel zu Verfügung stehen,
um eine moderne und flächendeckende
2610 Unterstützung weiter auszubauen. Das
Bundesteilhabegesetz soll neben dem
vermögens- und einkommensunabhängigen
Bundesteilhabegeld und vielen weiteren
2615 Verbesserungen für Menschen mit
Behinderungen eine solide Grundlage hierfür
schaffen. Wir wollen die ambulanten
Angebote und bedarfsgerechte Hilfen
stärken. Dazu werden wir den Ausbau
2620 dezentraler Angebote vorantreiben. Mit
einem Landesinklusionsgesetz werden wir
verbesserte Rahmenbedingungen für ein
lebensnahes Hilfsnetz schaffen.
2625 Hilfeleistungen sollen unabhängig davon
genutzt werden, ob die Hilfe aufgrund einer
Behinderung, einer Erkrankung oder
Pflegebedürftigkeit notwendig ist.
Maßgebend soll der Bedarf der Menschen
sein und nicht die Orientierung an
2630 Kostenträgern und Kostenstellen. Wir wollen
ein ganzheitliches Unterstützungsnetz für
Alle vor Ort erproben und fördern.

Das Bundesteilhabegesetz soll ~~neben dem
vermögens- und einkommensunabhängigen
Bundesteilhabegeld und vielen weiteren~~
durch zahlreiche Verbesserungen für
Menschen ...

Kinder und Jugendliche stärken

2635 Kinder haben ein Recht auf ein gesundes und
gewaltfreies Aufwachsen. Unser Ziel ist die
Verwirklichung der UN-Konvention über die
Rechte des Kindes in Deutschland ebenso wie
2640 die Verwirklichung der Kinderrechte aus der
UN-Behindertenrechtskonvention. Unser
Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen in
unserem Land die gleichen
Entwicklungschancen zu ermöglichen.
2645 Deshalb unterstützen wir seit mehreren

Jahren unter anderem den Auf- und Ausbau der Frühen Hilfen im Rahmen unseres Kinderschutzkonzepts. Wir werden die bestehenden Programme insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen und der Prävention nach erfolgreicher Evaluation weiterführen und stärken. Dabei prüfen wir, ob erfolgreiche Projekte in dauerhafte Programme überführt werden können.

Um die Kinderrechte zukünftig noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, haben wir Kinder- und Jugendrechte in der Landesverfassung verankert. Um diese Rechte mit Leben zu füllen, werden wir unter anderem niedrighschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen und generelle Schutzkonzepte für Institutionen entwickeln. Unser Ziel ist, dass Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen, die sie mittelbar sowie unmittelbar betreffen, ihrem Alter entsprechend informiert, angehört und mit einbezogen werden, sowohl in ihren Familien als auch in Institutionen, Kommunen und im Land. Auch aus diesem Grund haben wir das Kommunalwahlalter auf 16 Jahre gesenkt und die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen verbindlich in der Gemeindeordnung verankert.

Nach Jahrzehnten des Stillstands haben wir die Jugendförderung deutlich erhöht, die Zahl der Jugendbildungsreferenten fast verdoppelt und durch die Absenkung der Altersgrenzen mehr Kindern- und Jugendlichen die Teilnahme an altersgerechten Seminaren ermöglicht. In einem „Zukunftsplan Jugend“ haben wir gemeinsam mit den Jugendverbänden Weichenstellungen für die Entwicklung der Jugendarbeit vorgenommen und hierfür zusätzliche Gelder bereitgestellt. Für uns hat außerschulische Jugendarbeit einen sehr hohen Wert. Deswegen werden wir den „Zukunftsplan Jugend“ gemeinsam mit den Verbänden fortschreiben, die strukturelle Finanzausstattung der Jugendarbeit weiter ausbauen und für eine Dynamisierung der Förderung der verbandlichen Jugendarbeit sorgen.

2695

Sportland Baden-Württemberg

2700

In Baden-Württemberg sind über 3,7 Millionen Mitglieder in über 11.400 Sportvereinen engagiert. Der Sport leistet einen außerordentlich wichtigen und

2705

vielseitigen Beitrag für die Gesellschaft: Sport integriert, vermittelt Werte wie Toleranz, Fairness und Solidarität, überwindet soziale und kulturelle Barrieren und dient der Gesundheitsvorsorge. Die

2710

Sportorganisationen und ihre Vereine leisten damit einen dauerhaften Beitrag zum Gemeinwohl. Weil wir um die wichtige Bedeutung des Sports wissen, haben wir mit der Fortschreibung des Solidarpakts Sport

2715

dafür gesorgt, dass die Sportorganisationen auch künftig ihre vielfältigen und zunehmenden Aufgaben bewältigen können und das Fördervolumen deutlich aufgestockt. Über die Laufzeit des Solidarpakts Sport III

2720

von 2017 bis 2021 werden dem Sport insgesamt 87,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Wir haben wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht und werden diese fortsetzen.

2725

Wir werden die Kooperationen von Schulen und Sportvereinen weiter stärken und uns dafür einsetzen, dass verlässliche und effiziente Koordinierungsstrukturen

2730

aufgebaut werden. Wir wollen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler darin unterstützen, dass sie ihre Ausbildung und ihren Beruf mit ihrer sportlichen Karriere vereinbaren können und den Ausbau

2735

inklusive und integrativer Sportangebote weiter voranbringen. Darüber hinaus werden wir uns für eine umfassende Aufarbeitung der Dopingvergangenheit in Baden-Württemberg einsetzen. Um Doping wirksam zu

2740

bekämpfen, werden wir die Ausstattung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Freiburg weiter verbessern und die Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und der Nationalen Anti Doping Agentur intensivieren.

2745

Kunst und Kultur für alle

Kunst und Kultur sind Teil unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens. Sie stiften Identität und sind Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Ziel unserer Kulturpolitik ist es,

2750

die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die vielfältige Kunst- und Kulturszene in Baden-Württemberg zu schaffen. Orientiert an unseren vier Leitlinien Subsidiarität, Dezentralität, Pluralität und Liberalität haben wir die Kunstförderung verbessert und die Finanzmittel für den Kunst- und Kulturbereich erhöht. Wir haben die Empfehlungen der Kulturkonzeption „Kultur 2020“ umgesetzt und darüber hinaus einen Innovationsfonds Kunst eingerichtet.

Diese verlässliche Förderung werden wir auch in Zukunft beibehalten. Die interkulturelle Kulturarbeit zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Städten und Kommunen ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Wir werden die Kulturkonzeption „Kultur 2020“ weiter konsequent umsetzen und den Innovationsfonds fortführen. Kulturelle Teilhabe muss allen Menschen in Baden-Württemberg möglich sein, deshalb werden wir Kunst und Kultur für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich halten. Nach dem Grundsatz „Fördern in der Spitze und Breite“ werden wir etablierte Einrichtungen und Leuchtturmprojekte weiterentwickeln, die freie Kulturszene ausbauen, die Kreativwirtschaft stärken und eine feste Kooperation mit den Kultureinrichtungen im Land pflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine dauerhafte Verankerung von Kunst und Kultur im Schulalltag ein.

Ein wichtiger Aspekt ist und bleibt die kulturelle Bildung. Der Ausbau der Schulen zu „echten“ Ganztagschulen ist dabei eine besondere Chance für die kulturelle Bildung, der in diesem Rahmen ein hoher Stellenwert zukommt. Die Möglichkeiten zur Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Einrichtungen werden so in erheblichem Maße erweitert. Aber wir wollen auch im außerschulischen Bereich die kulturelle Bildung weiter fördern, indem Einrichtungen wie Museen und Theater, aber auch Musik- und Kunsthochschulen sowie Bibliotheken ihre bereits vielfältigen Vermittlungsangebote auf alle Lebens- und damit Bildungsphasen erweitern können.

2805 **Exzellente Forschung und Studium**

2810 An den exzellenten und innovativen
Hochschulen im Land lernen Studierende für
die Gegenwart und ihre Zukunft, es wird in
vielfältigen Bereichen mit großem Erfolg
geforscht und Internationalität gelebt. Damit
2815 all dies gelingt, müssen Hochschulen in
Forschung und Lehre Freiräume bieten und
auf eine langfristige finanzielle Sicherheit
bauen können. Wir haben uns erfolgreich
dafür eingesetzt, diese Freiräume für
Hochschulen auszubauen und diese auch zu
schützen. Wir haben eine solide Finanzbasis
2820 geschaffen und dazu einen rechtlichen
Rahmen verankert, der es den Hochschulen
ermöglicht, sich weiterzuentwickeln. Den
Studierenden im Land haben wir durch
demokratisch gewählte Vertretungen wieder
eine starke Stimme gegeben.

2825 **Studieren in Baden-Württemberg**

2830 Die Hochschulen in Baden-Württemberg sind
geprägt durch ihre Vielfältigkeit und ihren
großen Erfolg. Insgesamt neun
Landesuniversitäten, sechs Pädagogische
Hochschulen, über 20 staatliche Hochschulen
für Angewandte Wissenschaften, die
2835 Verwaltungshochschulen, die Duale
Hochschule Baden-Württemberg mit ihrer
Vielzahl an Standorten und die Musik- und
Kunsthochschulen, die kirchlichen
Einrichtungen sowie jene in privater
Trägerschaft bieten ein exzellentes und
2840 breites Angebot an Studiengängen an. Die
Attraktivität unserer Hochschulen zeigt sich
auch darin, dass die Zahl der Studierenden
heute so hoch ist wie nie zuvor.

2845 Wir bekennen uns zu dieser Vielfalt und
werden sie auch zukünftig fördern. Das hohe
Niveau an Studienplätzen werden wir
erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Schon
jetzt haben wir mit dem Programm „Master
2850 2016“ mit der Erweiterung der Master-
Studienplätze begonnen. Wir werden
überprüfen, ob das Angebot an Masterplätzen
auch der Nachfrage entspricht und – wenn
nötig – Verschiebungen und Erhöhungen
2855 vornehmen.

2860 Weiter wollen wir den Aufbau von
Erziehungsbereufen voranbringen. Schon jetzt
konnten wir durch ein Wettbewerbsverfahren
primärqualifizierende Studiengänge der
Pflegewissenschaft, der Physiotherapie und
des Hebammenwesens etablieren. In einer
2865 Akademisierung im Management, in der Aus-
, Fort- und Weiterbildung sowie in den
Pflegewissenschaften sehen wir die Chance,
Abiturientinnen und Abiturienten für die
„Pflege“ zu gewinnen. Mit Blick auf die
2870 direkte Pflege „am Bett“ hingegen besteht nur
ein geringer Akademisierungsbedarf.
Examinierte Pflegefachkräfte leisten schon
heute hervorragende Arbeit und sind aus
unserer Sicht für die Herausforderungen der
2875 Zukunft sehr gut vorbereitet.

An diesem Vorgehen halten wir auch
zukünftig fest und werden eine Ausweitung
auf weitere Berufe anstreben, in denen
2880 ebenfalls Bedarf an akademischen
Fachkräften besteht. Im Sinne der
Transparenz in der Studienorientierung
werden wir darauf achten, dass die Bachelor-
Studiengänge fachlich breit gestaltet sind und
2885 so einen guten Überblick über eine gesamte
Fachrichtung bieten. Eine tiefergehende
Ausdifferenzierung und Spezialisierung der
Studienangebote sollte überwiegend im
Masterbereich erfolgen.

2890 **Gerechter Hochschulzugang – Öffnung
der Hochschulen**

2895 Aufstieg durch Bildung für alle – das ist unser
Versprechen. Deshalb haben wir gleich zu
Beginn unserer Regierungszeit die
Studiengebühren abgeschafft und den
Hochschulen ausreichend finanzielle Mittel
zum Ausgleich bereitgestellt. Wir sorgen
2900 dafür, dass unsere Hochschulen auch
beruflich Qualifizierten offen stehen und
haben deshalb mit der Neufassung des
Landeshochschulgesetzes einen
berufsbegleitenden Weiterbildungsbachelor
2905 und den Zugang für Studieninteressierte mit
Fachhochschulreife oder fachgebundener
Hochschulreife erweitert. Auch
ausländischen Studierenden erleichtern wir
den Zugang, indem wir sachwidrige
2910 Zulassungshürden beseitigt haben und

insbesondere Geduldeten und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein Studium ermöglichen.

- 2915 Wir werden uns auch in Zukunft für mehr Bildungsgerechtigkeit an unseren Hochschulen einsetzen und deren Öffnung vorantreiben. Wir werden flexible Studienwege fördern und dabei spezielle
- 2920 Teilzeitstudienangebote und mehr Möglichkeiten zur individuellen Studiengestaltung und zum E-Learning ermöglichen. Damit werden wir die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und
- 2925 Studium weiter verbessern. Auch den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte werden wir ausbauen.

- 2930 Der zunehmenden Heterogenität der Studierenden werden wir durch einen Ausbau der Unterstützungsangebote vor, während und nach dem Studium gerecht werden. Wir befürworten die Einrichtung von mehr Studienplätzen in der Humanmedizin und die
- 2935 Aufwertung der Allgemeinmedizin durch Einrichtung entsprechender Lehrstühle. Wir unterstützen die notwendige Reform des Hochschulzugangs zum Medizinstudium und sehen hier die Notwendigkeit einer Stärkung
- 2940 des hochschuleigenen Auswahlverfahrens mit größerer Berücksichtigung der erweiterten Auswahlkriterien wie abgeleistete Praktika, soziales Engagement oder eine bereits abgeschlossene
- 2945 Berufsausbildung im Gesundheitswesen. Die Studentenwerke werden wir auch zukünftig bei der Schaffung von Wohnraum unterstützen.

~~Studentenwerke~~ Studierendenwerke

2950 **Gute Arbeit an den Hochschulen**

- Als Landeseinrichtungen müssen auch die Hochschulen als Arbeitgeber Vorbild sein. Deshalb haben wir erstmals auch das Thema
- 2955 gute Arbeit in den Hochschulfinanzierungsvertrag aufgenommen. Unser Ziel ist es, die Anzahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich deutlich zu
- 2960 reduzieren. Um das zu erreichen, haben wir die Grundfinanzierung für die Hochschulen um drei Prozent pro Jahr erhöht und die

2965 Voraussetzungen für mehr Dauerstellen und
Entfristungen bestehender
Arbeitsverhältnisse geschaffen.
Arbeitsverträge mit einer Laufzeit von unter
zwei Jahren dürfen nur noch in begründeten
2970 Ausnahmefällen geschlossen werden. Gute
Arbeit bedeutet auch Chancengleichheit für
Frauen und Männer. Deshalb haben wir das
Amt der Gleichstellungsbeauftragten
finanziell besser ausgestattet und durch ein
2975 Stimmrecht in Berufungs- und
Auswahlkommissionen sowie eine beratende
Mitgliedschaft im Hochschulrat gestärkt.

Wir werden uns auch weiterhin für sichere
2980 Arbeitsplätze und planbare
Berufsperspektiven an unseren Hochschulen
einsetzen. Für uns gilt das Prinzip:
Dauerstellen für Daueraufgaben. Deshalb
werden wir die Entfristung von
2985 Arbeitsverhältnissen vorantreiben, sodass die
Hochschulen bis Ende 2016 die Möglichkeit
wahrnehmen, 3.800 Stellen unbefristet zu
besetzen. Im Sinne der befristet beschäftigten
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir
2990 darauf achten, dass die von den Hochschulen
verabschiedeten Selbstverpflichtungen zur
Entfristung von Arbeitsverträgen im
wissenschaftlichen und nicht-
wissenschaftlichen Bereich auch umgesetzt
2995 werden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich
der Begrenzung von Verträgen mit einer
Laufzeit von unter zwei Jahren und der
Regelung über Befristungen bei
Daueraufgaben im
3000 wissenschaftsunterstützenden Bereich.
Selbstverständlich soll unser Anspruch an
gute Arbeit auch bei studentisch
Beschäftigten Anwendung finden.

3005 Frauen sind in der Wissenschaft
unterrepräsentiert. Im Verlauf einer
wissenschaftlichen Karriere – vom Studium
über die Promotion und Juniorprofessur oder
Habilitation bis zur Professur – nimmt der
Frauenanteil kontinuierlich ab. Im Sinne der
3010 Gleichstellung an Hochschulen und der
Verbesserung der Perspektiven von Frauen in
der baden-württembergischen Wissenschaft
wurde mit der Novellierung des
Landeshochschulgesetzes sowie des
3015 Hochschulfinanzierungsvertrags
„Perspektive 2020“ vieles auf den Weg

3020 gebracht. Wir haben Standards für
professionelle und gendergerechte
Berufungsverfahren eingeführt und den
Gleichstellungsbeauftragten ein Stimmrecht
gegeben. Durch die neuen Tenure Track-
Regelungen schaffen wir Juniorprofessuren
mit verlässlicher Beschäftigungsperspektive.
3025 Wir sichern Qualität durch individuelle
gleichstellungsbezogene Kennzahlen sowie
individuelle Ziel- und Zeitvorgaben für die
Erhöhung des Frauenanteils
(Kaskadenmodell). Auch haben wir die ~~(Kaskadenmodell)~~
finanzielle Grundausrüstung für die
3030 Gleichstellungsbeauftragten an den
Universitäten verbessert.

3035 Unser Ziel ist es, die individuellen
Kennzahlen und Zielvorgaben der
Hochschulen kontinuierlich zu steigern und
auch die Ausstattung an den Hochschulen für
Angewandte Wissenschaften zu verbessern.

3040 **Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs**

Wir sorgen dafür, dass unsere
Hochschullandschaft im Wettbewerb um
vielversprechende junge
3045 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
gegenüber der Wirtschaft und ausländischen
Forschungseinrichtungen konkurrenzfähig
bleibt. Dafür haben wir die Juniorprofessuren
gestärkt und eine frühere Selbstständigkeit in
3050 Forschung und Lehre ermöglicht. Mit einer
verbindlichen Tenure Track-Regelung wird
in einem qualitätsgesicherten Verfahren die
Übernahme auf eine W3-Professur
gewährleistet. Mit der Einführung
3055 verbindlicher Betreuungsvereinbarungen
zwischen den Doktorandinnen und
Doktoranden und ihren betreuenden
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern
sowie der Einführung von Ombudspersonen
3060 für Konfliktfälle und Doktoranden-
Konventen als Beratungsgremium haben wir
die Promotionsverfahren verbessert.

3065 Wir setzen uns auch künftig für gute
Karrierespersionen des wissenschaftlichen
Nachwuchses ein. Dafür werden wir die
Juniorprofessur mit Tenure Track weiter
ausbauen und auf Habilitierte und
Nachwuchsgruppenleiterinnen und -leiter

3070 erweitern. Wir werden den akademischen
Mittelbau stärken und attraktive
Personalkategorien unterhalb der Professur
schaffen. Wir unterstützen die weitere
3075 in Kooperation mit den Hochschulen für
Angewandte Wissenschaften. Wir werden
aber auch in Zukunft weiter das Ziel
verfolgen, mit der so genannten
Experimentierklausel im
3080 Landeshochschulgesetz das befristete
Promotionsrecht für Hochschulverbände der
Hochschulen für Angewandte
Wissenschaften Realität werden zu lassen.

3085 **Verlässliche Finanzierung**

Wir schaffen Verlässlichkeit und Planbarkeit
für die Hochschulen im Land. Die
Hochschulen in Baden-Württemberg erhalten
3090 deshalb in den Jahren 2015 bis 2020 rund 1,7
Milliarden Euro zusätzlich. Mit dem
Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive
2020“ haben wir erreicht, dass die
Grundfinanzierung der Hochschulen jährlich
3095 um mindestens drei Prozent steigt. Und wir
haben die Mittel für den Hochschulbau
deutlich erhöht. Wir haben dafür gesorgt, dass
die Hochschulen im Land nicht mehr
aufgrund einer veralteten Kostenpauschale
3100 auf ihren Energiekosten sitzen bleiben und
wichtige Mittel für die Lehre „verheizt“
werden müssen. Wir haben durchgesetzt, dass
baureife Projekte derzeit und in Zukunft
gebaut werden. Die besondere Kostenstruktur
3105 bei der Universitätsmedizin wird durch eine
zusätzliche Förderlinie finanziert.

Spitze in der Forschung – anwendungs- und innovationsorientiert

3110 In Baden-Württemberg trifft eine
forschungsstarke Industrie auf eine vielfältige
Hochschul- und Forschungslandschaft. Auch
deshalb nehmen wir eine Spitzenposition
3115 innerhalb der Forschungslandschaft ein.
Damit dies so bleibt, brauchen unsere
Forscherinnen und Forscher finanzielle
Planungssicherheit, die Bereitstellung
moderner Infrastrukturen und ein forschungs-
3120 und innovationsfreundliches Klima. Wir
setzen deshalb auf eine umfangreiche Cluster-
und Netzwerkstrategie zur Vernetzung von

3125 Wissenschaft, Wirtschaft und weiteren
Akteuren, beispielsweise den
Landesagenturen und den Berufs- und
Industrieverbänden. Durch die Erhöhung der
Grundfinanzierung haben wir eine
verlässliche finanzielle Basis geschaffen –
3130 ebenso durch die vielfältigen
Förderprogramme zur weiteren
Qualifizierung des wissenschaftlichen
Nachwuchses, die das Fundament und die
Zukunft unserer leistungsstarken Forschung
sind.

3135 Unser Ziel ist der weitere Ausbau des
Wissens- und Technologietransfers zwischen
den Hochschulen und den außeruniversitären
Forschungseinrichtungen sowie der
3140 Wirtschaft und Gesellschaft. Wir werden die
angewandte Forschung gezielt fördern und
stärken. Dabei liegt unser Augenmerk vor
allem auf der Unterstützung des Ausbaus der
Kooperation von Hochschulen und kleineren
3145 und mittleren Unternehmen, um wichtige
Innovationen in den einzelnen Regionen
voranzubringen.

3150 Baden-Württemberg ist das erfolgreichste
Land in der Exzellenzinitiative von Bund und
Ländern. Mit den Universitäten Heidelberg,
Konstanz und Tübingen befinden sich drei
der bundesweit insgesamt elf
3155 Exzellenzuniversitäten in Baden-
Württemberg. Fest steht, die
Exzellenzinitiative geht auch 2017 weiter.
Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die
exzellenten Universitätsstandorte im Land
auch in der nächsten Runde wieder ihre
3160 Chance bekommen. Allerdings wollen wir
keine Konzentration auf nur drei bundesweite
Spitzenforschungsstandorte: Die Gefahr ist
groß, dass aus politischen Gründen die
Exzellenz in Baden-Württemberg bei der
3165 nächsten Vergaberunde nicht die Beachtung
und Förderung findet, die ihr aufgrund ihrer
Leistungs- und Innovationsfähigkeit zusteht.
Auch den Ansatz einer weiteren Exzellenz-
Förderlinie „Exzellente Hochschulnetzwerke
3170 für Innovation“ für regionale
Zusammenschlüsse von Universitäten,
Hochschulen für Angewandte
Wissenschaften, außeruniversitären Instituten

3175

und Unternehmen werden wir im Bund unterstützen.

Hochschule 4.0 – Digitalisierung der Lehre

3180

Der digitale Wandel stellt auch den Bereich der Bildung und Wissenschaft vor neue An- und Herausforderungen. Digitale Medien und Bildungsangebote bieten neue

3185

Möglichkeiten, das Lernen zu unterstützen und den Zugang zur Bildung zu erweitern.

Die Hochschulen sollen hier eine Schlüsselrolle einnehmen und die digitalen Technologien als Mittel zur Optimierung in diversen Leistungsbereichen, insbesondere zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Lehre nutzen – als verstärkte Ergänzung und Erweiterung der klassischen Präsenzlehre.

3190

Die Bedeutung digitaler Angebote für Hochschulen wächst auch mit der zunehmenden Heterogenität von Studieninteressierten und Studierenden, ermöglicht leichtere Bildungsübergänge und bietet die Möglichkeit einer breiten Öffnung

3195

und Durchlässigkeit von Bildung in der Gesellschaft. Damit eröffnen sich neue Möglichkeiten für individuelle Bildungschancen und –karrieren und es erschließen sich neue Zielgruppen im Bereich

3200

der beruflichen Weiterbildung. Wir werden in den nächsten Jahren den Ausbau der lernendenzentrierten eLearning-Ansätze und die Entwicklung der Open Educational Resources (OER) in Baden-Württemberg

3205

vorantreiben und die entsprechende Etablierung der notwendigen Strukturen fokussieren. Auf diesem Weg ermöglichen wir den Studierenden ein selbstbestimmteres Studium, welches Freiräume für eine

3210

individuelle Studiengestaltung schafft.

3215

Solide Finanzen

Die Menschen im Land erwarten von uns eine solide Haushaltspolitik. Nils Schmid ist der erfolgreichste Finanzminister in der Geschichte unseres Landes. Viermal innerhalb einer Legislaturperiode hat er einen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt – und das obwohl die Vorgängerregierung ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden Euro hinterlassen hatte. Der Erfolg unserer nachhaltigen Konsolidierungspolitik zeigt

3220

3225

Solide Finanzen

~~Die Menschen im Land erwarten von uns eine solide Haushaltspolitik. Nils Schmid ist der erfolgreichste Finanzminister in der Geschichte unseres Landes. Viermal innerhalb einer Legislaturperiode hat er einen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt – und das obwohl die Vorgängerregierung ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden Euro hinterlassen hatte. Der Erfolg unserer nachhaltigen Konsolidierungspolitik zeigt~~

3230 sich auch darin, dass das Land 2015 für seine Kreditwürdigkeit erneut die Bestnote „AAA“ erhalten hat. Wir haben gezeigt: Es sind die Roten, die für schwarze Zahlen stehen.

Solide Haushaltspolitik fortsetzen

3235 Wir gestalten die soziale und wirtschaftliche Modernisierung des Landes mit einer soliden Finanzpolitik ohne Neuverschuldung. Mit

3240 uns werden die Rechnungen von heute nicht zulasten zukünftiger Generationen auf morgen verschoben, denn hohe Schulden und Zinszahlungen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Gleichzeitig steht unser Weg der

3245 Konsolidierung nicht im Widerspruch zu zentralen Zukunftsinvestitionen: Wir investieren massiv in Bildung und bauen den Sanierungs- und Investitionsstau bei Landesstraßen, Hochschulbauten und

3250 Kliniken Schritt für Schritt ab. Damit mehr Geld in unserem starken Land bleibt, haben wir uns für eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingesetzt und eine Einigung erzielt, mit der Baden-Württemberg

3255 künftig um fast eine Milliarde Euro deutlich entlastet wird.

3260 Wir werden unsere solide Finanzpolitik fortsetzen und die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben. Im Jahr 2019 werden wir beginnen Schulden abzubauen. Dafür müssen wir auch weiterhin alle Bereiche des Landeshaushaltes kritisch überprüfen und neue Maßnahmen auf ihre Finanzierbarkeit

3265 hin prüfen. Klar ist aber auch: Ein ausgeglichener Haushalt ist nicht nur über Einsparungen zu erreichen. Deswegen werden wir uns für stärkere Möglichkeiten der Steuerfestlegung und -erhebung auf

3270 Landesebene einsetzen.

Steuergerechtigkeit verwirklichen

3275 Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Effekte der kalten Progression zu kompensieren. Wir sind davon überzeugt, dass der ursprünglich richtige Ansatz der niedrigen

3280 Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte durch den internationalen Datentausch und die

~~sich auch darin, dass das Land 2015 für seine Kreditwürdigkeit erneut die Bestnote „AAA“ erhalten hat. Wir haben gezeigt: Es sind die Roten, die für schwarze Zahlen stehen.~~

~~**Solide Haushaltspolitik fortsetzen**~~

~~Wir gestalten die soziale und wirtschaftliche Modernisierung des Landes mit einer soliden Finanzpolitik ohne Neuverschuldung. Mit uns werden die Rechnungen von heute nicht zulasten zukünftiger Generationen auf morgen verschoben, denn hohe Schulden und Zinszahlungen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Gleichzeitig steht unser Weg der~~

~~Konsolidierung nicht im Widerspruch zu zentralen Zukunftsinvestitionen: Wir investieren massiv in Bildung und bauen den Sanierungs- und Investitionsstau bei Landesstraßen, Hochschulbauten und~~

~~Kliniken Schritt für Schritt ab. Damit mehr Geld in unserem starken Land bleibt, haben wir uns für eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingesetzt und eine Einigung erzielt, mit der Baden-Württemberg~~

~~künftig um fast eine Milliarde Euro deutlich entlastet wird.~~

~~Wir werden unsere solide Finanzpolitik fortsetzen und die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben. Im Jahr 2019 werden wir beginnen Schulden abzubauen. Dafür müssen wir auch weiterhin alle Bereiche des Landeshaushaltes kritisch überprüfen und neue Maßnahmen auf ihre Finanzierbarkeit~~

~~hin prüfen. Klar ist aber auch: Ein ausgeglichener Haushalt ist nicht nur über Einsparungen zu erreichen. Deswegen werden wir uns für stärkere Möglichkeiten der Steuerfestlegung und -erhebung auf Landesebene einsetzen.~~

~~**Steuergerechtigkeit verwirklichen**~~

~~Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Effekte der kalten Progression zu kompensieren. Wir sind davon überzeugt, dass der ursprünglich richtige Ansatz der niedrigen~~

~~Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte durch den internationalen Datentausch und die~~

3285 höhere Transparenz an Bedeutung verloren hat. Unser Ziel ist es, dass Kapital und Arbeit in der Besteuerung wieder gleichbehandelt werden. Ferner werden wir uns für eine faire Reform der Erbschaftssteuer einsetzen.

Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung ~~Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung~~

3290 Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt und schadet unserem Gemeinwesen. Ob
3295 Steuervermeidung internationaler Konzerne oder die Steuerhinterziehung von Einzelpersonen – die Zeche zahlen am Ende immer die Bürgerinnen und Bürger, denen die Lohnsteuer automatisch abgezogen wird, sowie kleine und mittlere Unternehmen. Jedes Jahr gehen dem Staat Milliardenbeträge
3300 durch Steuerhinterziehung und Steuerschlupflöcher verloren. Dieses Geld fehlt unserer Gesellschaft für Investitionen in Kindergärten und Schulen, Straßenbau und bezahlbaren Wohnraum, Forschung und
3305 Innovation.

3310 Deshalb haben wir das Steuerabkommen mit der Schweiz verhindert, das einen Freifahrtschein für Steuersünderinnen und Steuersünder bedeutet hätte. Stattdessen haben wir uns für eine Verschärfung der Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige stark gemacht und uns an der Anschaffung
3315 angebotener Steuerdaten („Steuer-CDs“) beteiligt. Auch haben wir 500 neue Stellen und 500 zusätzliche Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung geschaffen und uns für eine verbesserte Koordinierung bei der Steuerprüfung zwischen den Bundesländern
3320 eingesetzt. Mit Erfolg: Seit 2011 sind knapp 30.000 Selbstanzeigen von Steuerbetrügerinnen und Steuerbetrügerinnen bei den Finanzämtern eingegangen, die dem Land steuerliche Mehreinnahmen von über
3325 700 Millionen Euro eingebracht haben.

3330 Wir werden unseren Weg der Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung und illegaler Steuervermeidung fortsetzen und diese mit allen Mitteln bekämpfen. Dafür werden wir uns auch zukünftig am Ankauf von Steuer-CDs beteiligen und die Steuerfahndung weiter personell stärken. Darüber hinaus werden wir uns für volle Transparenz

3335 zwischen den OECD-Steuerbehörden einsetzen und all unsere Gestaltungs- und
Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, um
3340 Steuerschlupflöcher für internationale
Konzerne zu schließen und Steueroasen
trocken zu legen.

~~zwischen den OECD-Steuerbehörden
einsetzen und all unsere Gestaltungs- und
Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, um
Scheuerschlupflöcher für internationale
Konzerne zu schließen und Steueroasen
trocken zu legen.~~

Integration gestalten

3345 Das Gelingen von Integration ist von
herausragender Bedeutung für die Zukunft
unseres Landes. Über ein Viertel der
Bürgerinnen und Bürger in Baden-
Württemberg haben einen
3350 Migrationshintergrund – wir sind ein
Einwanderungsland. Wir wollen die Chancen
dieser Vielfalt nutzen und den Zuwanderern
die Möglichkeit geben, in allen
Lebensbereichen unserer Gesellschaft
teilzuhaben.

~~Zuwanderern~~ *Einwanderinnen und
Einwanderern*

3355 Integrationspolitik aus einer Hand

Wir haben die Integrationspolitik vom Rand
3360 ins Zentrum der Landespolitik gerückt und
mit der Schaffung eines eigenständigen
Ministeriums fest auf der politischen Agenda
etabliert. So gestalten wir Integrationspolitik
aus einer Hand. Wir sind überzeugt, dass eine
3365 weitsichtige Integrationspolitik ein gutes
Verständnis davon verlangt, wie Integration
gelingt und in welchen Bereichen noch
Nachholbedarf besteht. Deshalb haben wir
das Landesnetzwerk für
3370 Integrationsforschung geschaffen und stellen
unsere Integrationspolitik damit auf eine
fundierte wissenschaftliche Basis. Darüber
hinaus haben wir den Landesbeirat für
Integration eingerichtet und verleihen den
3375 Zuwanderinnen und Zuwanderern eine starke
Stimme im Land. Zukünftig werden wir in
jeder Legislaturperiode einen
Landesintegrationsbericht vorlegen. Mit dem
Landesbeirat für Integration werden wir eine
kooperative Partnerschaft pflegen.

~~Zuwanderinnen und Zuwanderern~~
Einwanderinnen und Einwanderern

3380 Die Einrichtung eines eigenständigen
Ministeriums für Integration war ein
wichtiger Schritt. Doch damit Integration
gelingt, müssen die einzelnen institutionellen
3385 Ebenen miteinander verzahnt arbeiten.
Deshalb werden wir Ausländerrecht und
Integrationspolitik in Zukunft stärker

... wichtiger *erster* Schritt. ~~Doch~~ Damit ...
miteinander *noch besser* verzahnt arbeiten.

3390 miteinander verknüpfen und die entsprechenden Strukturen in der Landesverwaltung zusammenführen. Baden-Württemberg soll in Sachen Integration und Zuwanderung einen einzigen Ansprechpartner bieten. Das bedeutet auch die interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen gezielt zu fördern.

Strukturen ~~in der Landesverwaltung~~ im Integrationsministerium zusammenführen. Dadurch soll Baden-Württemberg ~~soll~~ in Sachen Integration und *Einwanderung* Zuwanderung ...

Kommunale Integrationsstrukturen stärken

3400 Integration findet zuerst in den Kreisen, Städten und Gemeinden statt. Wir stärken kommunales Engagement und fördern den Aufbau von Strukturen vor Ort. Dafür haben wir Integrationsbeiräte, -ausschüsse und -beauftragte in den Kommunen gestärkt und besonders integrationsintensive Städte wie Mannheim, Pforzheim und Freiburg gezielt gefördert. Wir werden die kommunalen Integrationsstrukturen auch künftig stärken.

3405

3410 Dafür werden wir die Einrichtung von Integrationsbeauftragten in allen Stadt- und Landkreisen fördern und eine Regelförderung für kommunale Integrationsarbeit auflegen.

3415

Als Land Vorbild sein

3420 Mit uns werden das Land Baden-Württemberg und seine Verwaltung zum Vorbild für gelungene Integration. Wir sind davon überzeugt: Eine Verwaltung, die zunehmend gesellschaftliche Vielfalt widerspiegelt, ist nicht nur bürgernäher, sondern auch leistungsfähiger. Deshalb haben wir den öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen und den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Landesverwaltung weiter steigern. Wir kämpfen gegen den beschämenden Zusammenhang zwischen fremdländisch klingenden Namen und Bewerbungserfolg. Dabei werden wir als Land mit gutem Beispiel voran gehen und für alle Stellenausschreibungen der Ministerien und Regierungspräsidien anonymisierte Bewerbungsverfahren einführen.

3440

Den Islam als Teil unserer religiösen Vielfalt anerkennen

3445 Religiöse und gesellschaftliche Vielfalt findet im Grundkonsens unserer Gesellschaft ihr Zuhause. Leider erleben wir vermehrt, dass Ängste auf bestimmte Ethnien und „den Islam“ projiziert werden. Gleichzeitig gibt es einzelne, die außerhalb unserer Gesellschaft in einer „Parallelstruktur“ leben. Beide Tendenzen müssen wir verhindern. Wir machen deutlich: Menschen muslimischen Glaubens sind Teil unserer Gesellschaft. Die SPD setzt sich für Verständigung und Dialog ein. Deshalb haben wir den „Runden Tisch Islam“ eingerichtet. Dort arbeiten Vertreterinnen und Vertreter sowohl der Muslime als auch aus den Ministerien im Dialog an einer besseren Verständigung zwischen den Kulturen. Auch den Modellversuch zum islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen haben wir ausgeweitet. Darüber hinaus sorgen wir mit unserem Modellprojekt für muslimische Krankenseelsorge für eine bessere seelsorgerische Betreuung muslimischer Menschen in unseren Krankenhäusern. In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Einbindung der Muslime weiter stärken und den „Runden Tisch Islam“ zu einem islamischen Beirat des Landes weiterentwickeln. Ferner werden wir ein flächendeckendes Angebot an muslimischen Seelsorgerinnen und Seelsorgern in Krankenhäusern sowie Justizanstalten bis 2020 einrichten.

Motor der Integrationspolitik auf Bundesebene

3480 Auch auf Bundesebene ist Baden-Württemberg zum Motor für gelungene Integrationspolitik geworden. Mit unserem Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder haben wir wesentlich zu einem zeitgemäßen Staatsangehörigkeitsrecht beigetragen. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren alle unsere Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, die Vorrangprüfung für Drittstaatsangehörige beim Zugang zum Arbeitsmarkt abzuschaffen

3495 und ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz einzuführen. Darüber hinaus werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das kommunale Wahlrecht für Drittstaatangehörige eingeführt wird.

3500 **Flucht und Asyl – human handeln**

3505 Krieg und Verfolgung sind hauptsächlich Ursache dafür, dass viele Menschen ihre Heimat verlassen. Die meisten fliehen innerhalb ihrer Heimatstaaten oder in Nachbarländer. Schon aufgrund ihrer Geschichte steht die Sozialdemokratie zum Grundrecht auf Asyl. Wir wollen verfolgten und bedrohten Menschen, die in Baden-Württemberg Zuflucht suchen, Schutz bieten und Bleibeberechtigte so schnell wie möglich integrieren. Sie sollen Teil unserer vielfältigen, solidarischen Gesellschaft sein.

3510 Wir arbeiten mit Nachdruck daran, dass es endlich eine Lösung auf europäischer Ebene gibt. Europa braucht nicht nur den Schutz seiner Außengrenzen, sondern einheitliche Standards zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen sowie ein faires und funktionierendes Verteilungssystem, das für alle EU-Mitgliedsstaaten gilt. Auch die Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Vertreibung muss künftig stärker in den Fokus des politischen Handelns rücken.

3515

3520

3525

3530 Unser Land wird sich durch die Aufnahme von Flüchtlingen verändern. Dieser Prozess darf aber nicht dazu führen, dass Ängste, Ressentiments oder gar Fremdenfeindlichkeit entstehen, weil sich Teile der Bevölkerung in unserer Gesellschaft benachteiligt fühlen. Die SPD steht für sozialen Zusammenhalt. Dies ist die Grundvoraussetzung für eine moderne Gesellschaft. Asylsuchende brauchen von Anfang an Perspektiven: Eine schnelle Integration für diejenigen, die bleiben werden, und die Option für eine legale Zuwanderung für all jene, denen das Asylrecht keine Bleibeperspektive eröffnen kann. Ein modernes Zuwanderungsrecht stärkt unser grundgesetzlich verankertes Asylrecht. Wir stehen für eine Gesellschaft, die die soziale Infrastruktur, Qualifizierung

3535

3540

3545

~~Zuwanderung~~ Einwanderung

~~Zuwanderungsrecht~~ Einwanderungsrecht

von Asylsuchenden und Stärkung unseres Gemeinwesens als Aufgaben begreift.

3550 **Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung**

Die SPD in Regierungsverantwortung meistert die Herausforderungen bei der
3555 Flüchtlingsunterbringung und Versorgung im gemeinsamen Schulterschluss von Land, Kommunen und Ehrenamtlichen. Wir haben unter der Regie des Integrationsministeriums zusammen mit allen betroffenen Ministerien
3560 und den kommunalen Spitzenverbänden eine Lenkungsgruppe geschaffen, die zielorientiert, unbürokratisch und schnell alle notwendigen Schritte einleiten und Lösungen herbeiführen kann. Wir haben die
3565 Kapazitäten in der Erstaufnahme massiv erhöht und ein Sonderprogramm für die Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge aufgelegt. Mit der Neufassung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes haben wir die
3570 Standards zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen verbessert und zudem die finanzielle Unterstützung für die Kommunen massiv ausgebaut.

3575 Wir wollen Flüchtlinge dezentral unterbringen. So wird es besser gelingen, Überlastungen einzelner Standorte und Kommunen zu verhindern und gleichzeitig die Integrationschancen für die
3580 Asylsuchenden zu verbessern.

Wir werden die Erstaufnahmeeinrichtungen (LEAs) nach Bedarf weiter ausbauen und streben dabei landesweit eine gerechtere
3585 Verteilung in den Regionen an. Bei Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten wollen wir die gesetzlich befristete Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen nutzen, um das gesamte Asylverfahren innerhalb dieser Zeit
3590 endgültig abzuschließen. Wir wollen die Phase in der Erstaufnahme als Einstieg in die Integration nutzen, indem wir dort die Qualifikationen erheben und Beratungen zur Arbeitsaufnahme anbieten, zugleich aber
3595 auch die Grenzen des Asylrechts vermitteln.

Um die medizinische Versorgung der Flüchtlinge zu verbessern und ihnen einen unbürokratischen Zugang zum Arzt zu

3600 ermöglichen, werden wir eine
Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen.
Die Karte umfasst die gesetzlichen
Leistungen. Viele Asylsuchende haben
Schreckliches erlebt und benötigen
3605 umfassende psychologische Betreuung.
Deshalb wollen wir den Zugang zu
psychologischer Behandlung insbesondere
für traumatisierte Frauen und Kinder Traumatisierte ~~traumatisierte Frauen und~~
verbessern. Dafür werden wir die ~~Kinder~~
3610 psychosozialen Zentren im Land besser
ausstatten.

Integration und Teilhabe

3615 Wer Asyl oder subsidiären Schutz erhält, hat
Anspruch auf Integration und Teilhabe.
Damit die Menschen sich in unsere
Gesellschaft integrieren, brauchen sie alle
Möglichkeiten, um ihre Potentiale
3620 bestmöglich entfalten zu können. Die SPD in
Baden-Württemberg fördert und fordert
Integration. Deshalb eröffnen wir den Weg
zum Spracherwerb, in unser Bildungssystem
und auf den Arbeitsmarkt. Unser
3625 Bildungssystem wird unterstützt und noch
gerechter gemacht. Der Ausbau der Kita-
Plätze, eine bessere Sprachförderung im
Kindergarten, Gemeinschafts- und
Ganztagsschulen, ein gebührenfreier Zugang
3630 zu Universitäten unabhängig vom
Aufenthaltsstatus – das alles sind gute
Voraussetzungen für eine schnelle Integration
der Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben
werden.

3635 Wir haben inzwischen fast 1900
Vorbereitungsklassen an allgemeinbildenden
und berufsvorbereitenden Schulen
ingerichtet, an denen wir intensive
3640 Sprachförderung betreiben. Dafür haben wir
bereits über 1100 zusätzliche Lehrerstellen
für Vorbereitungsklassen geschaffen.
Zusammen mit dem Deutschen
Akademischen Auslandsdienst (DAAD)
3645 haben wir ein Stipendienprogramm für
syrische Flüchtlinge aufgelegt, damit diese
ihr begonnenes Studium in Baden-
Württemberg fortsetzen und zu Ende bringen
können.

3650 Mit unserem Programm „Chancen gestalten –
Wege der Integration in den Arbeitsmarkt

3655 öffnen” haben wir eine Basisförderung für all jene Asylsuchenden und Flüchtlinge geschaffen, die keinen Zugang zu den Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder den Angeboten der Bundesagentur für Arbeit haben. Zugangshürden zum Arbeitsmarkt
3660 bauen wir ab. Wir bieten aber auch einen Spracherwerb bis zum mittleren und hohen Niveau an, denn vielfach werden diese Sprachkenntnisse benötigt, um als Fachkraft Fuß zu fassen. Mit dem Programm
3665 „Integration durch Ausbildung – Perspektiven für Flüchtlinge” setzen wir Anreize für baden-württembergische Betriebe, gezielt in die Ausbildung von Flüchtlingen zu investieren und somit
3670 langfristig Fachkräfte heranzubilden.

Transparente Arbeitsmigration ermöglichen

3675 Neben jenen, die vor Krieg Terror und Verfolgung zu uns fliehen, kommen auch Menschen zu uns, die ein besseres Leben und Arbeit suchen. Der Weg über das Asylrecht eröffnet für sie keine Zukunftsperspektive,
3680 sondern führt in eine Sackgasse. Deshalb brauchen wir ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, den Wirrwarr aus über 50 verschiedenen
3685 Aufenthaltstiteln aufzulösen und endlich ein modernes Einwanderungsgesetz zu schaffen, das transparente Wege für eine legale Arbeitsmigration nach Deutschland eröffnet.

3690 Starkes Gemeinwesen und gesellschaftlicher Zusammenhalt

In den vergangenen Monaten hat unser Land große Hilfsbereitschaft gezeigt. Die vielen
3695 lokalen Flüchtlingsinitiativen und alle Ehrenamtlichen leisten dabei Beispielloses – mitunter bis zur Erschöpfung. Dieses Engagement stärken wir durch finanzielle Förderung, aber auch durch Qualifizierung
3700 und Vernetzung. Doch es braucht auch professionelle Strukturen, damit aus freiwilligem Engagement nicht Überforderung wird. Die ehrenamtlich Tätigen sind auf hauptamtliche Integrations-
3705 und Flüchtlingsbeauftragte in den

Landkreisen, Städten und Gemeinden angewiesen, die das Engagement der vielen Helferinnen und Helfer koordinieren. Hier braucht es staatliche Unterstützung, damit wichtige Informationen bereitgestellt und Angebote zur Qualifizierung und Nachbereitung geschaffen werden können. Aus diesem Grund werden wir die Förderung der Integrationsarbeit in den Kommunen fortsetzen.

Darüber hinaus müssen wir den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt fördern. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Neiddebatten, Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben bei uns keinen Platz.

3725 **Weltoffen im Herzen Europas**

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas und wie kaum ein anderes Bundesland profitieren wir von der europäischen Einigung – gesellschaftlich, ökonomisch und kulturell. Deshalb gestalten wir Europapolitik aktiv mit: Sei es mit unseren direkten Nachbarinnen und Nachbarn, in regionalen Partnerschaften oder im Rahmen der Donaunraumstrategie. Unsere Verantwortung macht aber nicht an den Grenzen des Kontinents Halt. Als weltoffenes Land gehört eine aktive Entwicklungszusammenarbeit zu unserem Selbstverständnis.

3740 **Gemeinsam für Europa – Europa der Regionen**

Europa spielt sich nicht nur in Brüssel und in den europäischen Institutionen ab, sondern vor allem in den Regionen. Für uns gibt es keinen Widerspruch zwischen regionaler Identität und europäischer Zusammenarbeit. Im Gegenteil: Europäische Einheit gibt es nur durch regionale Vielfalt. Deshalb haben wir die regionale Zusammenarbeit, wie zum Beispiel in den „Vier Motoren für Europa“, ausgebaut und die Donaunraumstrategie maßgeblich gestaltet. Seit 2015 ist die baden-württembergische Landesvertretung in Brüssel Sitz des „Danube Strategy Point“, der die Umsetzung der Donaunraumstrategie mitverantwortet. Durch unsere aktive

3760 Europapolitik erschließen wir baden-
württembergischen Unternehmen neue
Standorte und gewinnen dringend benötigte
Fachkräfte. Wir wollen auch in Zukunft eine
aktive Europapolitik betreiben. Angesichts
3765 der Flüchtlingsthematik gilt dies vor allen
Dingen für die Donaunraumstrategie, durch die
wir den Balkanstaaten eine bessere politische
und ökonomische Perspektive eröffnen
wollen. Darüber hinaus werden wir über
3770 unsere Verwaltungshochschulen und
Stipendienprogramme Hilfe zur Stärkung der
Verwaltungen in Südosteuropa leisten.

Auf gute Nachbarschaft

3775 Gute Nachbarschaft ist fester Bestandteil
baden-württembergischer Identität. Dies gilt
insbesondere für unsere Wirtschaft. Als ~~insbesondere~~ *auch*
innovativste und forschungsintensivste
3780 Region in ganz Europa profitieren baden-
württembergische Unternehmen schon immer
vom regen Austausch mit unseren
Nachbarinnen und Nachbarn – sei es durch
Arbeitskräfte, Absatzmärkte oder
3785 grenzüberschreitende Forschung. In den
letzten Jahren haben wir zahlreiche Projekte
zur Stärkung der grenzüberschreitenden
Zusammenarbeit auf den Weg gebracht,
beispielsweise das Projekt „Bodensee-
3790 Plattform Innovation 4.0“, in dem Akteure
aus Wirtschaft, Wissenschaft und
Gesellschaft zusammengebracht werden, um
Erfahrungen mit Blick auf die Chancen und
Herausforderungen der Digitalisierung
3795 auszutauschen. Auch dem Fachkräftemangel
wollen wir grenzüberschreitend begegnen.
Durch die Förderung der binationalen
Ausbildung zwischen dem Elsaß und Baden-
Württemberg haben wir bereits zahlreichen
3800 Jugendlichen auf deutscher wie französischer
Seite eine Ausbildung im jeweiligen
Nachbarland ermöglicht. Wir werden den
Dialog mit unseren Nachbarn weiter pflegen,
auch durch neue Initiativen, wie die
Entwicklung einer Schweiz-Strategie.

3805 **Mehr Fördermittel für Baden-
Württemberg**

3810 Wir setzen uns gezielt dafür ein, Fördermittel
aus Fonds und Programmen der EU für
Projekte in Baden-Württemberg

einzuwerben. Mit der SPD in
Regierungsverantwortung hat Baden-
Württemberg mehr europäische Fördermittel
3815 aquiriert als alle Vorgängerregierungen.
Diesen Weg wollen wir fortsetzen und durch
aktive Interessenvertretung in Brüssel
verstärken. Um unsere Bemühungen weiter
zu intensivieren, werden wir eine
3820 Projektentwicklungsagentur des Landes
gründen, um baden-württembergische
Akteure zusammenzubringen und bei der
Entwicklung von Projektideen und der
Antragstellung zu begleiten.

3825

Freihandelsabkommen transparent und fair gestalten

3830 Mit seiner exportstarken Wirtschaft profitiert
Baden-Württemberg in besonderem Maße
von der Globalisierung. Diese in
Freihandelsabkommen wie TTIP aktiv zu *TTIP und CETA*
gestalten, liegt daher in unserem ureigenen
Interesse. Wir begreifen TTIP als Chance auf
3835 globale Standards Einfluss zu nehmen, den
Exporthandel mit den USA über den Abbau
von Handelshemmnissen weiter zu beleben
und unsere Wirtschaft, insbesondere auch den
Mittelstand zu stärken.

3840

Gleichzeitig ist klar: Freihandel und TTIP
sind kein Selbstzweck! Wir stellen uns *Freihandel und TTIP sind ist ...*
entschieden gegen jede Schwächung unserer
Demokratie durch privatisierte Paralleljustiz
3845 – die Aufnahme von
Investitionsschutzvorschriften und
Streitbeilegungsmechanismen lehnen wir
daher ab. Stattdessen unterstützen wir die
Einrichtung eines mit unabhängigen und
3850 staatlich finanzierten Berufungsrichtern
besetzten internationalen Handelsgerichts.
Dieses muss über eine Berufungsinstanz
verfügen und dem Prinzip der Öffentlichkeit
unterliegen. Auch dürfen
3855 Freihandelsabkommen nicht zu einer
Absenkung unserer hohen europäischen
Standards in den Bereichen Umwelt-,
Verbraucher-, Arbeits- und Datenschutz
führen. Weiter muss der Kultur- und
3860 Medienbereich grundsätzlich von den
Verhandlungen ausgenommen werden. Mit
Blick auf die Daseinsvorsorge in unseren
Kommunen werden wir keine direkten oder

3865 indirekten Zwänge zur Privatisierung akzeptieren.

Wir sind davon überzeugt, dass die Verhandlungen mit einem Höchstmaß an
3870 Transparenz geführt werden müssen, um den Sorgen und Befürchtungen vieler Bürgerinnen und Bürger angemessen zu begegnen. Mit der Einrichtung des TTIP-Beirates haben wir als Land bereits gehandelt
3875 und ermöglichen einen transparenten Dialog von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Den gesellschaftlichen Diskurs über TTIP und weitere Freihandelsabkommen werden wir auch zukünftig fördern.

3880 **Entwicklungszusammenarbeit stärken**

Als starkes Land ist es für uns selbstverständlich, dass wir auch
3885 international Verantwortung übernehmen und Staaten in Entwicklungsprozessen begleiten. Dabei gilt heute mehr denn je: Die Entwicklungszusammenarbeit von heute bekämpft die Fluchtursachen von morgen.

3890 Entwicklungszusammenarbeit verstehen wir nicht als Domäne des Staates, sondern als Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Zivilgesellschaft. Unter dieser Prämisse haben wir auch die entwicklungspolitischen

3895 Leitlinien des Landes entwickelt. Als erste Landesregierung haben wir dabei über 1500 Bürgerinnen und Bürger und mehr als 120 Organisationen im Rahmen des Prozesses „Welt:Bürger gefragt“ beteiligt. Mit Burundi

3900 pflegen wir eine enge Partnerschaft, die wir im neu geschaffenen Partnerschaftszentrum unter dem Dach der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit gebündelt haben. Wir werden eine vergleichbare

3905 Partnerschaft mit der Region Dohuk im Nordirak schließen, um unseren Beitrag zur ~~schließen~~ *aufbauen* Bekämpfung der Fluchtursachen zu leisten.

Ferner wollen wir das zivilgesellschaftliche Engagement in der
3910 Entwicklungszusammenarbeit stärken.

Baden-Württemberg: sicher und gerecht

3915 Baden-Württemberg ist ein ausgesprochen sicheres Bundesland. Wir haben eine der

niedrigsten Kriminalitätsraten deutschlandweit und belegen auch bei der Aufklärungsquote von Straftaten einen Spitzenplatz. Damit das so bleibt, haben wir Polizei und Verfassungsschutz gestärkt und neue Mittel für die Terrorbekämpfung bereitgestellt. Für ein gerechtes Baden-Württemberg sorgen wir dafür, dass die Aufgaben der Justiz, Rechtspflege und des Strafvollzugs in staatlicher Hand bleiben.

Sicher in Baden-Württemberg – 3930 Polizeiarbeit stärken

Garant für die hohe Sicherheit im Land ist unsere Polizei mit ihren Beschäftigten, die Tag für Tag Außergewöhnliches leisten. Gleichzeitig befinden sich die Bedrohungen für unsere Sicherheit im Wandel. Ob neue Formen der Kriminalität oder der Bedarf an personalintensiven Großeinsätzen – unsere Polizei steht vor ständig neuen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund haben wir eine umfangreiche Polizeistrukturereform durchgeführt und unsere Polizei zukunftsfähig aufgestellt. Wir haben zwölf leistungsfähige Regionalpräsidien geschaffen, Hierarchien verschlankt und Kompetenzen gebündelt. Wir haben neue Stellen geschaffen, mehr Beamtinnen und Beamte für den Polizeidienst bereitgestellt, eine Einstellungsoffensive für die Jahre 2017 und 2018 auf den Weg gebracht und intensiv in die technische Ausstattung investiert. Wir wollen diesen Weg der Modernisierung von technischen Voraussetzungen kontinuierlich fortsetzen. Wir unterstützen eine bedarfsorientierte Beschaffung der Einsatz-, Kriminal- und Verkehrstechnik sowie eine Verstärkung der dafür erforderlichen Finanzmittel.

Auch in Zukunft werden wir die Entwicklungsstrukturen innerhalb der Polizei weiter verbessern. Wir haben einen ersten Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn geschafft. Unser Ziel ist es, die zweigeteilte Laufbahn bis zum Jahr 2021 vollständig umzusetzen. Um die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten zu reduzieren, wollen wir für die Polizei die BodyCam (Einsatz einer körpernah ... BodyCam (Einsatz einer körpernah
3970 getragenen Kamera) einführen. Bei

Demonstrationen oder anderen getragenen Kamera) als Modellversuch
Großereignissen werden wir die einführen, der evaluiert werden soll.

3975 anonymisierte Kennzeichnungspflicht für
Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte
einführen. Beide Maßnahmen wollen gut
vorbereitet sein. Als Partei der guten Arbeit
werden wir die Umsetzung daher in enger
Abstimmung mit den Gewerkschaften
gestalten.

3980 Ferner streben wir weiterhin die Einführung
eines Ausbildungsberufes der/des
Polizeifachangestellten an und wollen die
3985 Stellenstruktur im polizeilichen Nichtvollzug
optimieren. Wir behalten die Gesundheit der
Beamtinnen und Beamten im Blick und
werden das Gesundheitsmanagement bei der
Polizei sowie die Vereinbarkeit von Beruf
und Familie weiter verbessern, sodass
3990 Beamtinnen und Beamte den wachsenden
Aufgaben ihres anspruchsvollen Berufs
dauerhaft gewachsen bleiben können.

3995 Wir sind davon überzeugt: Sei es im Hinblick
auf Fremdsprachenkenntnisse oder das
Gespür für unterschiedliche Mentalitäten –
eine Polizei, die die Vielfalt unserer
Gesellschaft auch personell widerspiegelt, ist
bürgernäher und leistungsfähiger. Deshalb
4000 wollen wir weiterhin möglichst viele
Migrantinnen und Migranten für den
Polizeidienst gewinnen. Dafür haben wir die
Nachwuchswerbung in einer Kooperation
zwischen Innen- und Integrationsministerium
4005 intensiviert. Mit Erfolg: Aktuell haben über
20% der Polizei-Anwärterinnen und -
Anwärter einen Migrationshintergrund – ein
absoluter Spitzenwert in Deutschland. In der
kommenden Legislaturperiode wollen wir die
4010 Anzahl der Beschäftigten mit
Migrationshintergrund dauerhaft auf hohem
Niveau verstetigen.

Terrorismus effektiv begegnen

4015 Bei der Bekämpfung von Terror bewegen wir
uns in einem Spannungsfeld zwischen
Freiheit und Sicherheit. Gerade der
Sozialdemokratie ist die Balance dieser
4020 beiden Werte sehr wichtig. Wir möchten
diese nicht gegeneinander ausspielen und
unsere Sicherheitsstandards nachhaltig
sichern. Hierbei kommt der Prävention eine

4025 besondere Bedeutung zu. Damit aus einer
abstrakten Gefährdungslage keine konkrete
4030 Gefährdung wird, haben wir jeweils
unmittelbar nach den Attentaten auf „Charlie
Hebdo“ und den nachfolgenden erneuten
Anschlägen in Paris zwei Maßnahmenpakete
für die Bekämpfung islamistischen Terrors
verabschiedet. Insbesondere für eine bessere
4035 Beobachtung von Islamistinnen und
Islamisten und zur Auswertung von ~~Islamisten~~ *Islamisten des Islamismus und ...*
Telekommunikationsdaten haben wir rund
200 neue Stellen bei Polizei, Justiz und
4040 Verfassungsschutz auf den Weg gebracht und
investieren in eine bessere Ausstattung
unserer Polizistinnen und Polizisten.
Außerdem haben wir ein Kompetenzzentrum
zur Prävention gegen islamistischen
Extremismus gegründet.

Offensiv gegen Wohnungseinbrüche

4045 Für Betroffene ist ein Einbruch immer ein
besonderer Eingriff in die engste Privatsphäre
mit langen Nachwirkungen. Deshalb haben
wir zusammen mit dem Landeskriminalamt
eine Koordinierungsstelle zur offensiven
4050 Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen
eingerrichtet. Dabei setzen wir auf modernste
Technologien und Methoden wie das
sogenannte „predictive policing“. Mit Hilfe
der Software „precops“ können die
4055 Beamtinnen und Beamten Einbrüchen besser
vorbeugen und die Bürgerinnen und Bürger
vor Schaden bewahren. Auch in Zukunft
werden wir uns für eine verstärkte Investition
in operative und forensische Kriminaltechnik
4060 und Implementierung neuer Technologien
unter dem Blickwinkel der
Verbrechensbekämpfung einsetzen. Unser
Offensivkonzept gegen Wohnungseinbruch,
das dem Polizeivollzugsdienst u.a. 226
4065 Personalstellen mehr als geplant zur
Verfügung stellt, zeigt bereits erste Erfolge.
Eine Trendumkehr zeichnet sich ab und die
Aufklärungsquote steigt. Diesen Weg werden
wir konsequent fortsetzen, damit Baden-
4070 Württemberg eines der sichersten
Bundesländer bleibt.

Sicher im Netz

4075 Die Chancen der digitalen Welt nutzen und
gleichzeitig die Risiken minimieren – das ist

Ziel unserer Netzpolitik. Der rasante digitale Wandel hat weitreichende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Sei es beim grenzüberschreitenden Einkauf im Internet, beim mobilen Zahlungsverkehr oder in sozialen Netzwerken – die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, welche Rechte sie haben, was mit ihren Daten passiert und wie sie diese im Netz besser schützen können. Um die Bürgerinnen und Bürger bei Einkäufen im Internet besser vor Abo-Fallen und anderem Missbrauch zu schützen, haben wir die sogenannte „Button-Lösung“ eingeführt. Damit haben wir neue Transparenz im Online-Handel geschaffen. Ferner haben wir unerbetene Telefonwerbung verboten und wichtige Erfolge im Kampf gegen missbräuchliche Abmahnungen erzielt. Wir werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Internet weiter stärken und Schutzlücken schließen.

Rechtsextremismus **entschlossen**
4100 **bekämpfen**

Wir bekämpfen jede Form von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit allen Mitteln des Rechtsstaates. Entsprechend haben wir uns im Landtag dafür eingesetzt, einen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) in Baden-Württemberg und der Umstände des Mordes an der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter einzusetzen. Diese wichtige Aufklärungsarbeit wollen wir auch nach der Landtagswahl fortführen und uns für einen weiteren Untersuchungsausschuss einsetzen. Auf unsere Initiative hat der Landtag ein neues Gremium zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes eingesetzt und die Voraussetzungen für den Einsatz von V-Leuten gesetzlich verankert. Das NPD-Verbotsverfahren wird von uns aktiv unterstützt.

4125 Auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingsaufnahme erleben wir eine Welle rechten Terrors in Deutschland. Schwere Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und fremdenfeindliche Straftaten nehmen zu. Für

4130 Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass
ist kein Platz in Baden-Württemberg. Wir
werden alles dafür tun, das Grundrecht auf
Asyl zu verteidigen und die Asylsuchenden
vor Übergriffen zu schützen. Neben den
4135 Mitteln der Strafverfolgung setzen wir auch
auf gute Präventionsarbeit, um dem
Rechtsextremismus den Nährboden zu
entziehen. Wir werden daher das 2014
begonnene Landesprogramm gegen
4140 Rechtsextremismus und gruppenbezogene
Menschenfeindlichkeit verstetigen und
unsere gute Zusammenarbeit mit den
zivilgesellschaftlichen Initiativen
intensivieren.

4145 **Öffentlicher Dienst: Rückgrat unseres
Staates**

4150 Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat und
Garant einer funktionierenden staatlichen
Infrastruktur. Wir wertschätzen die
Einsatzbereitschaft und das Engagement der
Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die
tagtäglich hervorragende Arbeit für unser
4155 Gemeinwesen leisten. Auch in Zukunft
werden wir den Gesprächsfaden mit dem
Beamtenbund und dem Deutschen
Gewerkschaftsbund nicht abreißen lassen und
den partnerschaftlichen Dialog intensivieren.

4160 Das Land als Arbeitgeber steht angesichts der
demographischen Entwicklung, der guten
Konjunktur und des in einzelnen Branchen
bestehenden Fachkräftemangels in starker
4165 Konkurrenz zu privaten Arbeitgebern. Im
Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und
mit Blick auf die künftige
Nachwuchsgewinnung werden wir weiter an
der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als
4170 Arbeitgeber arbeiten. Wir wollen die
Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit
von Familie und Beruf für die
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im
öffentlichen Dienst weiter verbessern.

4175 *Der öffentliche Dienst muss durch
familienfreundliche Arbeitszeitangebote eine
partnerschaftliche Verteilung von
Familienaufgaben ermöglichen.*

4180 Wir werden dafür Sorge tragen, dass der
öffentliche Dienst seine Anziehungs- und
Bindekraft für junge Menschen behält und

4185 motivierten und engagierten
Nachwachskräften auch weiterhin
interessante Perspektiven und
Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Mit der
SPD wird es keine strukturellen Einschnitte
bei den Versorgungsleistungen geben. Die
4190 Absenkung der Eingangsbesoldung werden
wir zurücknehmen. Für die kommende
Legislaturperiode streben wir an, im
Einvernehmen mit den Gewerkschaften eine
Vereinbarung zu schließen.

4195 **Justiz ist eine staatliche Aufgabe**

~~**Justiz ist eine staatliche Aufgabe**~~

Eine moderne und soziale Justiz

4200 Gerade im Bereich der Justiz tritt der Staat als
Träger von Hoheitsrechten auf und hat daher
eine besondere Verantwortung. Die
Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf
Private lehnt die SPD ab. Deshalb haben wir
die von der Vorgängerregierung beschlossene
4205 Teilprivatisierung der JVA Offenburg
zurückgenommen und den Forderungseinzug
durch eine private Firma beendet und wieder
der Landesoberkasse übertragen. Diesen Weg
werden wir fortsetzen und in den kommenden
4210 fünf Jahren insbesondere auch die Gerichts-
und Bewährungshilfe wieder in staatliche
Obhut zurückführen. Investor-Staat-
Schiedsgerichte im Sinne von
Freihandelsabkommen lehnen wir ab.
4215 Darüber hinaus stehen wir für den Erhalt einer
flächendeckenden Struktur von
Einrichtungen der Justiz.

Eine moderne und soziale Justiz

~~**Eine moderne und soziale Justiz**~~

4220 Die Justiz kann nur dann zum Rechtsfrieden
beitragen, wenn sie von den Menschen
akzeptiert wird und zeitgemäß mit ihnen
interagiert. Wir wollen eine Justiz, die
4225 modern und auf Augenhöhe mit den
Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert. Das
heißt, elektronische Kommunikationsmittel
sollen eine größere Rolle spielen. Deshalb
haben wir die so genannte „eJustice“
4230 weiterentwickelt und machen unsere Justiz so
zum kompetenten Ansprechpartner auch im
Netz.

4235 Den eingeschlagenen Weg der
Modernisierung werden wir in der

kommenden Legislaturperiode fortsetzen. Dafür werden wir die elektronische Akte einführen, die den Bürgerinnen und Bürgern die Kommunikation mit der Justiz weiter erleichtert. Neben der Weiterentwicklung von eJustice sorgen wir dafür, dass die Justiz im „richtigen Leben“ der Ansprechpartner vor Ort bleibt und werden die kleinen Amtsgerichte erhalten.

4245

Jugendkriminalität verhindern – Jungen Menschen helfen

Eine der zentralen Aufgaben unserer Justiz in Baden-Württemberg ist es, sich besonders um die jungen Menschen zu kümmern, die drohen, dauerhaft auf „die schiefe Bahn“ zu geraten. Wir wollen die Verstetigung „krimineller Karrieren“ verhindern. Dafür setzen wir im Umgang mit jugendlichen Straftätern auf Prävention und gute Sozialarbeit. Wir haben die „Häuser des Jugendrechts“ in Baden-Württemberg erweitert und ausgebaut. Dort arbeiten Staatsanwaltschaft, Polizei und Sozialbehörden Hand in Hand mit den Jugendlichen, um diese zu stärken. Auch im Jugendstrafvollzug des Landes und im Jugendarrest stärken wir die Jugendlichen mit einem Wohngruppenkonzept und sozialem Training beim sogenannten „Warnschussarrest“. In Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium wurde die schulische Bildung sowie die Aus- und Weiterbildung in den Justizvollzugsanstalten modernisiert. Grundsätzlich ist uns wichtig, dass wir den Jugendstrafvollzug in freien Formen als Alternative zum Gefängnis verstetigen. In der nächsten Legislaturperiode setzen wir uns für einen flächendeckenden Ausbau weiterer Häuser des Jugendrechts ein. Die Justizvollzugseinrichtungen werden wir modernisieren und insbesondere die Therapie- und Arbeitseinrichtungen verbessern.

4280

Verbesserungen im Strafvollzug

Der Justizvollzug muss sicher bleiben. Im Hinblick auf das bestürzende Ereignis in der JVA Bruchsal im August 2014 wurde auf Initiative des SPD-Justizministers eine Expertenkommission zum Umgang mit

4285

psychisch auffälligen Gefangenen eingesetzt,
4290 die wertvolle Handlungsempfehlungen
gegeben hat, um den Justizvollzug in Baden-
Württemberg für die wachsenden
Herausforderungen gut aufzustellen. 2015
4295 wurde bereits ein erstes Maßnahmenpaket auf
den Weg gebracht. Ausgehend von diesen
Empfehlungen werden wir uns dafür stark
machen, auch die weiteren notwendigen
strukturellen Verbesserungen schrittweise
umzusetzen.

4300

Beteiligung leben

Unsere Demokratie lebt von der Beteiligung
4305 der Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet
mehr als nur wählen zu gehen. Wir stehen für
einen neuen Politikstil, der die Menschen
mitnimmt, anstatt Politik von oben herab zu
diktieren. Deshalb wollen wir den
4310 Bürgerinnen und Bürgern mehr
Möglichkeiten geben, sich mit ihren Anliegen
in die Landespolitik einzubringen.

Mehr Demokratie wagen

4315 Wir sind davon überzeugt, dass mehr direkte
Demokratie unsere politische Kultur in
Baden-Württemberg bereichert. Wir sind
angetreten, Baden-Württemberg zum
4320 Musterland für direkte Demokratie
weiterzuentwickeln. Mit einer Änderung der
Landesverfassung haben wir den Volksantrag
eingeführt und Unterschriftenzahl für
Volksbegehren gesenkt. So können die
4325 Bürgerinnen und Bürger umfassender an der
politischen Willensbildung und an staatlichen
Entscheidungen mitwirken. Es genügen nun
ein Sechstel der Unterschriften aller
Wahlberechtigten Baden-Württembergs für ein
4330 Volksbegehren. Auch die Quoren für
kommunale Bürgerentscheide,
Bürgerbegehren und eine Auflösung des
Landtags wurden gesenkt. Darüber hinaus
haben wir dafür gesorgt, dass schon ab 16
4335 Jahren bei Kommunalwahlen gewählt werden
darf. Wir werden unseren Weg der lebendigen
Bürgerbeteiligung auch in Zukunft fortsetzen.
Deshalb treten wir dafür ein, das Wahlalter
für Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken
und das kommunale Wahlrecht für
4340 Drittstaatsangehörige einzuführen. Um die
direkte Beteiligung der Bürgerinnen und

Bürger auf der Ebene der Landkreise ausbauen, werden wir die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte einführen.

4345

Die SPD setzt sich für die paritätische Besetzung von Parlamenten auf allen Ebenen ein. Mit der Änderung des

4350

Schritt in diese Richtung unternommen. Die Analyse der Kommunalwahl zeigt jedoch, dass ein Appell nicht ausreicht, um Parität der Geschlechter in den Parlamenten zu erreichen. Wir streben deshalb an, das

4355

Kommunalwahlrecht erneut anzupassen, um aus der bisherigen „kann“-Vorschrift eine gesetzlich verbindliche Vorgabe zu machen. Auch setzen wir uns für die Änderung des

4360

Landtagswahlrechts ein, um den Frauenanteil im Landtag zu erhöhen und die strukturelle Benachteiligung von Wahlkreisen zu beenden. Wie bei der Bundestagswahl werden wir daher ein Listenwahlrecht mit zwei Stimmen einführen.

4365

Moderne Verwaltung

Ein Mehr an Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie muss auch mit einem Mehr an moderner Verwaltung einhergehen, um die

4370

Interaktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Land zu erleichtern. Wir haben die Verwaltung in Baden-Württemberg modernisiert und sowohl mehr „Open

4375

Government“ – also mehr Transparenz – als auch mehr „E-Government“ – also eine moderne, digitale Kommunikation mit staatlichen Stellen – verwirklicht. Das neu

4380

initiierte „Beteiligungsportal BW“ ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die unkomplizierte Teilnahme an der politischen Willensbildung. Mit dem Ausbau der E-

4385

Government-Strukturen sorgen wir dafür, dass Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen Verwaltungsangelegenheiten einfacher online erledigen können. Dabei

4390

haben wir unsere Verwaltung nicht nur bürgernäher gemacht, sondern auch in erheblichem Umfang Bürokratie abgebaut und den Haushalt entlastet.

Den Weg der umfassenden Modernisierung der Landesverwaltung werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Wir werden ~~streben~~ deshalb ~~an~~, das Kommunalwahlrecht *anpassen*, um...

4395 Wir wollen das Beteiligungsportal BW ausbauen und „Open Government“ wie auch „E-Government“ Strukturen stärken. Damit werden wir den Bürokratieabbau weiter vorantreiben.

4400

Mobilitätsland Baden-Württemberg

4405 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Baden-Württemberg braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für seine Menschen und seine Wirtschaft. Darum haben wir den Sanierungsstau der Vorgängerregierung

4410 beendet und investieren kräftig in den Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur. Wir bauen den öffentlichen Personennahverkehr, die Schieneninfrastruktur im Land und das Radwegenetz aus und schaffen die

4415 rechtlichen Voraussetzungen für „shared-space“. Gleichzeitig fördern wir eine bessere Vernetzung von Raum- und Verkehrsplanung, um dadurch einerseits

4420 Staus und andererseits die Landschaftszersiedelung einzudämmen.

Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur

4425 Gerade im ländlichen Raum ist eine gut ausgebaute Straßeninfrastruktur Voraussetzung für Mobilität und eine funktionierende Wirtschaft. Zu oft wurde der

4430 Verfall von Infrastruktur von den Vorgängerregierungen billigend in Kauf genommen und damit Landesvermögen vernichtet. Diese verfehlte Sparpolitik haben wir beendet und die Erhaltungsmittel für

4435 Landesstraßen und Brücken verdreifacht. Darüber hinaus haben wir ein Lückenschlussprogramm zur Beseitigung von Lücken im Landesstraßennetz aufgelegt.

4440 In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Sanierung und den Aus- und Neubau von Landesstraßen weiter vorantreiben. Mit Blick auf die Umfahrung sensibler Bereiche und die Erhöhung von Kapazitäten ist der

4445 bedachte und gut koordinierte Ausbau des Straßenverkehrsnetzes weiterhin sinnvoll und notwendig. Hierfür sowie für den Ausbau von

Bundesfernstraßen brauchen wir eine leistungsfähige Straßenbauverwaltung.
4450 Deshalb haben wir das Stellenabbauprogramm der Vorgängerregierungen beendet und wieder neue Stellen geschaffen. Organisatorische Veränderungen in der Straßenbauverwaltung
4455 werden wir auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten anstreben.

Mehr Busse und Bahnen

4460 Auch ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) schafft Mobilität und verringert zudem gerade in den Ballungszentren die Belastung für Mensch und Umwelt durch Staus, Lärm, Feinstaub
4465 und Stickoxid. Busse und Bahnen sind dabei Garanten für eine umweltfreundliche Mobilität. Deshalb haben wir die Förderung im
4470 Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) neu justiert, entbürokratisiert und verstärkt auf den Umweltverbund ausgerichtet. Ferner haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Barrierefreiheit im ÖPNV weiter zu verbessern. Aber nicht überall sind Busse
4475 und Bahnen das beste Angebot vor Ort. Deshalb haben wir die Unterstützung über den klassischen ÖPNV hinaus erweitert und die Förderung von neuen Angeboten wie z.B. von Bürgerbussen institutionalisiert.

4480 In der kommenden Legislaturperiode werden wir den ÖPNV im Land sowohl bei der Infrastruktur als auch beim Angebot weiter ausbauen, damit in Zukunft noch mehr
4485 Menschen Busse und Bahnen nutzen. Unser Ziel sind moderne Regionalzüge mit zeitgemäßer Ausstattung in einem attraktiven Takt. Über 450 Mio. Euro Landesmittel sind schon jetzt in den kommenden
4490 Haushaltsjahren abgesichert, damit das Land seinen Anteil an Projekten von Kommunen im Gemeindevkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) finanzieren kann, falls der Bund diese Projekte bewilligen sollte. Nachdem die
4495 Zukunft des GVFG über 2019 hinaus gesichert ist, wird das Land weitere Projekte über die bisher beschlossenen hinaus anteilig mit fördern. Wir kämpfen dafür, dass der Bund weiterhin zu seiner
4500 Finanzierungsverantwortung für die

sogenannten Entflechtungsmittel steht, damit auch der Infrastrukturausbau über das LGVFG fortgesetzt werden kann.

4505 Insbesondere die Vernetzung verschiedener Verkehrsträger wollen wir fördern. Der PKW, Busse und Bahnen, Carsharing und E-Bikes sind keine Gegensätze, sondern Fortbewegungsmittel, die künftig sinnvoll
4510 verknüpft werden müssen. Wir streben eine Reform der ÖPNV-Finanzierung an, die den Bedürfnissen der Ballungsräume und dem ländlichen Raum gleichermaßen gerecht wird und die mittelständischen Busunternehmen
4515 im Land mitnimmt. Das Land hat mit 21 Verkehrsverbänden bundesweit die meisten Verkehrsverbände. Diese Zahl sollte mit Ablauf der jetzigen Förderperiode 2018 verringert werden. Das spart
4520 Verwaltungskosten und Schnittstellen, sorgt für übersichtlichere Strukturen, ermöglicht mehr Leistung für das gleiche Geld und erleichtert innovative Projekte.

4525 **Modernisierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur**

Die Modernisierung der Schieneninfrastruktur ist eine wichtige
4530 Zukunftsinvestition. Seit 2011 treiben wir den Ausbau der Eisenbahnstrecken in Baden-Württemberg konsequent voran. Dies gilt für die Rheintalbahn von Mannheim bis Basel, wo wir zum Schutz von Mensch und Umwelt
4535 kommunale Forderungen nach Tunnelstrecken und Lärmschutz unterstützen. Ebenso kämpfen wir für die Elektrifizierung der Südbahn und den Ausbau der Gäubahn sowie der Allgäubahn. Stuttgart 21 und den
4540 Bau der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm unterstützen wir weiterhin. Zudem streben wir mittelfristig eine flächendeckende Elektrifizierung aller Zugstrecken in Baden-Württemberg an. Das Land unterstützt auch in
4545 Zukunft die Modernisierung der Infrastruktur von nicht-bundeseigenen Nebenbahnen.

Radverkehr

4550 Um den Radverkehr zu fördern, haben wir einen eigenständigen Haushaltstitel für den Radwegebau eingerichtet und die Mittel deutlich erhöht. Zudem werden kommunale

4555 Radwege mit 50% über das LGVFG gefördert. Unser Ziel ist ein gut ausgebautes, lückenfrei vernetztes und beschildertes Radwegenetz in Baden-Württemberg.

4560 **Güter von der Straße auf die Schiene und aufs Schiff**

Wir wollen mehr Verkehr und Güter von der Straße auf die Schiene bringen. Um den kombinierten Verkehr zu fördern werden wir ein Güterverkehrskonzept erstellen und umsetzen. Im Gegensatz zu den anderen Verkehrsinfrastrukturen sind auf den Binnenwasserstraßen in Baden-Württemberg noch erhebliche Kapazitätssteigerungen möglich. Wir werden deshalb auch weiterhin beim Bund den zügigen Ausbau der Neckarschleusen von Mannheim bis Plochingen für moderne 135 Meter-Schiffe einfordern, damit mehr Güter auf der Wasserstraße Neckar unterwegs sein können.

Flughäfen

Wir haben die Förderung des Luftverkehrs marktkonform gestaltet und die Arbeitsbedingungen, Umweltschutz- und Lärmauflagen an den Flughäfen verbessert. Schnelle Schienenverbindungen machen Kurzstreckenflüge überflüssig. Das zeigt zum Beispiel die TGV-Verbindung Stuttgart-Paris. Wir engagieren uns im Interesse der südbadischen Grenzregion für eine deutliche Beschränkung der Flugverkehrsbelastung entlang des Hochrheins durch den Züricher Flughafen. Daher unterstützen wir die Positionen der „Stuttgarter Erklärung“.

4595 **Innovation und Klimaschutz durch saubere Energien**

Unser Ziel ist die ökologische Erneuerung der Energieversorgung. Wir bringen die Energiewende in Baden-Württemberg voran und bauen die erneuerbaren Energien im Land weiter aus. Das ist notwendig für den Schutz unseres Klimas und zugleich wirtschaftlich sinnvoll: Wir stoßen Innovationen an und schaffen neue Arbeitsplätze. Gleichzeitig gewährleisten wir Versorgungssicherheit und gestalten diesen

Wandel sozial gerecht, damit Energie für alle bezahlbar bleibt.

4610 **Erneuerbare Energien ausbauen**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien im Land kommt gut voran. Das schafft Arbeitsplätze, denn besonders viele Firmen und Zulieferer der Wind- und Solarindustrie haben ihren Sitz in Baden-Württemberg. Mit der Neufassung des Landesplanungsgesetzes haben wir die jahrelange Blockade der Windenergie in Baden-Württemberg aufgehoben, sodass nun hunderte Windkraftanlagen im Land geplant und gebaut werden. Mit einer Vielzahl von Fördermaßnahmen und Pilotprojekten – beispielsweise Batterieforschung zur Speicherung von Wind- und Solarenergie – bringen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voran.

Mit uns bleibt Baden-Württemberg Musterland für den ökologischen Fortschritt. Wir streben einen schrittweisen Ersatz der Atomenergie und dann des Kohlestroms an, sodass 80 Prozent unserer Energie bis 2050 auf Basis regenerativer Energien erzeugt wird. Dafür werden wir den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Wind- und Solarenergie sowie die Nutzung der Erdwärme weiter vorantreiben.

4640 **Versorgungssicherheit gewährleisten und Energie bezahlbar halten**

Der steigende Anteil erneuerbarer Energien stellt neue Anforderungen an die Energiebereitstellung. Um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, fördern wir neben dem Leitungsausbau innovative Projekte zur Energiespeicherung und intelligenten Netzen.

Diesen Weg werden wir in den kommenden fünf Jahren fortsetzen und das Leitungsnetz auf allen Ebenen ausbauen. Die Förderung innovativer Speichertechnologien und intelligenter Netze werden wir weiter intensivieren. Um Energie für alle bezahlbar und die Strompreise stabil zu halten, wollen wir Überförderungen vermeiden. Auch das Vorhalten vor allem alter Kraftwerke als

4660 Reservekapazität dient diesem Ziel, denn es
sorgt für die nötige Versorgungssicherheit.
Deshalb unterstützen wir die Ziele der
Bundesregierung, den Strommarkt neu zu
regeln, um die notwendigen Investitionen in
4665 neue flexible Kraftwerke, Lastmanagement
und den Bau neuer Energiespeicher wieder
wirtschaftlich zu machen.

Den Klimaschutz weiter voranbringen

4670 Dem Klimawandel muss vor allem durch eine
Verringerung des CO₂-Ausstoßes begegnet
werden. Um dies zu erreichen, haben wir das
Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht und
4675 unsere Klimaziele damit als zweites
Bundesland überhaupt gesetzlich verankert.
Darüber hinaus haben wir zahlreiche
Pilotprojekte und Fördermaßnahmen für den
Klimaschutz initiiert – von der
4680 Energiesparberatung über die energetische
Sanierung der Landesliegenschaften bis hin
zum Moorschutz. Die Mittel für den
Hochwasserschutz haben wir verdoppelt und
beugen so schweren, Klimawandel bedingten
4685 Hochwasserereignissen besser vor.

Wir setzen auch in Zukunft auf die
ökologische Erneuerung und halten an
unseren ehrgeizigen Zielen fest: Mit der SPD
4690 wird Baden-Württemberg seinen CO₂-
Ausstoß bis 2050 um 90 Prozent und den
Energieverbrauch um 50 Prozent senken.

Umwelt- und Naturschutz stärken

4695 Sauberes Wasser und gesunder Boden sind
Lebensgrundlage unserer und künftiger
Generationen. Wir werden deshalb weiterhin
die Altlastsanierung vorantreiben und den
4700 Grundwasserschutz verstärken. Wir haben
den Naturschutz im Land verbessert und die
entsprechenden Mittel im Landeshaushalt
erhöht. Mit dem Nationalpark Schwarzwald
haben wir den ersten Nationalpark in Baden-
4705 Württemberg überhaupt geschaffen. Im
Südswabland unterstützen wir die
Entwicklung eines zweiten
Biosphärengebietes und bringen Natur,
Landschaft, Wirtschaft und Lebensqualität
4710 weiter zusammen. Wir wollen die
vorhandenen Schutzgebiete im Land
weiterentwickeln, damit diese ihre Funktion

4715 für Natur, Landschaft und Tourismus optimal
erfüllen können. Unsere Wälder sollen
nachhaltig und naturnah bewirtschaftet
werden, sodass diese zugleich Naturraum,
Energie- und Rohstofflieferant sein können.
Den Biotopverbund werden wir
4720 weiterentwickeln und unsere Moore wirksam
schützen. Mittelfristig wollen wir mehr
Fließgewässer in einen naturnahen Zustand
versetzen. Zudem werden wir verstärkt
Naturschutzzentren für eine gute
4725 Umweltbildung nutzen und die vorhandene
Umweltbildung ausbauen. Am modernsten
Jagdrecht in Europa halten wir fest.

Landwirtschaft stärken

4730 Unsere Landwirtschaft in Baden-
Württemberg ist unverzichtbar. Land- und
Forstwirtschaft sind ein wesentlicher Faktor
der Wirtschaft im ländlichen Raum. Sie
erzeugen Lebensmittel, Bau- und Rohstoffe,
4735 und tragen zum Erhalt der Kulturlandschaft
bei. Zudem leisten sie mit Biogas und
Energieholz einen wichtigen Beitrag für den
Klima- und Ressourcenschutz. Wir sichern
die Zukunft der konventionellen und
4740 ökologischen Landwirtschaft – mit fairen
Rahmenbedingungen und guten
Förderprogrammen. Den ökologischen
Landbau wollen wir weiterhin so fördern,
dass er zunimmt. Nur so kann dieser die
4745 steigende Nachfrage auch aus heimischem
Anbau bedienen. Durch Förderung regionaler
und lokaler Vermarktung und ökologischen
Landbaus bringen wir Verbraucherseite und
Erzeuger enger zueinander. Weiter haben wir
4750 die Forschung und Beratung für den
Biolandbau gestärkt und die Mittel für
Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz
mehr als verdoppelt.

4755 Durch eine fachgerechte Beratung und eine
professionelle Förderung wollen wir die
gesamte Landwirtschaft im Land auch in
Zukunft in dem sich weiter globalisierenden
Markt begleiten. Bei allen Regulierungen –
4760 insbesondere bei der anstehenden
Weiterentwicklung der Düngeverordnung –
werden wir sowohl die wirtschaftlichen
Bedürfnisse der Landwirtschaft als auch den
Umweltschutz berücksichtigen.

4765

Verlässlicher Verbraucherschutz

4770 Die SPD steht für starke Verbraucherrechte, Information und Transparenz. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, bewusste Kaufentscheidungen zu treffen und den Markt mit ihrem Konsumverhalten mitzugestalten.

4775 Keine Absenkung von Standards

4780 Unser Verbraucherschutz setzt hohe Standards, die sich bewährt haben. Für die SPD sind diese in Freihandelsabkommen nicht verhandelbar. Deshalb haben wir uns im Bundesrat klar gegen jede Absenkung unserer hohen Umwelt-, Hygiene- und Verbraucherschutzstandards positioniert. Auch in den kommenden Jahren werden wir all unsere Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, damit unsere Standards nicht abgesenkt und in Zukunft weiter politisch gestaltet werden können.

4790

Leistungsfähige Beratungsinfrastruktur

4795 Vor dem Hintergrund einer zunehmend komplexen Konsumgesellschaft steigt der Bedarf nach unabhängiger und verlässlicher Beratung. Ob Lebensmittel, Versicherungen oder Baufinanzierung – Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Information und Schutz vor gesundheitlichem und wirtschaftlichem Schaden. Wir haben die Beratungsinfrastruktur für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg ausgebaut und die Fördermittel für die Verbraucherzentrale erhöht. Zudem haben wir die themenspezifischen Informations- und Bildungsangebote des Landes erweitert. Für die kommende Legislaturperiode werden wir die Verbraucherzentrale in Baden-Württemberg finanziell stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

Keine Gentechnik in Baden-Württemberg

4815 Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel völlig zurecht ab. Sowohl die gesundheitlichen als auch die

ökologischen Folgen sind mehr als ungewiss.
4820 Wir setzen uns konsequent dafür ein, den
Anbau von ökologisch veränderten
Organismen im Land zu verhindern, um
Verbraucher und Umwelt vor den Risiken der
Grünen Gentechnik zu schützen. Deshalb ist
4825 Baden-Württemberg seit 2012 Mitglied im
europäischen Netzwerk gentechnikfreier
Regionen. Mit dem Naturschutzgesetz haben
wir den Anbau gentechnisch veränderter
Pflanzen zusätzlich erschwert. Wir werden
4830 weiterhin alle Möglichkeiten nutzen,
gentechnisch veränderte Organismen aus
unserer Landwirtschaft und Umwelt
fernzuhalten. Zudem werden wir uns dafür
einsetzen, dass das Klonen von Tieren zur
4835 Nahrungsmittelproduktion in Deutschland
verboten wird.

Wirksame Lebens- und Futtermittelüberwachung

4840 Diverse Lebensmittelskandale in der
Vergangenheit haben gezeigt: Um
Lebensmittelbetrug zu bekämpfen, sind
effektive staatliche Kontrollen unerlässlich.
4845 Deshalb haben wir die massiven personellen
Defizite im Bereich der Lebens- und
Futtermittelüberwachung abgebaut und die
finanzielle Ausstattung der landeseigenen
Überwachungsinstitute verbessert. Diesen
4850 Weg werden wir fortsetzen und Lebens- und
Futtermittelüberwachung in den kommenden
Jahren personell stärken. Die
Überwachungsinstitute werden wir weiter
modernisieren und Schritt für Schritt auf den
4855 neusten Stand der Technik bringen.

Solide Finanzen

4860 Die Menschen im Land erwarten von uns eine
solide Haushaltspolitik. Nils Schmid ist der
erfolgreichste Finanzminister in der
Geschichte unseres Landes. Viermal
4865 innerhalb einer Legislaturperiode hat er einen
Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt – und
das obwohl die Vorgängerregierung ein
strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden Euro
hinterlassen hatte. Der Erfolg unserer
4870 nachhaltigen Konsolidierungspolitik zeigt
sich auch darin, dass das Land 2015 für seine

Kreditwürdigkeit erneut die Bestnote „AAA“ erhalten hat. Wir haben gezeigt: Es sind die Roten, die für schwarze Zahlen stehen.

4875

Solide Haushaltspolitik fortsetzen

4880

Wir gestalten die soziale und wirtschaftliche Modernisierung des Landes mit einer soliden Finanzpolitik ohne Neuverschuldung. Mit uns werden die Rechnungen von heute nicht zulasten zukünftiger Generationen auf morgen verschoben, denn hohe Schulden und Zinszahlungen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Gleichzeitig steht unser Weg der Konsolidierung nicht im Widerspruch zu zentralen Zukunftsinvestitionen: Wir investieren massiv in Bildung und bauen den Sanierungs- und Investitionsstau bei Landesstraßen, Hochschulbauten und Kliniken Schritt für Schritt ab. Damit mehr Geld in unserem starken Land bleibt, haben wir uns für eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingesetzt und eine Einigung erzielt, mit der Baden-Württemberg künftig um fast eine Milliarde Euro deutlich entlastet wird.

4885

4890

4895

4900

Wir werden unsere solide Finanzpolitik fortsetzen und die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben. Im Jahr 2019 werden wir beginnen Schulden abzubauen. Dafür müssen wir auch weiterhin alle Bereiche des Landeshaushaltes kritisch überprüfen und neue Maßnahmen auf ihre Finanzierbarkeit hin prüfen. Klar ist aber auch: Ein ausgeglichener Haushalt ist nicht nur über Einsparungen zu erreichen. Deswegen werden wir uns für stärkere Möglichkeiten der Steuerfestlegung und -erhebung auf Landesebene einsetzen.

4905

4910

Steuergerechtigkeit verwirklichen

4915

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Effekte der kalten Progression zu kompensieren. Wir sind davon überzeugt, dass der ursprünglich richtige Ansatz der niedrigen Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte durch den internationalen Datenaustausch und die höhere Transparenz an Bedeutung verloren

4920

4925 hat. Unser Ziel ist es, dass Kapital und Arbeit
in der Besteuerung wieder gleichbehandelt
werden. Ferner werden wir uns für eine faire
Reform der Erbschaftssteuer einsetzen.

4930 **Nulltoleranz gegenüber**
Steuerhinterziehung

4935 Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt und
schadet unserem Gemeinwesen. Ob
Steuervermeidung internationaler Konzerne
oder die Steuerhinterziehung von
Einzelpersonen – die Zeche zahlen am Ende
immer die Bürgerinnen und Bürger, denen
4940 die Lohnsteuer automatisch abgezogen wird,
sowie kleine und mittlere Unternehmen.
Jedes Jahr gehen dem Staat Milliardenbeträge
durch Steuerhinterziehung und
Steuerschulplöcher verloren. Dieses Geld
fehlt unserer Gesellschaft für Investitionen in
4945 Kindergärten und Schulen, Straßenbau und
bezahlbaren Wohnraum, Forschung und
Innovation.

4950 Deshalb haben wir das Steuerabkommen mit
der Schweiz verhindert, das einen
Freifahrtschein für Steuersünderinnen und
Steuersünder bedeutet hätte. Stattdessen
haben wir uns für eine Verschärfung der
4955 Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige
stark gemacht und uns an der Anschaffung
angebotener Steuerdaten („Steuer-CDs“)
beteiligt. Auch haben wir 500 neue Stellen
und 500 zusätzliche Ausbildungsstellen in
der Steuerverwaltung geschaffen und uns für
4960 eine verbesserte Koordinierung bei der
Steuerprüfung zwischen den Bundesländern
eingesetzt. Mit Erfolg: Seit 2011 sind knapp
30.000 Selbstanzeigen von
Steuerbetrügerinnen und Steuerbetrügerinnen bei
4965 den Finanzämtern eingegangen, die dem
Land steuerliche Mehreinnahmen von über
700 Millionen Euro eingebracht haben.

4970 Wir werden unseren Weg der Nulltoleranz
gegenüber Steuerhinterziehung und illegaler
Steuervermeidung fortsetzen und diese mit
allen Mitteln bekämpfen. Dafür werden wir
uns auch zukünftig am Ankauf von Steuer-
4975 CDs beteiligen und die Steuerfahndung
weiter personell stärken. Darüber hinaus
werden wir uns für volle Transparenz
zwischen den OECD-Steuerbehörden

4980

einsetzen und all unsere Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, um Steuerschlupflöcher für internationale Konzerne zu schließen und Steueroasen trocken zu legen.

4985 **Für unser modernes und gerechtes Baden-Württemberg**

4990 Wir möchten, dass die Menschen in unserem Land die Heimat finden, die sie sich für sich und ihre Familie wünschen. Dazu zählt gute Arbeit, eine gute und gerechte Bildungslandschaft und Zeit für Familie. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass Baden-Württemberg vielfältig und bunt ist. Dass manche Urbanität suchen und andere auf dem Land leben wollen. Dass sich Lebensstile und Lebensweisen unterscheiden. Dass auch Städte und Gemeinden ganz neue und unterschiedliche Wege gehen, um für ihre Bürgerinnen und Bürger Heimat zu bieten.

4500 Wir begreifen es als unsere Aufgabe, die Verwirklichung dieser individuellen Vorstellungen zu ermöglichen und gleichzeitig für Zusammenhalt in unserem Land zu sorgen. Für dieses moderne und gerechte Baden-Württemberg werden wir in den Wochen bis zum 13. März gemeinsam kämpfen.

4510

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 228 ...Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Änderungsantrag zum Antrag R1

Erledigt durch Annahme von Antrag R1 in der Fassung der Antragskommission

5 Ein Hauptaugenmerk muss dabei auf die öffentlich geförderte Beschäftigung gelegt werden, als eigenständiger Beitrag des Landes.

Begründung:

10 Die SPD Baden Württemberg muss sich auch weiterhin für die Unterstützung und Teilhabemöglichkeiten der langzeitarbeitslosen Menschen in unserem Land einzusetzen, denn es darf nicht
15 passieren, dass die unbestreitbar notwendigen Hilfen für Flüchtlinge zulasten der Menschen gehen, die hier bereits seit Jahren von Armut und Ausgrenzung bedroht und betroffen sind. Auch um eine Sozialneiddebatte
20 inklusive seiner gesellschaftlichen Auswirkungen rund um den Flüchtlingszugang zu verhindern, dürfen die Anstrengungen zugunsten der heimischen Bevölkerung nicht vernachlässigt werden.

25 Seit mehreren Jahren ist zu beobachten, dass die positive Entwicklung der Wirtschaft auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg eine zunehmend größer werdende Zahl von
30 Menschen in der Langarbeitslosigkeit zurücklässt. Von 2009 bis 2014 ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen von jahresdurchschnittlich 58.252 auf 71.760 und der Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit von
35 21,3% auf 31,2% gestiegen. Die Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB II verlängerte sich im selben Zeitraum von 421 auf 547 Tage. Die
40 seit 2011 nahezu halbierten Eingliederungstitel der Jobcenter haben sich nur scheinbar stabilisiert, denn mittlerweile werden im Durchschnitt ca. 20% der Eingliederungsmittel in den Jobcentern für reine Verwaltungskosten eingesetzt.

45 Das bisherige Landesprogramm hat in den letzten Jahren viele Menschen mit dem

50 sozialen Arbeitsmarkt wieder Perspektiven eröffnet. Es hat den Betroffenen mit Qualifizierung und Coaching wieder Anschluss an den Arbeitsmarkt ermöglicht.

55 Da Arbeit in unserer Erwerbsgesellschaft eine eigenständige Teilhabekategorie ist, muss der soziale Arbeitsmarkt ausgebaut und weiterentwickelt werden. Nur darüber kann langzeitarbeitslosen Menschen, Menschen mit körperlichen und seelischen Belastungen und letztlich auch vielen Flüchtlingen zu einer Teilhabe an Arbeit und damit am gesellschaftlichen Leben verholfen werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 2

*Kennnummer 6212
Ortsverein Besigheim
(Kreisverband Ludwigsburg)*

Änderungsantrag zum Antrag R1 Änderungsantrag zum Antrag R1

Zur Erhaltung unserer wertvollen Kulturlandschaften werden wir uns für Empfehlung erfolgt mündlich

5 **bessere Rahmenbedingungen für die Steillagen im Weinbau, für die Streuobstwiesen und die Schafhaltung einsetzen.**

Begründung:

10 Steillagen im Weinbau und Streuobstwiesen sind wichtige Bestandteile unseres Landschaftsbildes im Mittleren Neckartal, im Enz- und Remstal.

15 Zu den Streuobstwiesen gehört die Schafhaltung. Unsere wertvolle Kulturlandschaft muß erhalten werden.

Unsere 10 Positionen für Baden-Württemberg

Sei doch wie du willst! Unsere 10 Positionen für ein modernes und buntes Baden-Württemberg

Ein Land aller Generationen

5

Seit seinem Bestehen bietet Baden-Württemberg seinen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Leben. Die wirtschaftliche Stärke, die hohe Bereitschaft sich zu erneuern und die Vielfalt in unserer Gesellschaft machen dieses Land zu einem lebenswerten Ort, gerade auch für junge Menschen. Wir wollen ein Baden-Württemberg, in dem sich junge Menschen wohl fühlen, auch langfristig leben wollen und in dem sie politisch Gehör finden. Ein Land, in dem jeder Mensch die Chance hat, seine Ziele zu erreichen, unabhängig von seiner Herkunft, dem Geschlecht, der sexuellen Identität oder der religiösen Weltanschauung. Wir als SPD Baden-Württemberg wollen daher für folgende zehn Positionen kämpfen, um Baden-Württemberg zu einem noch weltoffeneren, vielfältigeren, sozial gerechteren Land zu machen.

10

15

20

Aufstieg durch Bildung: für ein gerechtes und kostenfreies Bildungssystem

25

Wir stehen für eine vollständig kostenfreie Bildung ein, denn nur so können wir eine Gesellschaft erreichen, in der jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft die gleichen Aufstiegschancen hat. Die Abschaffung der Studiengebühren ist eine große Errungenschaft der SPD. Mit der SPD darf es keine Koalition geben, die Studiengebühren in jedweder Form beinhaltet. Des Weiteren fordern wir den Einstieg in das Modell der gebührenfreien Kinderbetreuung. Um dem zunehmenden Fachkräftemangel und der sinkenden Attraktivität der Ausbildung entgegen zu wirken, fordern wir die Abschaffung der Meistergebühren und eine Regelung gemeinsam mit den ArbeitgeberInnenverbänden, die gewährleistet, dass Auszubildende die Übernachtungskosten bei der Blockbeschulung nicht mehr selbst tragen müssen.

30

35

40

Mit der Gemeinschaftsschule hat die SPD die Bildungsgerechtigkeit im Land entscheidend voran gebracht. Um die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 zu gewährleisten, wollen wir den Weg zum neunjährigen Abitur fest in die Gemeinschaftsschule integrieren. SchülerInnen, die

Unsere 10 Positionen für Baden-Württemberg

Erledigt durch Annahme von Antrag R1 in der Fassung der Antragskommission

45 innerhalb von acht Jahren das Abitur erreichen wollen, geben
wir mit dem Gymnasium weiterhin die Möglichkeit, dies zu
tun.

50 Die Gemeinschaftsschule stellt für uns langfristig die zentrale
Schulform dar, diese wollen weiter stärken. Es darf keine
Koalition mit der SPD geben, die eine Schwächung der
Gemeinschaftsschulen vorsieht. Die bestehenden
55 Realschulen wollen wir pädagogisch weiterentwickeln und
die individuelle Förderung ausbauen. Die beruflichen
Schulen, insbesondere das berufliche Gymnasium, wollen
wir weiter stärken.

Heute schon an Morgen denken: Perspektiven für junge Menschen schaffen

60 Mit dem Ausbau der Schulsozialarbeit in der auslaufenden
Legislaturperiode haben wir einen ersten wichtigen Schritt in
die richtige Richtung getan. Nun gilt es diesen Weg weiter zu
beschreiten und den Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit
65 voranzutreiben. Zudem wollen wir das Gefälle der
finanziellen Ausstattung der Jugendhilfe in den Stadt- und
Landkreisen in Angriff nehmen. Die Kompetenzen, die wir
als Land durch die Föderalismusreform erhalten haben,
wollen wir einsetzen, um Konzepte zur Stärkung der
70 Strukturen im ländlichen Raum zu entwickeln. Der Zugang
zu einer gut ausgebauten Jugendhilfe darf nicht vom Wohnort
abhängen, sondern muss flächendeckend sichergestellt
werden.

75 In vielen Teilen Baden-Württembergs besteht eine
angespannte Wohnraumsituation. Insbesondere für junge
Menschen mit kleinem Geldbeutel stellt die Suche nach einer
bezahlbaren Bleibe eine große Herausforderung dar. Um dies
zu lösen, wollen wir das
80 Landeswohnraumförderungsprogramm weiterentwickelt und
Wohnbau zukünftig nicht nur durch zinsfreie Kredite fördern,
sondern auch aktiv bezuschussen. Zum anderen möchten wir
den Leerstand von Wohnungen endlich reduzieren. Wir
wollen mit positiven Anreizen bereits bestehenden, aber
85 ungenutzten Wohnraum akquirieren und gewollten, aber
nicht begründbaren Leerstand bekämpfen. Dazu können
beispielsweise die Gewährung von Sanierungszuschüssen
oder die Übernahme von Bürgschaften eingesetzt werden.
Unser Ziel muss es sein, dass ab dem Jahr 2016 jährlich
90 60.000 neue Wohnungen entstehen. Um den Wohnungsbau
stärker zu beschleunigen, wollen wir die Ausweisung von
Bauflächen durch die Kommunen wieder besser
ermöglichen. Bisherige Regelungen, die diese
Flächennutzung einschränken, müssen kurzfristig
95 zurückgenommen werden. Fest steht für uns allerdings auch,
dass brachliegende Bauflächen oder Grundstücke mit
unbewohnbaren Häusern in den Ortskernen bevorzugt

genutzt werden sollen. Eine Flächenausbreitung der Kommunen bei gleichzeitigem Ausbluten der Ortskerne, wie in der schwarz-gelben Regierungszeit, ist nicht unser Ziel. Ebenso müssen überhöhte Standards durch die Reform der Landesbauordnung auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls kurzfristig ausgesetzt werden.

Wir möchten uns der Entwicklung, dass junge Menschen häufig nur noch Praktika zum Berufseinstieg erhalten, entgegenstellen und mit dem Land als gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen daher die Befristungen bei LehrerInnen und an den Hochschulen, wie bei der öffentlichen Beschäftigung allgemein, soweit wie möglich zurückfahren und bei LehrerInnen die Entlassungen über die Sommerferien endlich beenden, sofern eine Fortführung des Arbeitsverhältnisses vorgesehen ist.

115 **Digitalisierung, Verkehr und Infrastruktur**

Heutzutage bestimmt die Mobilität unser aller Leben. Jedoch fehlt es oftmals an gut ausgebauten Straßen. Baden-Württemberg weist mit 22 Verkehrsverbänden eine hohe Zahl an unterschiedlichen Tarifgebieten auf. Daher möchten wir ein Programm in der kommenden Legislaturperiode aufsetzen, das die Intermodalität von Verkehrsverbänden steigern soll, um die Anzahl der Verkehrsverbände stark zu reduzieren. Die wenigen verbleibenden Verkehrsverbände sollen eine einfache, unkomplizierte regionale, den Fahrgastströmen entsprechenden Mobilität ermöglichen. Darüber hinaus muss das Tarif- und Verkaufssystem verbessert werden, dazu gehört zum Beispiel eine technische Vernetzung aller Verkehrsverbände im Land bezüglich der Fahrkartenverkaufsinfrastruktur.

An unserer Forderung zur Umsetzung eines landesweiten Semestertickets für Azubis und Studierende halten wir weiterhin fest.

In fast allen Lebensbereichen sind wir von der Digitalisierung betroffen. Daher wollen wir den Breitbandausbau noch stärker fördern. Insbesondere der Breitbandausbau durch die öffentliche Hand in ländlichen Gebieten soll gefördert werden. Hierbei sollen auch Leerrohre gezogen werden um zukünftig neue Technologien kostengünstig anlegen zu können. Zudem fordern wir, das öffentliche WLAN weiter auszubauen und wollen Freifunk unterstützen.

Neue Medien ermöglichen einen leichteren Zugang zu Information, allerdings auch zu Fehlinformation. Damit Kinder lernen kritisch mit den neuen Medien umzugehen, wollen wir die digitale Bildung stärker im Schulunterricht verankern. Um hier eine gute Qualität zu gewährleisten werden wir uns für ein verpflichtendes

Weiterbildungsprogramm für LehrerInnen in diesem Bereich einsetzen.

155 **Unsere Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik:
Dynamisch und nachhaltig**

160 Wir als SPD setzen auf eine starke Wirtschaft in Baden-
Württemberg, die insbesondere jungen Menschen die
Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben bietet. Dabei wollen
wir die Industrie und den Mittelstand weiter stärken und ins
digitale Zeitalter begleiten. Um die Wirtschaft und das Land
dabei zu unterstützen fordern wir weiterhin eine finanzielle
Stärkung für die Bereiche Forschung und Entwicklung.
165 Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollen zu Forschung
und Entwicklung verstärkt Zugang erhalten und auf die hier
gewonnenen Erkenntnisse besser zugreifen können. Baden-
Württemberg soll seine Vorreiterrolle hier behalten und
weiter ausbauen.

170 Ein besonderes Augenmerk wollen wir als SPD auf das
Thema Unternehmensgründung, die für immer mehr junge
Menschen in Frage kommt, legen. Das Ziel der SPD ist es,
Baden-Württemberg zum Gründungsland Nummer 1 für
junge Menschen zu machen und weiterhin
175 Rahmenbedingungen zu schaffen, um Gründungen zu
fördern. Als SozialdemokratInnen setzen wir dabei auf
Eigeninitiative und kleinere Gründungen. Die stärkere
Förderung von Gründungszentren halten wir für ein
geeignetes Instrument, außerdem setzen wir auf eine starke
180 Vernetzung mit den Hochschulen. Damit unterstützen wir
nicht nur gründungswillige Studierende, sondern
ermöglichen auch Gründungsinteressierten außerhalb der
Hochschulen Zugriff auf entsprechendes Knowhow

185 Gründungsförderung ist für uns jedoch kein rein
akademisches Thema, die Gründungszentren sollen auch
ausdrücklich Auszubildende als Zielgruppe ansprechen. Da
die Start-Up-Szene bisher vor allem männlich dominiert ist,
wollen wir mit den Förderprogrammen in Gründungszentren
190 auch gezielt Frauen ansprechen und bei Gründungen
unterstützen.

Die Einführung des Bildungszeitgesetzes sehen wir als
großen Erfolg der SPD im Land an. ArbeitnehmerInnen
195 haben nun die Möglichkeit sich ihren Bedürfnissen
entsprechend weiterzubilden. Dieses möchten wir gezielt
weiterentwickeln und es auch Auszubildenden ermöglichen
das Bildungszeitgesetz in Anspruch zu nehmen. Ausnahmen,
die zu Lasten junger Menschen gehen, lehnen wir ab. Um
200 gerade junge Menschen vor Arbeitslosigkeit zu schützen,
fordern wir, dass beim Landesarbeitsmarktprogramm junge

205 Menschen stärker berücksichtigt werden und dass dafür mehr Mittel bereitgestellt werden und diese verstetigt werden.

210 Wir als SPD fordern eine ganzheitliche Haushaltskonsolidierung. Wir wollen eine generationengerechte Politik, die Spielräume auch für kommende Generationen erhält. Dies bedeutet, dass weder direkte noch indirekte Staatsverschuldung für uns ein sinnvoller Weg sind. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Schuldenspirale aus steigenden Zinslasten durchbrochen wird und das Land seinen Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzt. Dies darf aber nicht zulasten der Investitionen in Infrastruktur oder Bildung stattfinden, da dies die kommenden Generationen belastet. Dafür muss das Land auch seine Einnahmeseite verbessern. Das Land muss daher seine Bemühungen ausweiten, mehr Mittel aus den Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erhalten. Außerdem fordern wir mehr Freiheit bei der Steuererhebung für die Länder.

Für eine Kultur des Ermöglichens, statt des Verbotens

225 Wir als SPD Baden-Württemberg stehen für eine Politik, die den Menschen nicht vorschreibt, wie sie zu leben haben. Wir wollen weg von einer Kultur des Verbotens und hin zu einer Kultur des Ermöglichens. Deswegen sprechen wir uns gegen Alkoholverkaufsverbote und gegen Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen aus. Dabei soll die Präventions- und Jugendarbeit vor Ort weiter ausgebaut werden.

235 Wir als SPD wollen den Konsum und Besitz von Cannabis entkriminalisieren und eine moderne Drogen- und Suchtpolitik unterstützen. Diese Drogen- und Suchtpolitik beinhaltet ein staatliches Monopol auf Cannabis und eine intensive Aufklärungsarbeit über suchtgefährdende Substanzen an baden-württembergischen Schulen. Statt den Umgang mit Smartphones oder vergleichbarer Technik zu verbieten, soll beides künftig in allen Schulen in Baden-Württemberg in den Unterricht integriert und der richtige Umgang vermittelt werden.

245 Wir wollen, dass veraltete Gesetze Baden-Württembergs endlich der Gegenwart angepasst werden. Wir lehnen sämtliche Tanzverbote ab, auch wenn die Reform des Feiertagsgesetzes ein erster Schritt in die richtige Richtung darstellt. Teils völlig skurrile Regelungen, auch im Rahmen des Sonn- und Feiertagsgesetzes, wie etwa das Autowaschverbot an Sonn- und Feiertagen, müssen der Vergangenheit angehören.

Wissenschaftspolitik

255 Wir wollen gerechte, soziale und demokratische Hochschulen. Die gleichberechtigte Teilhabe aller

260 Statusgruppen einer Hochschule erfordert eine paritätische
Besetzung der Hochschulgremien, insbesondere im Senat.
Die Einbindung der DoktorandInnen als eigene
Statusgruppen ist zu prüfen. Zu einer demokratischen
Hochschule gehört auch Transparenz. Bisher tagen die
Hochschulgremien geheim. Um mehr Teilhabe aller zu
ermöglichen, müssen die Gremien, außer in persönlichen
Angelegenheiten, mindestens hochschulöffentlich tagen.

265 Um die Möglichkeiten der Studierenden, die Lehre und die
Lehrbedingungen mitzugestalten, auszubauen, müssen die
Gestaltungsmöglichkeiten bei der Mittelvergabe durch
Studierende deutlich ausgebaut werden. Die Reduzierung der
270 Einflussmöglichkeiten durch die Überführung der
Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung wollen
wir zurücknehmen und die Grundfinanzierung insgesamt
deutlich stärken.

275 Unser Ziel ist ein freies und selbstbestimmtes Studium.
Studierende sollen selbstbestimmt entscheiden, ob sie
Veranstaltungen besuchen wollen. Eine Anwesenheitspflicht
führt weder zu einer besseren Lehre noch zu einem
garantierten Studienerfolg. Sie ist daher abzuschaffen.

280 Die qualifizierte Attestpflicht, durch die Studierende
angehalten sind, bei kurzfristigem Prüfungsrücktritt ihre
Krankheitssymptome darzulegen, ist mit unserem
Verständnis von Schweigepflicht und Datenschutz nicht zu
vereinbaren. Für Studierende müssen dieselben Maßstäbe
285 wie für ArbeitnehmerInnen bei Krankheit gelten. Wir fordern
die Abschaffung der qualifizierten Attestpflicht.

290 Unsere Wissenschaft ist dominiert von prekären
Arbeitsbedingungen und geringen Zukunftsperspektiven.
Um NachwuchswissenschaftlerInnen mehr Sicherheit zu
geben, sind Befristungen abzubauen und zur Förderung
weitere Juniorprofessuren mit Tenure Track auszustatten. Bei
Neubesetzungen von (Junior-)Professuren ist auf ein
295 ausgewogenes Geschlechterverhältnis Wertzulegen.

300 Die Forschung ist stark von Drittmitteln abhängig. Die dazu
verankerten Vorgaben zur Transparenz, auch mit Einsetzung
einer Vertrauenskommission, die bei Auskunftsbegehren
beratend tätig sein kann, haben wir begrüßt. Das Votum
dieser Vertrauenskommission sollte bindend sein. Für uns ist
klar, dass Forschung nicht von privaten Drittmitteln abhängig
sein darf.

305 **Integration und Asyl - Unsere Verantwortung, unsere
Herausforderung, unsere Chance**

Die große Anzahl an Menschen, die aktuell nach Europa und
Deutschland fliehen, stellt den Staat vor große

310 Herausforderungen. Wir sind der Überzeugung, dass unsere
Gesellschaft und unser Staat in der Lage sind, mit dieser
Herausforderung klarzukommen. Menschen, die hier Schutz
vor politischer Verfolgung und vor Krieg brauchen, dürfen
wir diesen niemals verwehren. Wir lehnen Obergrenzen für
315 geflüchtete Menschen ab. Um dem großen Mangel an
Wohnraum entgegen zu treten, setzen wir uns für ein aktives
Wohnungsbauprogramm ein. Wir fordern allerdings keinen
Wohnungsbau nur für geflüchtete Menschen, sondern für alle
Menschen in Baden-Württemberg, die von dem Mangel an
320 bezahlbaren Wohnraum betroffen sind. Bei der Verteilung
der geflüchteten Menschen soll darauf geachtet werden, diese
möglichst breitflächig zu verteilen und keine gebündelten
Unterbringungen in abgeschotteten Wohngebieten zu
schaffen.

325 Die Wohndauer der geflüchteten Menschen in zentralen
Unterbringungen sollte so kurz wie möglich sein. Sobald die
akute Versorgung der Menschen mit einem Dach über dem
Kopf wieder gewährleistet ist, müssen die Standards bei der
330 Unterbringung verbessert werden. Langfristig müssen wieder
die ursprünglich geplanten Mindeststandards bei der
Unterbringung von Menschen gesetzlich festgeschrieben
werden, die eigentlich im Januar 2016 in Kraft treten sollten.

335 Die Sicherheitsanforderungen sind durch den Zustrom vieler
notleidender Menschen gestiegen, zum einen durch Gewalt
gegen geflüchtete Menschen, zum anderen durch die
angespannte Situation zwischen den geflüchteten Menschen
vor allem in zentralen Unterbringungen. Wir wollen, dass
340 mehr Polizeistellen geschaffen werden, um dieser
gestiegenen Sicherheitsanforderung gerecht zu werden. Bis
die zusätzlich geschaffenen AnwärterInnenstellen im aktiven
Polizeidienst ankommen, muss das Land verlässliche
Möglichkeiten suchen, die Menschen in den
345 Unterbringungen vor Angriffen und Konflikten von innen
und außen zu schützen.

Für uns darf Abschiebung nicht das Ziel, sondern immer nur
die allerletzte Option sein. Wir fordern daher, dass der Fokus
350 bei den Menschen, deren Asylantrag negativ beschieden
wurde, auf einer Rückkehrberatung und Unterstützung auf
freiwilliger Basis liegt. Abschiebungen dürfen nicht ins
Nichts erfolgen. Wenn dies nicht sichergestellt werden kann,
darf nicht abgeschoben werden. Nachtabschiebungen lehnen
355 wir ab.

Wir fordern, dass die Menschen in den zentralen
Erstaufnahmestellen nicht nur wochenlang ohne
Beschäftigung sich selbst überlassen werden. Dies steigert
360 die Frustration bei den geflüchteten Menschen, wie auch bei
der Bevölkerung. Deshalb müssen die Bemühungen durch
SozialarbeiterInnen und entsprechende Aufenthaltsräume

und Beschäftigungsprogramme ausgebaut werden.
Außerdem muss sichergestellt werden, dass geflüchtete
365 Menschen bereits in den zentralen Erstaufnahmestellen
genügend Deutschkurse besuchen können, um ihre Zeit
sinnvoll zu nutzen. Für die SPD muss gelten: wir werden
niemals Menschen würdelos behandeln, nur um
irgendwelche „Abschreckungsszenarien“ zu erreichen. Jeder
370 Mensch verdient eine menschliche Behandlung, unabhängig
von der Aussicht seines Asylverfahrens. Die Ausgabe von
Sach- anstelle von Geldleistungen lehnen wir daher ab.

Familienpolitik in Baden-Württemberg. Leb doch, wie du 375 willst!

Familie ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer Gesellschaft.
Wann immer Menschen aus freien Stücken bereit sind
füreinander einzustehen, füreinander zu sorgen und
380 füreinander Verantwortung zu übernehmen, begrüßen wir als
SPD das. Politik darf sich nicht anmaßen, darüber zu urteilen,
welche Familienform „besser“ oder „schlechter“ ist. Ob eine
Familie z.B. gleichgeschlechtlich oder
verschiedengeschlechtlich ist, aus Ein-VerdienerInnen oder
385 Mehrfach-VerdienerInnen besteht, sagt nichts über die
Qualität derPartnerschaft aus.

Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu
ermöglichen, müssen die Kinderbetreuungsangebote
390 flächendeckend weiter ausgebaut werden. Für uns beginnt
das Thema Inklusion nicht erst ab der Schule, sondern von
Geburt an. Deshalb fordern auch den Ausbau von inklusiven
Kinderbetreuungsplätzen, denn für uns gehören Kinder mit
Behinderung in die Mitte der Gesellschaft. Um junge Paare
395 während der Ausbildung bei ihrem Kinderwunsch zu
unterstützen, fordern wir endlich verbindliche und klare
Regelungen für das Teilzeitstudium. Die Teilzeitausbildung
soll bekannter gemacht werden.

Wir wollen echte Chancengleichheit. Deswegen fordern wir
ein Chancengleichheitsgesetz, das seinen Namen auch
verdient. Chancengleichheitsbeauftragte sollen bereits in
Kommunen ab 10.000 EinwohnerInnen verbindlich
eingeführt werden. Die Landesverwaltung hat selbst noch
405 Nachholbedarf bei der Gleichstellung und
Chancengleichheit. Wir fordern, dass in Führungsebene der
Landesverwaltung das Kaskadenmodell und das
Doppelbenennungsverfahren zur Anwendung kommen und
dass bei landeseigenen Unternehmen die Führungsgremien
410 mit einer Geschlechterquote von 40 % quotiert zu besetzen
sind.

Die Pflege von Angehörigen betrifft auch viele junge
Menschen. Diese wollen wir stärker unterstützen und fordern
415 deshalb den Ausbau von flächendeckenden

Pflegestützpunkten und die weitere Stärkung der Pflegezeit. Diese soll auch schon während der Ausbildung und während des Studiums gelten.

420 Alleinerziehende und ihre Kinder sind laut Armuts- und Reichtumsbericht besonders stark von Armut betroffen und bedroht. Deshalb wollen wir die freigewordenen Mittel des Betreuungsgeldes dafür nutzen, Alleinerziehende zu unterstützen.

425

Unsere Innenpolitik - Transparent und demokratisch

Wir setzen uns für Sicherheitsbehörden im Land ein, die BürgerInnenrechte stärken und sie nicht beschneiden. Für uns ist dabei klar, dass es die Aufgabe des Staates ist, für Sicherheit im Land zu sorgen. Diese Aufgabe werden wir nicht auf private Sicherheitsdienste übertragen. Wir wollen Sicherheitsbehörden, die das Vertrauen der BürgerInnen genießen. Deswegen setzen wir uns für eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht der Polizei bei Großeinsätzen ein. Maßnahmen, die unverhältnismäßig in Grundrechte eingreifen wie Bodycams lehnen wir hierbei ab.

435

Um verlorengegangenes Vertrauen durch das Versagen der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex wiederherzustellen, setzen wir uns für eine vollumfassende Aufklärung und Aufarbeitung der Verbindungen des NSU nach Baden-Württemberg ein. Um die Aufklärung weiter voranzutreiben, werden wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode für einen weiteren Untersuchungsausschuss einsetzen. Die Lehren, die wir hieraus ziehen, werden wir konsequent umsetzen und zügig ein Landespräventionsprogramm gegen Rechtsextremismus umsetzen.

440

445

Als SozialdemokratInnen setzen wir uns für ein demokratisches Baden-Württemberg ein, in dem sich alle beteiligen können. Wir werden uns deswegen für eine Senkung des aktiven Wahlrechts bei der Landtagswahl auf 16 Jahre einsetzen. Zudem wollen wir das Landtagswahlrecht reformieren. Wir fordern die Direktwahl von Landräten und ein Landtagswahlrecht, das gewährleistet, dass alle Regionen und Geschlechter gerecht beteiligt sind.

455

Umwelt und Energie und Nachhaltigkeit

460

Wir als SPD sprechen uns für eine ökologisch nachhaltige Politik für Baden-Württemberg aus. Für uns gilt der Grundsatz "besser Vorsicht als Nachsicht". Wir begrüßen daher das vorläufige bundesweite Verbot des unkonventionellen Frackings, bis entsprechende Auswirkungen auf die Umwelt ausreichend untersucht wurden. Im Land fordern wir, den Einsatz des konventionellen Frackings kritisch zu begleiten und

465

470 differenzierte Einzelfall-Entscheidungen, auf Basis der neuen
verschärften Anforderungen des Bundes, zu treffen. Mit der
SPD Baden-Württemberg darf es kein unkonventionelles
Fracking geben. Wenn eine potenzielle Gefährdung der
Umwelt besteht, steht die Erteilung einer Genehmigung für
uns nicht zur Debatte. Auch stehen wir für ein
475 gentechnikfreies Baden-Württemberg.

Der Ausbau von regenerativen Energien muss weiter
vorangetrieben werden. Die Fortschritte der letzten Jahre,
gerade im Bereich der Windenergie waren zwar groß,
480 dennoch behindern zweifelhafte Regelungen weiterhin den
schnellen Ausbau. Wir SozialdemokratInnen sehen in der
Energiewende den größten Ansatz für ökologische
Nachhaltigkeit. Dabei muss endlich Klarheit zwischen
Ausbauzielen und Umweltschutzstandards herrschen. Mit der
485 SPD darf es kein Planungsrecht und keine Überforderung der
Planungsbehörden beim Ausbau von erneuerbaren Energien
mehr geben. Die Kompetenzzentren bei den
Regierungspräsidien, die Kommunen bei der Planung
unterstützen sollen, müssen personell deutlich besser
490 ausgestattet werden. Insbesondere für den Ausbau der
Windenergie muss endlich Klarheit bestehen. Hierbei muss
der Ausbau von Windkraftanlagen Vorrang haben.
Schutzregelungen, beispielsweise für Radar- und
Wettermessstationen oder auch für den Natur- und
495 Umweltschutz, müssen auf den Prüfstand gestellt und in ihrer
Relevanz abgewogen werden.

Wir wollen die Energiewende dezentral gestalten. Die
Rekommunalisierung muss weiterhin das Ziel
500 sozialdemokratischer Energiepolitik im Land bleiben. Dabei
müssen auch finanzschwächere Kommunen vom Land
unterstützt werden, örtliche Energieträger oder -netze zu
rekommunalisieren.

Weitere Anträge

Antragsbereich WA/Antrag 1

Kennnummer 6209
Ortsverein Nagold
(Kreisverband Calw)

Schulentwicklung und ländlicher Raum

Die Herausforderungen des ländlichen Raumes durch regionale Schulentwicklung meistern – die Besonderheiten des ländlichen Raumes und seiner Menschen verstehen!

Schulentwicklung und ländlicher Raum

Überweisung an die Landtagsfraktion und den Kultusminister

5 Der ländliche Raum steht in Zukunft vor besonderen Herausforderungen, deshalb ist es insbesondere Aufgabe der SPD daran zu arbeiten, dass Baden-Württemberg diese Herausforderungen meistern wird. Die SPD ist die Partei in der Landesregierung, die auch in den ländlichen Regionen zu Hause ist und diese Raumschaft versteht.

10 Die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Land geht seit Jahren stark zurück. Das stellt unsere Schullandschaft gerade im ländlichen Raum vor große Herausforderungen. Darauf reagiert die Landesregierung nun mit der regionalen Schulentwicklung. Die niedrige Geburtenrate führt seit Jahren zu einem massiven Rückgang der Schülerzahlen. Und dieser Trend hält an. Bis 2025 wird die Schülerzahl voraussichtlich um knapp ein Fünftel zurückgehen. Das stellt die Schullandschaft vor allem im ländlichen Raum vor große Herausforderungen. Dazu kommt ein verändertes Schulwahlverhalten: Ein immer kleinerer Teil der Schülerinnen und Schüler geht auf eine Hauptschule oder eine Werkrealschule. Die Folge dieser Entwicklungen: In vielen Haupt- und Werkrealschulen sind nicht mehr genügend Schüler vorhanden, um eine Eingangsklasse bilden zu können.

20 Das macht deutlich: Wir brauchen dringend eine regionale Schulentwicklung. Denn mit einem einfachen „Weiter so“ – also einem Beharren auf dem dreigliedrigen Schulsystem – können wir die bestehenden Probleme, gerade im ländlichen Raum, nicht lösen.

25 Eine stabile Schullandschaft mit leistungsfähigen Schulen erreichen wir mit einem Zwei-Säulen-Schulsystem: Eine dieser beiden Säulen wird weiter das Gymnasium sein. Die zweite Säule ist ein integrativer Bildungsweg, der sich aus den auf der Grundschule aufbauenden Schulen entwickeln

40

soll. Die Gemeinschaftsschule ist besonders geeignet, um diesen integrativen Bildungsweg zu ermöglichen

45 Stabilität und pädagogische Qualität setzen eine
Mindestgröße der Schulen voraus: Deshalb ist es richtig,
dass weiterführende Schulen nach einem langfristigen
Prozess der regionalen Schulentwicklung in den
Eingangsklassen mindestens 40 Schülerinnen und Schüler
50 haben – also stabil zweizügig sind. Bei der Einrichtung von
Gemeinschaftsschulen müssen deshalb 40 SchülerInnen in
der Eingangsklasse prognostisch langfristig gesichert sein.

Bei der Berechnung der prognostischen SchülerInnenzahl
55 für die Eingangsklasse muss jedoch zukünftig auf die
Besonderheiten des ländlichen Raums eingegangen
werden.

60 Während im Agglomerationsraum etwa 45% aller
Grundschüler direkt auf ein Gymnasium wechseln, sind es
im ländlichen Raum deutlich unter 35%. Der Grund hierfür
ist nicht nur die Entfernung zum nächsten Gymnasium zu
suchen sondern hat auch mit teilweise anderen
Lebensentwürfen im ländlichen Raum zu tun.

65 Dieser Tatsache muss bei der Genehmigung von
weiterführenden Schulen Rechnung getragen werden.

70 Des halb fordern wir den Parteitag auf zu beschließen, dass
zukünftig in die Berechnungsformel für die prognostizierte
SchülerInnenzahl für Eingangsklassen einer neu zu
schaffenden Gemeinschaftsschule oder Realschule dieser
Umstand berücksichtigt wird. Wir schlagen vor, den
errechneten Wert aus Einwohner x 0,83 x Übergansquote
75 im ländlichen Raum mit dem Faktor 1,15 zu multiplizieren
um somit realistischere Übergangsquoten zu erhalten.
Wenn man heute schon die tatsächlichen Übergangsquoten
betrachtet wird deutlich, dass diese Nachbesserung beim
prognostizierten Wert notwendig ist.

80

85

90

*Antragsbereich WA/ Antrag 2**Kennnummer 6206**AG Selbst Aktiv**Empfänger:**SPD-Bundestagsfraktion**SPD-Landtagsfraktion*

Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen **Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen**

Die SPD-Landes- und Bundestagsfraktion werden Annahme
aufgefordert, sich für eine deutliche Erhöhung der
Ausgleichsabgabe für Unternehmen nach § 71 SGB IX
einzusetzen. Unternehmen können sich nicht durch
5 Bezahlung einer kleinen Ausgleichsabgabe davon
freikaufen, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen.

Begründung:

10 Die Arbeitslosigkeit ist in fast allen Teilen der deutschen
Gesellschaft gesunken, außer bei den Menschen mit
Behinderungen. Unternehmen, die mehr als 20
Mitarbeiter/innen beschäftigen und keine Menschen mit
Behinderung beschäftigen, müssen eine Ausgleichsabgabe
15 zahlen. Über die Hälfte aller Betriebe, die mehr als 20
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, zahlen
lieber die Ausgleichsabgabe als einen Schwerbehinderten
zu beschäftigen. Deshalb ist auch die Zahl der
Langzeitarbeitslosen mit Handicap doppelt so hoch wie die
20 Zahl der Langzeitarbeitslosen ohne Handicap. Die
Privatwirtschaft in Baden-Württemberg erfüllt insgesamt
die Quote (4,3 %) bei weitem nicht. Auch der Öffentliche
Dienst steht nicht gut da. Er erfüllt zwar die Quote mit 5,8
%, aber im Vergleich zu den anderen Bundesländern liegt
25 Baden-Württemberg auf einem blamablen 13. Platz!

Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist lächerlich gering: Im
Durchschnitt zahlen Arbeitgeber pro nicht besetztem Platz
2.100 Euro im Jahr! Das trägt nicht dazu bei,
30 Hemmschwellen von Arbeitgebern gegenüber einer
Beschäftigung eines Menschen mit Behinderung
abzubauen. Selbst der Bundesfinanzminister fordert
deshalb öffentlich die deutliche Erhöhung der
Ausgleichsabgabe. Eine deutliche Erhöhung der Abgabe
35 kann bewirken, dass mehr Menschen mit Behinderung eine

Anstellung zu bekommen, weil sich potenzielle Arbeitgeber eher dazu gezwungen über eine Einstellung von Menschen mit Handicaps nachzudenken.

40

45

Antragsbereich WA/ Antrag 3

Kennnummer 6204

ASG Baden-Württemberg

Weiterentwicklung der Gesundheitsreform

Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens

5 Für die SPD Baden-Württemberg ist die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und gesetzliche
Pflegeversicherung (Soziale Pflegeversicherung, SPV) ein zentraler Garant für eine funktionierende
Sozialversicherung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Mit diesen beiden Sozialversicherungssystemen, in denen
10 rund 87 Prozent der Bevölkerung überwiegend pflichtversichert sind, besitzt Deutschland ein gutes und
zukunftsorientiertes Gesundheits- und Pflegesystem. Die überwiegend durch Pflichtbeiträge finanzierten
Versicherungen sind – bei aller berechtigter Kritik an Versorgungsdefiziten – ein Garant für eine durchgehende
15 Versorgungskette – Gesundheitsförderung, Prävention zur Früherkennung, Krankenbehandlung, Rehabilitation,
Pflege, soziale Dienste – für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Versicherten. Die SPD bejaht
dieses sozialstaatlich ausgerichtete, öffentliche und selbstverwaltete Gesundheits- und Pflegesystem.
20

Die Herausforderungen vor denen die GKV und die SPV stehen sind vielfältig:

- 25
- die Anpassung an die soziodemografischen Veränderungen und den medizinischen Fortschritt sind zu bewältigen,

30

Weiterentwicklung der Gesundheitsreform

Überweisung an die Bundestagsfraktion, die Landtagsfraktion und die Kommission zur Erarbeitung des Regierungsprogramms zur Bundestagswahl 2017

- echte evidenzbasierte Innovationen sind in höchsten Qualitätsstandards allen Versicherten zur Verfügung zu stellen,
- 35
- die pflegebedingten Ausgaben sind solidarisch abzusichern und die dafür notwendige Finanzierung ist bereitzustellen.

40 Eine älter werdende Gesellschaft benötigt spezielle bedarfsgerechte Versorgungsmodelle, die darauf abzielen, die Gesundheit im Alter zu stützen und das Selbstmanagement zu fördern. Die Infrastruktur unseres Gesundheitswesens muss diesem sich verändernden Morbiditätsspektrum Rechnung tragen.

45 **Ambulante medizinische Versorgung**

Es ist allgemein bekannt, dass Gesundheitssysteme, die ein gutes Primärarztsystem haben, deutlich bessere Patientenzufriedenheit haben und deutlich weniger Kosten produzieren.

50

Unsere ambulante medizinische Versorgung ist leider eher facharztzentriert, auch weil man jetzt erst angefangen hat, die allgemeinmedizinische Weiterbildung zu fördern.

55

Daher will die SPD alle Bestrebungen verstärken und weiter ausbauen, mit denen die allgemeinmedizinische Weiterbildung und die Arbeitsbedingungen der Hausärzte gefördert werden.

60

Hierzu zählt die Stärkung der Allgemeinmedizin an den medizinischen Fakultäten, der Ausbau der Verbundweiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin, die Förderung und Unterstützung bei Neugründung oder Übernahme von Hausarztpraxen. Es müssen noch mehr Strukturen geschaffen werden, dass Fachärztinnen und Fachärzte für Allgemeinmedizin auch in Teilzeit in Praxen arbeiten können. Die SPD wird auch die Einrichtung von kommunalen hausärztlichen MVZ's unterstützen, wenn die Ärzte das wirtschaftliche Risiko nicht allein übernehmen wollen oder können.

65

70

Es müssen auch noch mehr Anreize geschaffen werden, dass sich Patienten immer zuerst an ihre Hausärztin oder Hausarzt wenden, bevor sie mit Überweisung zum Facharzt gehen.

75

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg und der baden-württembergische Hausarztverband werden von der SPD weiter in ihrer Vorreiterrolle unterstützt werden, die Hausärzte zu stärken.

80

85 Es muss auch noch strenger darauf geachtet werden, dass
die Ärztekammern dafür sorgen, dass zertifizierte
Fortbildungen für Ärzte auch wirklich unabhängig sind, wie
es in der Satzung vorgesehen ist.

90 Die SPD Baden-Württemberg wird sich auch in der
Regierungsverantwortung im Land dafür einsetzen, dass
der Bund endlich die Bürgerversicherung auf den Weg
bringt.

95 Was die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) betrifft,
so sind mehrere Charakteristika für diese kennzeichnend,
für die aus sozialdemokratischer Sicht Reformbedarf
besteht. Das gilt für die Einteilung in
Versicherungspflichtige und Nicht-
100 Versicherungspflichtige: Wer ein Bruttoentgelt oberhalb
der Versicherungspflichtgrenze (54.900 €/2015) erzielt
oder als Beamtin/Beamter Anspruch auf Beihilfe hat,
versichert sich in der Regel in einer privaten
Krankenversicherung (PKV). Dieser Teil der Bevölkerung
105 beteiligt sich nicht an der solidarischen Finanzierung der
gesetzlichen Krankenversicherung. Die seit vielen Jahren
von SPD und anderen Parteien, Gewerkschaften,
Sozialverbänden und Wissenschaftlern eingeforderte
Reform für eine soziale Bürgerkrankenversicherung ist
110 deshalb längst überfällig. Die Aufteilung in ein
sozialstaatlich ausgerichtetes System (GKV) und in ein
privatrechtliches Versicherungssystem (PKV) wird den
zukünftigen Herausforderungen nicht gerecht. Für die SPD
heißt dies, die GKV zu einer Pflicht-Bürgerversicherung für
115 alle weiterzuentwickeln. Dieser Reformwillen bleibt auf der
politischen Agenda.

Forderung: Als ein erster Schritt zur Bürgerversicherung
ist die Versicherungspflichtgrenze aufzuheben.

120 Mit dem zum 1.1.2015 in Kraft getretenen „Gesetz zur
Weiterentwicklung der Finanzstruktur und Qualität in der
gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG)“ wurde
der paritätisch finanzierte GKV-Beitragssatz auf 14,6 v.H.
festgesetzt. Damit wurde gleichzeitig der Arbeitgeberanteil
125 bei 7,3 v.H. faktisch festgeschrieben. Die Folge ist, dass
Mehrausgaben über der Grundlohnsumme die Versicherten
über den kassenindividuellen Zusatzbeitrag allein
finanzieren müssen. Die Selbstverwaltung (Vorstand und
Verwaltungsrat) der jeweiligen Krankenkasse ist
130 verpflichtet, den bedarfsnotwendigen
Versichertenzusatzbeitrag zu beschließen. Damit rückt der
Versichertenzusatzbeitrag als entscheidender
Wettbewerbsparameter für die angeblich wirtschaftliche
bzw. unwirtschaftliche Verwendung der Beitragsgelder in
135 den Vordergrund. Es wird ein politisch-medialer Druck auf
die jeweiligen Krankenkassen ausgeübt, Einsparungen u.a.

140 auch durch die Schließung von Geschäftsstellen
insbesondere im kleinstädtischen Bereich vorzunehmen,
auch unter Inkaufnahme des Verlustes der
Versichertennähe.

Forderung: Rückkehr zur paritätischen
145 Beitragssatzfinanzierung. Die SPD-Landtagsfraktion und
die SPD-Landesminister werden gebeten, eine
Kabinettsinitiative mit dem Ziel einer entsprechenden
Bundesratsinitiative zu ergreifen.

150 Ein weiteres Charakteristikum ist kennzeichnend für unsere
Gesundheits- bzw. Krankenversorgung und auch darauf
haben zum wiederholten Mal sowohl der
„Sachverständigenrat Gesundheit (2014er Gutachten)“ als
auch der GKV-Spitzenverband hingewiesen: die sektorale
Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung.
155 Diese Abgrenzung mit unnötigen Schnittstellenproblemen
und ausgeprägten Allokationsproblemen ist hinderlich für
eine zeitgemäße integrierte Versorgung.

Forderung: Die Einzelsektoren sind effektiv und effizient,
160 zur Optimierung der Struktur-, Prozess- und
Ergebnisqualität miteinander zu vernetzen. Die
Gesundheitsversorgung muss sich künftig an ihren
Ergebnissen – an der längerfristigen Ergebnisqualität– und
damit am Nutzen der Versorgung messen lassen.

165 Ein drittes Charakteristikum ist die gravierende
Fehlverteilung der Versorgungskapazitäten und damit auch
eine Verschwendung von medizinischen und finanziellen
Ressourcen. Überversorgung in städtischen Bereichen bei
gleichzeitig steigender Unterversorgung in ländlichen
170 Regionen sowie zwischen ambulanter Primärversorgung
(Fachärzte für Allgemein-, Kinder-, Frauen-, Augenärzte)
einerseits und spezialisierter fachärztlicher Versorgung
andererseits, kennzeichnet die vertragsärztliche
Versorgungslandschaft. Für Vertragsärzte, die vor einer
175 Niederlassungsentscheidung stehen, gibt es aufgrund des
relativen Überangebots an Praxen genügend Optionen für
Praxisübernahmen. Die Entscheidung fällt
verständlicherweise zugunsten strukturell ohnehin
begünstigter Kreise und Städte aus. Solange
180 Niederlassungsmöglichkeiten in attraktiven Städten und
Kreisen bestehen, haben potentielle Praxisorte in
ländlichen, strukturschwachen Gebieten einen massiven
Standortnachteil. Viele Ärzte scheuen eine Niederlassung
dort schon deshalb, weil der Privatpatientenanteil niedrig,
185 zusätzliche (Not-)Dienste gegebenenfalls häufig und die
Aussichten auf einen späteren Praxisverkauf schlecht sind.
Hinzu kommen je nach Region weite, zeitaufwendige Wege
bei den Hausbesuchen und eine wenig attraktive soziale und
kulturelle Infrastruktur (Verkehrsanbindung,

190 Einkaufsmöglichkeiten, kulturelles Angebot, Schulen).
(Quelle: GKV-Spitzenverband zur Bedarfsplanung)

Forderung: Zur Beseitigung vorhandener
Fehlentwicklungen in der ambulant-ärztlichen Versorgung,
195 wird sich die SPD Baden-Württemberg für folgende,
dringlichst-----
notwendige Strukturreformen einsetzen:

200 • dass die primärärztlichen Planungsbereiche
überprüft und bedarfsgerechter, d.h. kleinräumiger,
wohnnah, ggf. landkreisüberschreitend und
damit insgesamt patientennäher, insbesondere im
ländlichen Bereich, zugeschnitten werden;

205 • die Kassenärztliche Vereinigung (KV) besitzt ein
wirksames Instrument, ihren vom Gesetzgeber
nach § 72 SGB V übertragenen
Sicherstellungsauftrag zur Herstellung
210 gleichwertiger Versorgungsverhältnisse zu
erfüllen;

215 • zur besseren vernetzten Versorgung, insbesondere
in ländlichen und unterversorgten Bereichen,
sollten bedarfsgerechte medizinische
Versorgungszentren (MVZ) etabliert werden,
damit ein qualitativ hohes Versorgungsniveau
gesichert wird. Damit können jungen Ärztinnen
und Ärzten, aber auch anderen
220 Gesundheitsprofessionen, attraktive Arbeitsplätze
mit besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie
angeboten werden. Die KV ist in der
Verantwortung, bei einer durch die gemeinsame
Selbstverwaltung festgestellten „Unterversorgung“
225 niederlassungswillige Ärztinnen/Ärzte in schlecht
versorgten Bereichen finanziell zu unterstützen,
ggf. unter Einbeziehung von zu gründenden MVZ's
sowohl mit niederlassungswilligen als auch
angestellten Ärztinnen/Ärzten.

230 • Kapitalgesellschaften als Träger von MVZs lehnt
die SPD ab. Die SPD-Landtagsfraktion und die
SPD-Landesminister werden gebeten, eine
Bundesratsinitiative zu einem Verbot derselben zu
ergreifen;

235 • in überversorgten Gebieten sind Abschläge auf den
Orientierungswert (abgestaffeltes Honorar)
einzuführen. Außerdem sind die Voraussetzungen
zur Eröffnung von Zweigpraxen zu verbessern;

240 • zur bedarfsgerechten, primärmedizinischen
Versorgung ist das Delegationsprinzip an
entsprechend qualifizierte Pflegekräfte auszubauen

und, wo möglich und sinnvoll, zu einem Substitutionsverfahren weiterzuentwickeln;

245

- an allen baden-württembergischen Universitäten mit medizinischen Fakultäten sind Lehrstühle für Allgemeinmedizin zu errichten;

250

- zur curricularen Stärkung der Allgemeinmedizin gegenüber den spezialisierten Fachärzten, sind zielgerichtete Maßnahmen im praktischen Jahr zu entwickeln: beispielsweise finanzielle Anreize für diejenigen Universitäten, deren medizinischen Fakultäten gezielt die „Landarztpraxis“ fördern;

255

- für einen gesetzlich festzulegenden Anteil der Medizinstudienplätze (z.B. 20 %) ist der Numerus Clausus aufzuheben. Diese Studienplätze sind für solche Studienbewerber bereitzustellen, die eine examinierte Pflegeausbildung und Hochschulreife nachweisen und die sich verpflichten, sich in unterversorgten Planungsbereichen als „Primärärzte“ niederzulassen oder in MVZ's als Angestellte Ärztinnen/Ärzte zu arbeiten.

260

265

Stationäre Versorgung

270

Die SPD Baden-Württemberg begrüßt, dass die Bundesregierung mit dem Krankenhausstrukturgesetz eine Qualitätsoffensive gestartet hat. Eine gute und sichere Behandlung kann aber langfristig nur gelingen, wenn die erhebliche Überarbeitung von Ärzten und Pflegekräften aufgrund des permanenten Personalmangels überwunden wird. Trotz starker Zunahme der Fallzahlen und zunehmender Komplexität der Fälle bleibt die erforderliche Personalausstattung, vor allem in der Pflege, weit hinter den Anforderungen zurück.

275

280

In den Kliniken häufen sich Überstunden und stapeln sich Überlastungsanzeigen. Beschäftigte signalisieren, dass sie eine sichere Patientenversorgung nicht mehr gewährleisten oder notwendige Therapien nicht durchführen können. Insgesamt fehlen 162.000 Beschäftigte in deutschen Krankenhäusern – rund 70.000 davon in der Pflege (ver.di - Personalcheck 2013).

285

290

Bereits in der Ausbildung wird die mangelhafte Personalausstattung im Krankenhaus erlebt. Knapp ein Drittel der Auszubildenden erhalten deshalb während ihrer praktischen Einsätze keine Betreuung durch eine Praxisanleiterin/einen Praxisanleiter (Ausbildungsreport Pflegeberufe 2012).

295

Um einer weiteren Zuspitzung des Pflegenotstands entgegenzuwirken, muss der hausgemachte Personalmangel, gekennzeichnet durch einen hohen Teilzeitanteil (49 Prozent lt. IAB im Auftrag des
300 Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, 27.1.2015) und geringe Berufsverweildauer, behoben werden. 74 Prozent aller Pflegenden glauben mittlerweile, nicht bis zur Rente im Beruf arbeiten zu können. Die Gründe hierfür sind zu analysieren und geeignete Lösungsstrategien zu
305 entwickeln (z.B. familienfreundlichere Arbeitszeiten und Reduktion der Belastung). Die SPD wird daher im Dialog mit Krankenhausträgern, Gewerkschaft und Berufsverbänden Lösungen erarbeiten.

310 Vor allem in der Nacht ist eine sichere Versorgung nicht mehr gewährleistet. In einer bundesweiten Stichprobe im März 2015 hatte ver.di über 2.800 Beschäftigte im Nachtdienst befragt. Über ein Viertel (28,33 Prozent) gaben an, dass die Hände-Desinfektion vernachlässigt werde und
315 knapp 60 Prozent (58,68 Prozent) berichteten über gefährliche Situation, die durch mehr Personal hätten verhindert werden können.

Auf Intensivstationen ist die Situation indes nicht besser, als
320 auf sogenannten peripheren Stationen. Dort muss eine Pflegefachkraft im Schnitt 3,3 Patienten versorgen. Die Fachgesellschaften empfehlen dagegen ein Pflegefachkraft-Patienten-Verhältnis von eins zu zwei auf der Intensivstation und von eins zu eins bei beatmeten
325 Patienten.

Im Sinne der Patientensicherheit, aber auch der Personalgesundheit, wird sich die SPD Baden Württemberg deshalb gegenüber der Bundesregierung für eine
330 gesetzliche Vorgabe bei der Personalausstattung in Krankenhäusern einsetzen.

Von den Verbesserungen durch die Krankenhausreform, müssen mindestens zwei Drittel bei den Beschäftigten
335 ankommen. Das vorgesehene Pflegestellen-Förderprogramm und der von der Sozialministerin im Bundesrat durchgesetzte Pflegezuschlag sind ein wichtiger Anfang, reichen aber nicht zur Deckung des erforderlichen Personalbedarfs aus.

340 Die SPD bekennt sich zu einer regionalen bedarfsgerechten Krankenhausplanung. Dazu werden die Investitionsmittel wie schon bisher unter dem SPD-geführten Sozialministerium schrittweise erhöht. Unter Experten wird
345 eine Investitionsquote von 9 Prozent der Erlöse aus der Krankenversorgung für erforderlich gehalten.

350 Der eingerichtete und zur Hälfte von den Versicherten der
Gesetzlichen Krankenkassen finanzierte Strukturfonds ist
für die SPD Baden-Württemberg kein Ersatz für die
Landesförderung. Er darf keinesfalls zu einer
Schließungsprämie für Krankenhäuser verkommen und
355 muss ausschließlich zur Verbesserung der Versorgung, wie
dem notwendigen Umbau der Versorgungsstrukturen in der
Fläche, genutzt werden.

Alle Menschen in Baden-Württemberg brauchen ohne
Unterschied Zugang zu einer sicheren
360 Krankenhausversorgung und Leistungen guter Qualität.
Dies muss auch für den Übergang zwischen
Krankenhausversorgung und Nachsorge gelten. Die SPD
macht sich daher für bessere Übergänge ohne
Versorgungsbrüche im Rahmen der regionalen
365 Krankenhausplanung zusammen mit allen Akteuren in der
Gesundheitsversorgung stark.

Entgeltsystem in der Psychiatrie und Psychosomatik

370 Bisher wird die Psychiatrie über tagesgleiche Pflegesätze in
den Fachabteilungen finanziert. Künftig soll es ein
„Pauschales Entgeltsystem für Psychiatrie und
Psychosomatik“ (PEPP) geben. Damit werden anstelle der
tatsächlichen Kosten nur die durchschnittlichen Leistungen
375 vergütet. Zum 1. Januar 2017 soll die „Psychiatrie-
Personalverordnung“ (PsychPV) - das bisherige
Personalbemessungssystem in psychiatrischen
Einrichtungen - abgeschafft werden.

380 Die Fachgesellschaften und ver.di sind sich einig, dass das
neue Vergütungssystem zu Verschlechterungen der
Versorgung vor allem schwer und chronisch psychisch
Kranker führen wird. Die SPD Baden-Württemberg setzt
sich dafür ein, dass auch künftig in der psychiatrischen
385 Versorgung eine bedarfsgerechte Personalbemessung
erfolgt.

Eine Orientierung an den Fallpauschalen (DRG) der
Somatik wird den Bedürfnissen psychisch Kranker nicht
390 gerecht. Die Kalkulation der Entgelte muss sich aufgrund
der vielfältigen Erkrankungsbilder in der Psychiatrie an
dem tatsächlichen Behandlungsbedarf der Patienten
orientieren. Auch im Verlauf einer Behandlung muss die
Vergütung dem wechselnden Behandlungsbedarf folgen
395 und darf nicht abnehmen, je länger ein Patient eine
Behandlung benötigt.

Zahnmedizinische Versorgung

400 Verhinderung von Zahnerkrankungen statt Reparatur ist das
Kennzeichen moderner Zahnheilkunde. Deshalb tritt die

SPD Baden-Württemberg dafür ein, Zahnerhalt durch Ausbau der Prävention auszubauen. Durch Prävention, insbesondere den Einsatz von Fluor, ist in den vergangenen 20 Jahren v.a. die Karies der Kinder und Jugendlichen erheblich zurückgegangen. Dennoch verbleibt eine Gruppe mit hohem Kariesaufkommen. Dieser Polarisierung zwischen einem zahngesunden Bevölkerungsanteil und einer von der Prophylaxe nicht erreichten Gruppe ging ein Anstieg der Zahl aktiver Zahnärzte parallel.

In dieser Situation kommt es darauf an, die Prävention auch für die von ihr nicht erreichten Bevölkerungsteile auszudehnen und die Anreize für Zahntfernung und invasive prothetische und implantologische Behandlungen durch Begünstigung des Zahnerhalts zu vermindern.

Die Prävention sollte durch Ausbau und Intensivierung der Gruppenprophylaxe in Kindergärten und Schulen verbessert werden. Weitere Handlungskonzepte sollten aus dem nationalen Frühe Hilfen-Programm abgeleitet und umgesetzt werden, insbesondere mit Blick auf bislang unerreichte Gruppen: Laut KIGGS-Studie putzen 45 % der Kinder mit Migrationshintergrund nur 1mal täglich oder weniger die Zähne. Um auch die von Prävention nicht profitierenden Gruppen zu erreichen, kann die Einrichtung von Schulzahnkliniken sicherstellen, dass Karies nicht nur erfasst, sondern unabhängig von elterlichen Präferenzen in den Einrichtungen zeitnah therapiert wird. Konzepte hierfür gibt es seit den 20er Jahren.

Durch einen Wechsel von der den Cash-Flow der Praxen sichernden Prothetik und Implantologie zur erheblichen Mehr-Begünstigung von Prävention und Zahnerhaltung durch die GKV insbesondere im entscheidenden Behandlungsbereich der Endodontie, in dem über Zahnerhalt und –verlust entschieden wird, kann die wirtschaftliche Existenz der freien Praxen sichergestellt werden, Voraussetzung für eine Neu-Orientierung der Zahnheilkunde.

Forderung: Entwicklung von Anreizprogrammen (Innovationsfonds) um den Bevölkerungsteil zu erreichen, der bisher für Prävention und implantologische Behandlung zu wenig oder gar nicht erreicht wurde.

Des Weiteren muss festsitzender Zahnersatz wieder in die Regelversorgung. Der befundorientierte Festzuschuss und die Handhabung der Versorgung durch die Zahnärzte führen dazu, dass Versicherte der unteren Einkommensgruppen sich einen zeitgemäßen und bedarfsgerechten Zahnersatz immer weniger bzw. nicht mehr leisten können, da die Zuzahlungen ihre finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigt. Die SPD-Landtagsfraktion

455 und die SPD-Landesminister werden gebeten, eine
Kabinettsinitiative mit dem Ziel einer Bundesratsinitiative
zu ergreifen.

Arzneimittelversorgung

460 Unsere Arzneimittelversorgung ist gut. Allerdings ist sie
insgesamt zu teuer, wie ein Vergleich mit anderen Staaten
zeigt. Die Ausgabenpreise für patentgeschützte
465 Arzneimittel steigen überproportional, das belegen aktuelle
Arzneimittelreports (z. B. WIdO, BARMER GEK).

Im letzten Jahr (2014) haben die Arzneimittelausgaben der
GKV einen neuen Höchststand erreicht: sie sind im
Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Milliarden Euro auf 35,4
470 Milliarden Euro gestiegen, was einem Plus von 10,3
Prozent entspricht. Die Preispolitik der pharmazeutischen
Unternehmen treibt die Ausgaben für die patentgeschützten
Fertigarzneimittel in die Höhe: diese stiegen um 15,1
475 Prozent. Diese Hochpreispolitik für neue Medikamente –
bspw. Immunpräparate, Hepatitis-C- Arzneimittel,
Krebsmittel - sind maßgebliche Kostentreiber. Nach Daten
des Arzneiverordnungsreports (AVR) des
Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen
480 (WIdO) kostete die durchschnittliche patentgeschützte
Verordnung rund 25 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr.
Diese Hochpreispolitik bringt die gesetzliche
Krankenversicherung in den nächsten Jahren erneut in eine
finanzielle Schieflage, die wiederum zu massiven
485 Beitragssteigerungen führen wird, die von den Versicherten
nach geltendem Recht alleine zu tragen ist.

Forderung: Das AMNOG (Arzneimittel Neuordnungs-
Gesetz) muss dahingehend novelliert werden, dass der von
den gesetzlichen Krankenkassen zu erstattende Preis
490 lediglich den tatsächlichen, wissenschaftlich ermittelten
medizinischen Zusatznutzen bezahlt. Die SPD-
Landtagsfraktion und die SPD-Landesminister werden
gebeten, gegen diese Höchstpreispolitik eine
Kabinettsinitiative mit dem Ziel einer Bundesratsinitiative
495 zu ergreifen, wonach künftig die Erstattungsfähigkeit vom
festgestellten Zusatznutzen abhängt.

Medizinprodukte

500 Die Zulassung erfolgt nach eigenverantwortlicher
Selbsterklärung der Hersteller. Die geltende Prüfpraxis ist
unzureichend und inakzeptabel, wie der Skandal um die
Brustimplantate gezeigt hat. Im Sinne der
Patientensicherheit sind obligatorische klinische Prüfungen
505 für alle Hochrisiko-Medizinprodukte erforderlich, in denen
ihre Wirksamkeit und Sicherheit nachgewiesen wird. Alle
Daten zur Wirksamkeit und Sicherheit sind in einem

510 öffentlich zugänglichen Studienregister zu erfassen und zu veröffentlichen. Sicherheit hat bei im Körper implantierten Medizinprodukten höchste Priorität.

515 **Forderung:** Für Hochrisiko-Medizinprodukte (SIII), ist wie bei Arzneimittel ein gesetzlich klar geregeltes, zentrales und einheitliches behördliches Zulassungsverfahren einzuführen. Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Landesminister werden deshalb gebeten, eine Kabinettsinitiative mit dem Ziel einer Bundesratsinitiative zu ergreifen.

520 **Solidarischer Wettbewerb**

525 Das Kartellrecht als Ordnungsrahmen für den Geltungsbereich der gesetzlichen Krankenversicherung lehnt die SPD ab. Das geltende Recht des gesetzlich festgelegten Versorgungsauftrags, der gesetzlich normierte Pflichtleistungskatalog, das Zusammenarbeitsgebot sowie der Kontrahierungszwang bilden weiterhin den Wettbewerbsrahmen.

530 **Forderung:** Die Rechtsaufsicht bleibt wie bisher allein bei den sozialrechtlichen Behörden.

Pflegeversicherung weiterentwickeln

535 Die Pflegeversicherung als solidarisches Sicherungssystem hat bei ihrer Einführung 1995 Pflegebedürftige zu einem erheblichen Teil aus der Sozialhilfe geführt. Dazu wurde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein bezahlter Feiertag[1] - der Buß- und Betttag - gestrichen. Es konnte 540 eine Pflegeinfrastruktur etabliert werden, und sie ist ein starker Jobmotor mit inzwischen rund 1 Million Beschäftigten.

545 Auf den zwischenzeitlich bestehenden dringenden Reformbedarf wurde von verschiedenen Bundesregierungen mit mehreren Gesetzesnovellierungen und aktuell mit den Pflegestärkungsgesetzen I und II reagiert. Ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff – fünf Pflegegrade - ersetzt die Begutachtung der 550 Pflegebedürftigkeit nach Minuten. Diese hatte sich nicht bewährt, weil sie defizitorientiert ist und nicht den ganzen Menschen in den Blick nimmt. Die vorhandenen Fähigkeiten des Menschen werden in dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff ab 2017 besser abgebildet. 555 Somatisch, kognitiv und psychisch beeinträchtigte Pflegebedürftige sollen in Zukunft die erforderlichen Leistungen erhalten.

560 Damit diese Verbesserungen bei Pflegebedürftigen und Pflegenden ankommen, müssen die

Finanzierungsgrundlagen durch eine
Pflegevollversicherung in Kombination mit der
Bürgerversicherung verbessert, die Pflegeleistungen
jährlich dynamisiert und das erforderliche
565 Fachkräftepotentials zur Verfügung gestellt werden.

Eine jüngst veröffentlichte Studie der UNI Witten-
Herdecke brachte es ans Tageslicht, dass bundesweit bei
570 Nacht eine Pflegekraft im Schnitt für fünfzig
Pflegebedürftige zuständig ist, wobei in der Spitze bis zu
einhundert Pflegebedürftige betreut werden müssen.

Nach wie vor fehlt die gesetzliche Regelung zur Integration
rechtlicher Betreuung nach Maßgabe des Betreuungsrechts.
575

Deshalb fordert der SPD-Landesparteitag die SPD-
Landtagsfraktion und die SPD-Minister auf, im
Landeskabinett einen Gesetzentwurf, eine
Gesetzesinitiative im Bundesrat mit den folgenden
580 Zielsetzung einzubringen:

- Die Pflegevollversicherung ist zu einer
Pflegevollversicherung weiterzuentwickeln. Diese
übernimmt alle notwendigen Kosten im Rahmen
585 des SGB XI. Angesichts der dramatischen
Entwertung der Pflegeversicherung ist eine
entsprechende Umgestaltung der
Pflegeversicherung erforderlich. Die bisherige
politische und finanzielle Ausgestaltung ist nicht
590 zukunftsfähig. Das Teilkosten-Prinzip der
Pflegeversicherung führt dazu, dass ein großer Teil
der notwendigen Pflege privat bezahlt werden
muss. Die Tendenz ist steigend. Verantwortlich
dafür ist ein faktischer Rückgang der
595 pflegebedingten Leistungen, für die die
Pflegeversicherung aufkommt. Seit der Einführung
der Pflegeversicherung im Jahr 1995 wurden die
Leistungen nur sehr unzureichend dynamisiert.
Bislang ist es nicht gelungen, den Kaufkraftverlust
600 bei den rein pflegerischen Leistungen, die von den
Krankenkassen übernommen werden, durch
entsprechende gesetzliche Regelungen
auszugleichen. Dies hat enorme finanzielle
Auswirkungen. Die Pflegeversicherung wurde
605 dadurch seit 1995 um rund 25 Prozent entwertet.
Für Pflegebedürftige haben sich die Eigenanteile
entsprechend erhöht und werden mit der
Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs
weiter steigen.

610

615 Die Pflegevollversicherung lässt sich gut mit der von der
SPD geforderten Pflegebürger/innen-Versicherung
kombinieren.

- 620 • Damit der wachsende Bedarf an pflegerischer
Versorgung sichergestellt werden kann, muss eine
echte Aufwertung der Pflegeberufe erfolgen. Eine
tarifliche Entlohnung muss zum Standard aller
625 Pflegeeinrichtungen werden. Niedrige Löhne und
Teilzeitarbeit führen dazu, dass die späteren Renten
der Altenpflegerinnen und Altenpfleger nicht
einmal die Lebenshaltungskosten decken können.
Zudem fordert die SPD die Angleichung der
unterschiedlichen Personalschlüssel der Länder für
630 alle Beschäftigten in der stationären Pflege auf
einen bundesweit vergleichbaren und
nachvollziehbaren Wert. Dieser muss auch höher
liegen als der Wert in Baden-Württemberg.

635 Ausreichend Personal und eine faire Bezahlung sind
Grundvoraussetzungen für die Attraktivität der Berufe in
der Altenpflege. Deshalb begrüßt die SPD, dass die
Entwicklung und Erprobung eines wissenschaftlich
fundierte Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des
640 Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen nach qualitativen
und quantitativen Maßstäben im PSG II auf den Weg
gebracht wird. Das Verfahren muss aber gegenüber dem
Gesetz (Auftrag zur Entwicklung bis 2022) beschleunigt
werden, indem auf bisher vorhandene, aber nicht zum
645 Abschluss geführte Überlegungen und auf international
bereits erprobte Modelle zurückgegriffen wird. Es ist
unbedingt erforderlich, dass neben der Wissenschaftlichkeit
auch die konkrete Arbeitspraxis berücksichtigt wird.

- 650 • Des Weiteren ist die Trennung von sozialer und
rechtlicher Betreuung Pflegebedürftiger
aufzuheben. Die SPD Baden-Württemberg fordert
eine gesetzliche Regelung, wonach das
Betreuungsrecht durch Bestellung eines rechtlichen
Betreuers zur Förderung der Selbstbestimmung der
655 Betroffenen in das Pflegegesetz aufgenommen
wird. Es bedarf einer eindeutigen Regelung, wer
rechtlich zuständig ist, bspw. für die sehr häufige
und unerlaubterweise vorgenommene Fixierung
mit Bauchgurten im Bett oder für Rollstuhlfahrer,
660 das gilt auch für die Einnahme von
Psychopharmaka zur Ruhigstellung von an
Demenz erkrankten Pflegebedürftigen.

Soziale Selbstverwaltung: mehr Kompetenzen

665 Die SPD bekennt sich zur sozialen Selbstverwaltung der
gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung mit

670 hauptamtlichem Vorstand und ehrenamtlichem
Verwaltungsrat. Sie ist ein unverzichtbares Element der
sozialen Demokratie und damit der Mitwirkung der
Versicherten und der Arbeitgeber. Die SPD wird sich dafür
einsetzen, dass mehr Kompetenzen an die Selbstverwaltung
zurückverlagert werden, dazu gehört der echte paritätisch
finanzierte, bedarfsgerechte Beitragssatz.

675 **Internationale Handelsabkommen**

Die Gesundheitsversorgung gehört zur öffentlichen
Daseinsfürsorge. Sie darf deshalb nicht Inhalt von
Handelsabkommen sein.

680 **Forderung:** Jeder Versuch, die Gesundheits-, Kranken-
und Pflegeversorgung in die aktuell verhandelten
Handelsabkommen TTIP, CETA, TISA u.a. aufzunehmen,
lehnt die SPD ab. Die SPD-Landesminister werden gebeten,
685 eine entsprechende Kabinettsinitiative mit dem Ziel einer
Bundesratsinitiative zu ergreifen.

690 [1] Außer in Sachsen. Dort zahlen Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer den Pflegeversicherungsbeitrag alleine

Antragsbereich WA/ Antrag 4

*Kennnummer 6207
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Einschränkung des Einsatzes von Reizstoffsprühgeräten der Polizei

Einschränkung des Einsatzes von Reizstoffsprühgeräten der Polizei

Wir fordern ein Verbot der größten, sich derzeit durch die
Polizei im Einsatz befindlichen Reizgasampullen. Kleinere
Ampullen sollen verplombt werden, damit der Einsatz
nachvollziehbar wird. Nach Aufbrechen der Plombe soll ein
5 ausführlicher Bericht mit Begründung der Verwendung des
Reizgases verfasst werden. Dieser muss mit
Videoaufzeichnungen, die bei Ausschreitungen nach
aktueller Gesetzeslage sowieso angefertigt werden,
abgeglichen werden. Die Regierung wird dazu
10 aufgefordert, weniger gefährliche Alternativen zu suchen.

Überweisung an die
Landtagsfraktion und den
Innenminister

Begründung:

erfolgt mündlich

15

Moderner, fairer und zukunftsfähiger Fernverkehr

Moderner, fairer und zukunftsfähiger Fernverkehr

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, Schritte zu unternehmen, die zu einem fairen Wettbewerb zwischen dem Schienen- und Straßenpersonenfernverkehr führen.

Zur Beschlussfassung nicht geeignet

5 Dazu gehört die Anpassung der Abgaben pro Personenkilometer von Bus- und Zugverkehr (KfZ-Steuer, Maut bzw. Trassennutzungsgebühren) auf ein vergleichbares Niveau, um gleiche Grundlagen unabhängig vom Verkehrsträger zu schaffen.

10

Begründung:

erfolgt mündlich

15

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

(1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.

(2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.

(3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

(1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.

(2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.

(3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

(4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.

(5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.

(6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist

(7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

(1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.

(2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

(1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.

(2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.

(3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

(1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.

(2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Mitglieder der Antragskommission

| | | |
|-------------------------|-------------------|----------------------|
| Bender, Julien | Majer, Thorsten | Sagasser-Beil, Tanja |
| Binding, Lothar | Marvi, Judith | Schiele, Andrea |
| Boos, Luisa | Müller, Monika | Seitzl, Lina |
| Gilitschenski, Igor | Munzinger, Hannes | Soeder, Christian |
| Harsch, Daniela | Pawlowski, Sarah | Sorg, Anette |
| Kliche-Behnke, Dorothea | Pfaff, Raphael | Spörkel, Ralf |
| Könneke, Birte | Repasi, René | Vesper, Fabienne |
| Köpfler, Benjamin | Rolland, Gabi | Wahl, Florian |
| Lange, Christian | Rosemann, Martin | Weber, Jonas |
| Leber-Hoischen, Sabine | Roth, Jeannette | Weigle, Sebastian |

Martin Rosemann Vorsitzender

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Texterfassung- und Gestaltung:

Joachim Thomas

Druck

Henkel GmbH Druckerei